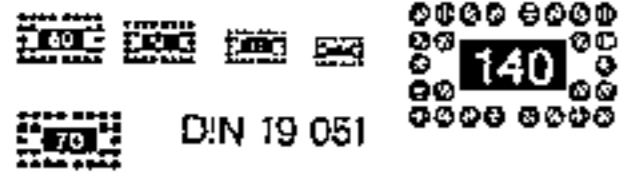
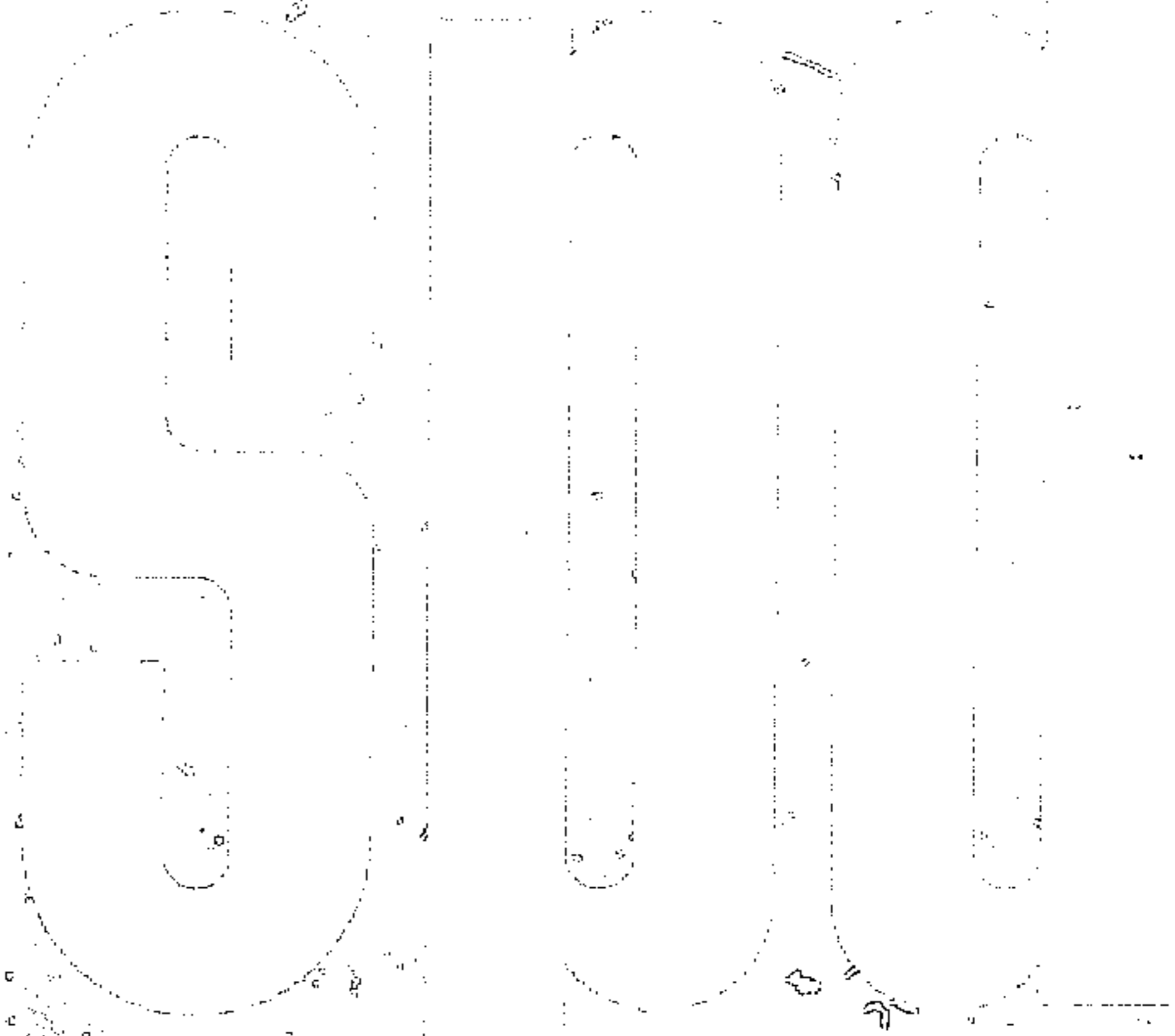


Grundsatzprogramm der SPD Kommentar



SPD GRUNDSATZPROGRAMM DER SPD



Verlag J. H. W. Dietz
Wahl, GmbH



Weil dies, der Nutzen für alle, die Wohlfahrt, Würde und Freiheit aller Menschen; das Ziel der sozialdemokratischen Politik ist, gibt es keinen Katalog von Sozialisierungsmaßnahmen. Die Sozialdemokratie, die nicht für eine ferne Zukunft, sondern für heute und morgen wirken will, durfte sich nicht auf eine Formel und schon gar nicht auf ein Dogma festlegen und verpflichten. Was immer *stetig wachsendem Wohlstand und einer gerechten Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft*, was einem *Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und ohne Ausbeutung* nützlich sein kann, das ist der politischen Arbeit und Mühe wert und das wird von der SPD getan werden. Es war ein mutiger Entschluß, der von der Geschlossenheit und Kraft der Partei zeugt, daß sie sich von nichts anderem als von dem Willen zur Klarheit über ihre gesellschaftliche und politische Position in der Gegenwart leiten ließ, als sie dieses Programm und insbesondere auch ihre Auffassung über Eigentum und Macht festlegte. Kein anderes Kapitel des ein Jahrhundert dauernden Wirkens dieser Partei ist so mit Tradition, Vorurteilen und Mißdeutungen belastet und so dem Vorwurf des Opportunismus ausgesetzt wie dieses. Mit dem neuen Programm ist kein Tor verschlossen worden, das zu notwendigen Maßnahmen führen könnte. Schon das Regierungsprogramm der SPD wird erweisen, daß die Überführung der Energiewirtschaft in Gemeineigentum als eine aktuelle Aufgabe angesehen wird; alle Tatsachen sprechen dafür. Die Sozialdemokratie wird die aus der Spaltung der Atomkerne sich entwickelnde neue Grundindustrie niemals in private Hand geben. Das Programm zieht die Grenzen des Wollens der Partei eindeutig und läßt den Parteiorganen nicht die Möglichkeit das zu tun, was ihnen gefällt, sobald die Partei die Führung im Staate übernehmen würde. Das Programm verpflichtet. Der Wille zum Realismus in der politischen Arbeit und zum politischen Wirken in diesem Lande und unter den gegebenen Verhältnissen war beherrschend.

Bauern - frei und fortschrittlich

Noch immer wird in der politischen Agitation unter der Landbevölkerung eine Behauptung verbreitet, die jeder Berechtigung entbehrt: Die Sozialdemokraten wollen die Bauern enteignen! Wir hörten sie zuerst in unseren Jugendtagen in den Dörfern des Pyritzer Weizackers aus dem Munde deutschnationaler und anderer Gegner der SPD. Was die Bauern produzieren, das essen die Arbeiter; das Ergebnis der Agrarwirtschaft wird von den Massen der Arbeitnehmer in den großen und kleinen Städten abgenommen. Gehören beide wirtschaftlich nicht enger zusammen als sie zusammenstehen? Die Gegner der Sozialdemokraten fürchten, daß sich diese Erkenntnis bei der bäuerlichen Bevölkerung ausbreiten könnte. Deshalb verleumdete sie die Sozialdemokraten und ihr Wollen.

Die wirtschaftlichen Interessen des Großgrundbesitzes und die der Bauern sind nicht identisch, sie waren es nie und sie sind es heute weniger als je vorher, wo die Frage nach der Veredelung landwirtschaftlicher Produkte durch die persönliche Arbeit des Bauern und seiner Familie im Vordergrund praktischer und nächstliegender Reformen steht. Diesen *Familienbetrieb*, der leistungsfähig sein muß, wenn er gedeihen will, muß eine sorgsame Agrarpolitik des Staates schützen. Die Sozialdemokraten verlangen, daß ein *neuzeitliches Boden- und Pachtrecht* die Bauern auf dem von ihnen bearbeiteten Grundbesitz wirtschaftlich und sozial stärken soll:

Das private Eigentum des Bauern am Boden wird bejaht, so fügt das Programm ausdrücklich und in Wiederholung des im Wirtschaftsteil schon einmal aufgestellten Grundsatzes hinzu. Was in dem Grundsatzprogramm der Sozialdemokraten über die Wirtschaftspolitik, ihre Bedeutung, ihre Struktur, ihre Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit, ihre Bindung an die Pflicht zur Gerechtigkeit, über die Zweckmäßigkeit und Schutzbedürftigkeit des privaten Eigentums, über den Wettbewerb, über eine gerechte Steuerpolitik, über die Notwendigkeit der Vermögensbildung gesagt worden ist – alle Grundsätze des Programms gelten auch für die *Agrarwirtschaft*, die ein Teil der nationalen Volkswirtschaft ist. Sie untersteht mithin den gleichen Schutz- und Hilfsverpflichtungen, die der Staat eingehen muß, nicht minder auch den gleichen Leistungsverpflichtungen, die sie in einer freien Wirtschaft zu erfüllen hat. Jedoch wird von den Sozialdemokraten für die Agrarwirtschaft die *Abhängigkeit ihrer Produktion von unbeeinflussbaren Naturfaktoren* gesehen, und das Programm folgert daraus die Notwendigkeit besonderer Hilfs- und Schutzmaßnahmen.

Auch in der Agrarwirtschaft sind *strukturelle Veränderungen* eingetreten und werden immer wieder nötig sein. Die Kontinente unserer Erde sind durch Technik und Verkehr einander so nahe gerückt, die Nationalwirtschaften mit ihren sehr unterschiedlichen Leistungen und Produktionsarten sind so eng miteinander verbunden, daß eine Einwirkung aufeinander unausweichlich geworden ist. Die deutsche Landwirtschaft hat das bitter zu fühlen bekommen, als billiger argentinischer und kanadischer Weizen den Weltmarkt eroberte, Gemüse aus Holland, Obst aus Italien und Frankreich, ja auch aus Afrika und selbst aus asiatischen Ländern in reichem Maße zu uns kam, Fleisch und Fett von den breiten Flächen des Ostens und aus den rationell durchorganisierten und auf die Ausfuhr vorbereiteten Wirtschaften in Skandinavien den deutschen Markt zu beeinflussen begannen. Schutzmaßnahmen (Zölle) sind Behelfsmittel; sie strapazieren den einen Teil der Gesamtwirtschaft für den anderen, aber sie lassen keine Erleichterung entstehen und keine dauerhafte Lösung erkennen, wenn sie nicht mit gut ausgewogenen Strukturmaßnahmen verbunden werden. Die heutige Struktur des Sektors Agrarwirtschaft im Gesamtgebiet der nationalen Volkswirtschaft in der Bundesrepublik ist weder modern noch zweckmäßig; sie ist mehr als ihr und der Gesamtwirtschaft dienlich ist, traditionsbeschwert. Das wissen weitsichtige Landwirte vor allem, und sie machen kein Hehl aus ihrer Sorge, wie dieser Zustand überwunden werden kann. Es ist nicht ihre Schuld, daß auch im ersten Jahrzehnt nach dem letzten Kriege und im Zeichen des Aufbaues der deutschen Wirtschaft, im Zeichen des *Wunders*, kein Ansatz für eine Änderung und grundsätzliche Besserung der Lage in der Landwirtschaft erkennbar geworden ist. Die Bundesregierung hatte auch auf diesem Gebiet kein Konzept, das für eine konstruktive Agrarpolitik nötig gewesen wäre, um die Rückstände in der technischen und chemisch-biologischen Entwicklung einigermaßen aufzuholen, die vor allem auch durch die Zwangswirtschaft im Kriege entstanden waren. Man lebte in der offiziellen Regierungspolitik von der Hand in den Mund und versuchte sich mit den zwar bekannten, aber auf die Dauer nie bewährten Mitteln der Subvention durchzumogeln durch ein Dickicht von gewiß schwierigen, aber nicht unlösbaren Aufgaben, deren Bewältigung in der Zeit der Hochkonjunktur und der neuen weltwirtschaftlichen Orientierung leichter gewesen wäre, als sie es in Zukunft sein kann. Einfuhr- und Vorratsstellen, die Preise treiben, sie aber nicht stabilisieren, nutzen weder dem Verbraucher noch der Landwirtschaft. Diese braucht vielmehr Sicherheit für den Absatz ihrer Produkte, einen umsichtig *geordneten Markt*, der alle Faktoren berücksichtigt, Produktion, Handel, Bedarf, Kaufkraft, Auslandsangebot und Weltmarkteinfluß, angemessene Preise, die nicht durch unwirtschaftliche Zwischenschaltungen zum Nachteil der Verbraucher wie der Erzeuger verfälscht werden. Die Landwirtschaft zieht ihre wirtschaftliche Souveränität einer Abhängigkeit von staatlicher Hilfe vor, von jenen stets umstrittenen Subventionen und ihren unangenehmen aber unvermeidlichen Begleiterscheinungen der öffentlichen Auseinandersetzung über *Liebesgaben*. Die Sozialdemokratie regt darum an, daß in sorgfältiger Planarbeit die deutsche Agrarwirtschaft den gegebenen Veränderungen angepaßt wird, damit sie

ihren vollen Beitrag zur Entwicklung der Gesamtwirtschaft leistet und den in ihr tätigen Menschen einen angemessenen Lebensstandard sichert.

Die europäische Zusammenarbeit muß auch für die Agrarwirtschaft Vorteile bringen, und es darf in den Planungen, die für eine Verbindung der europäischen Nationalwirtschaften angestellt werden, die besondere Struktur der deutschen Agrarwirtschaft – im weitesten Sinne – nicht geringere Beachtung finden als die der industriellen Teile der Gesamtwirtschaft. Die sozialdemokratischen Parteien in den sechs Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft haben eine Kommission aus Sachverständigen gebildet, deren Aufgabe es ist, ein Agrarprogramm der Sozialisten für diesen Teil Europas zu erarbeiten – eine weitgespannte und weitsichtige Aufgabe, die sich als Konsequenz aus der Tatsache der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ergibt und die zugleich den Willen der Sozialdemokraten bezeugt, die Agrarwirtschaft nicht anders zu behandeln als die übrigen Sektoren der Wirtschaft. Sobald diese Arbeit beendet ist, wird auch die deutsche Sozialdemokratie ein Agrarprogramm zu entwerfen haben, das in Einzelheiten die Probleme der modernen Agrarpolitik behandelt. Sein allgemeines Ziel wird sein, die Agrarwirtschaft auch in unserem Lande den Erfordernissen einer lebhaft fortgeschrittenen Entwicklung in anderen Ländern anzupassen.

Es ist eine öffentliche Aufgabe, die Modernisierung der Landwirtschaft und ihre Leistungsfähigkeit zu fördern.

Mit diesem Satz geht das Programm auf die praktischen Folgen zu, die sich aus der Forderung nach Verflechtung der deutschen Landwirtschaft mit der anderer Länder ergeben. Sie heißen: *Modernisierung* und *Technisierung*, und zwar in einem weit größeren Umfange, als wir es bisher allgemein in unserem Lande gewöhnt sind. Wer nicht nur auf großen amerikanischen Farmen den Stand der Technisierung bewundert hat, sondern auch in den kleineren Betrieben und in den durchaus vergleichbaren Bauernhöfen etwa Dänemarks, der weiß, wie groß der Nachholbedarf für viele Bauern in unserem Lande noch ist und der weiß auch, daß dieser Bedarf nicht von ihnen allein und nicht überall aus eigenen Mitteln gedeckt werden kann. Hinzu kommt – besonders aus dem Vergleich mit Dänemark – die unbezweifelbare Notwendigkeit einer systematischen theoretischen Belehrung aus den Erfahrungen anderer Länder. Die Jahrzehnte der Autarkie sind noch nicht überwunden. Damals hat der Diktatur-Staat die Landwirtschaft in harten Formen bedrängt und zugleich an ihrer natürlichen Entwicklung im Wettstreit mit der ausländischen Agrarwirtschaft behindert – mögen das die Bauern nicht vergessen! Heute muß die Demokratie das wiedergutmachen und für schulische und andere Einrichtungen sorgen, für Reisen und Besichtigungen fremder Wirtschaften, für praktischen Erfahrungsaustausch jeder Art, um die Entwicklung nachzuholen, die aus angeblich *übergeordneten Gesichtspunkten* unmöglich war. Die von der SPD betonte *öffentliche Aufgabe* liegt hier auf der Hand und muß erfüllt werden, wenn nicht ein wichtiger Teil der deutschen Volkswirtschaft unverantwortlich vernachlässigt werden soll, eine Haltung, die im Vergleich zur staatlichen Hilfsbereitschaft gegenüber anderen Wirtschaftszweigen mehr als unverträglich wäre.

Freilich muß aber auch gesagt werden, daß weniger das Gesamtvolumen der *Staatshilfe* für die Agrarwirtschaft Gegenstand der Kritik zu sein braucht als Art und Grundsätze der Verteilung dieser Beträge und der Ausdeutung schutzgesetzlicher Maßnahmen. Es liegt im Interesse der Bauern wie der Gesamtwirtschaft, daß diese aktuelle Seite der Agrarpolitik immer wieder erörtert, immer von neuem überprüft

wird, eben weil sich die Strukturen wandeln und die Bedeutung der unterschiedlich großen, unterschiedlich leistungsfähigen und unterschiedlich produzierenden Betriebe wächst und fällt.

Es liegt nicht minder im Interesse einer unabhängigen Agrarwirtschaft, daß sie in aufgeschlossener Gesinnung gewillt ist, die Verbesserung ihrer Produktionsbedingungen entgegen konservativen Wirtschaftsmethoden wirklich in ihrem gesamten Bereich durchzusetzen. Im Wettkampf um den deutschen Markt trifft sie auf harte Gegenspieler. Es ist zuerst und hauptsächlich ihre eigene Sache, sie durch Qualität und Originalität, durch Preise und andere Vorzüge zu überwinden. Das ist die Gesetzmäßigkeit des freien Wirtschaftens, der auch der Agrarsektor untersteht, unbeschadet der besonderen Rücksichten, die auf ihn zu nehmen sind, weil unbeflüßbare Faktoren seine Mühe vergeblich machen können. Werden sie wirksam, so hat der Staat einzutreten. Der Verbraucher, zu dem die Landwirtschaft engere Kontakte hat als jeder andere Wirtschaftszweig, erhöht seine Ansprüche am Maßstab des Angebots; seine Befriedigung bleibt, so schwierig er das Geschäft macht, die Aufgabe. In der besonderen Lage der deutschen Landwirtschaft entstehen aus diesen Tatsachen Spannungen. Sie sollten durch eine vorsichtige Politik ausgeglichen werden, in der Landwirtschaft und Sozialdemokratie nicht von Natur Gegner, sondern Verblindete sind.

An dieser Tatsache werden Zweifel mit dem Hinweis laut, daß die Sozialdemokraten doch Freunde des *Genossenschaftswesens* seien. Es ist nicht erkennbar, wie daraus ein Grund der Gegnerschaft gegen die Bauern und die Landwirtschaft insgesamt hergeleitet werden könnte. Das Genossenschaftswesen ist nicht zuletzt zum Nutzen der landwirtschaftlichen Betriebe erdacht und entwickelt worden und hat sich in Deutschland und noch mehr im nahen Ausland (man sehe etwa nach Dänemark) als außerordentlich segensreich für den Einzelbetrieb wie für die Gesamtheit erwiesen, die einer Genossenschaft angehört.

Die Förderung des Genossenschaftswesens ist der beste Weg, die Leistungsfähigkeit der kleinen und mittleren Betriebe unter Wahrung ihrer Selbständigkeit zu steigern.

Auch in diesem Grundriss des sozialdemokratischen Programms liegt eine Betonung in dem Hinweis auf die Selbständigkeit des bäuerlichen Betriebes, die gewahrt werden soll. Der kommunistische Versuch, den genossenschaftlichen Gedanken mit der Kolchoswirtschaft zu verbinden und diese mit der guten Idee der gemeinsamen Bemühung zur Hilfe für jeden zu verbinden, ist eine der Täuschungen mehr, die vorgenommen werden, weil man weiß, daß man keine überzeugende Neuerung anzubieten hat. Die Kolchose dient nicht wirtschaftlichen, sondern politischen Absichten und ist in der deutschen Wirtschaft ein Fremdkörper. Die Genossenschaften der Bauern, der Winzer, der Obstzüchter und entsprechende Organisationen in vielen anderen Wirtschaftszweigen (Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften) haben längst ihren sicheren Platz in der Wirtschaftsordnung errungen. Sie bedürfen weiter der Pflege und Förderung, denn sie helfen mit, daß auch der kleinere und mittlere Betrieb sich die technischen Vorteile nutzbar machen kann, die dem großen eine vermehrte und verbesserte Produktion bringen. Die Genossenschaft gehört darum in die Überlegungen hinein, die der Bauer zur Sicherung seiner Existenz anstellt.

Eine befriedigende Lösung ihres Existenzproblems wird die Landwirtschaft nur erreichen, wenn sie als Teil der Gesamtwirtschaft aus eigener *Wirtschaftskraft* auf dem Markt und durch die Preise regulierend wirken kann. Die Chance, eine solche Position zu erringen, besteht für sie, wenn der industrielle Sektor und der Handel, wenn die übrige Wirtschaft und ihre Produktivität so leistungsfähig sind, daß sie einen hohen Bedarf befriedigen können und wenn zugleich die Sozial-, Steuer- und Einkommenspolitik des Staates eine hohe Massenkaufkraft zuläßt, die befriedigt werden will. In diesen Sog des Schaffens und Verbrauchens wird die Agrarproduktion einbezogen.

Die Landwirtschaft hat auf der anderen Seite aber auch keine Möglichkeit, sich von der allgemeinen Wirtschaftspolitik des Staates zu distanzieren. Sie sollte lebhaft daran interessiert sein, daß die Kaufkraft der Massen gestärkt wird, daß die Markt- und Preispolitik der Regierung den Interessen der Verbraucher gerecht wird, denn dann sind auch die Interessen der Bauern gewahrt, und die gesamte Volkswirtschaft hat ihren Nutzen.

Untrennbar mit der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft verbunden ist die kulturelle und soziale Situation auf dem Lande. Sie ist heute wesentlich besser als noch vor einem halben Jahrhundert, Statistiken werden heute in der Bundesrepublik wahrscheinlich sogar eine bemerkenswert gute Entwicklung ausweisen. Aber es ist zu berücksichtigen, daß der industrialisierte Westen Gesamtdeutschlands schon immer eine bessere Möglichkeit der kulturellen und sozialen Einbeziehung des Landes in die Kulturarbeit im gesamten Gebiet bot und daß das Gefälle sich nach Osten stärker neigte. Auch in den westlichen Bereichen unseres Landes ist noch heute viel nachzuzugewinnen, um der ländlichen Bevölkerung gleiche Chancen der Teilnahme an kulturellen Geschehen zu bieten. Die *Landschule* bedarf besonderer Maßnahmen der Förderung und Entwicklung. Die *Landarbeiter* haben auch heute noch ein Los gezogen, das sie weit von vielen anderen Bewohnern der Agrargebiete trennt, ganz besonders auch von ihren Arbeitgebern. Der Rückstand in der sozialen Gesetzgebung, von dem das Programm der SPD spricht, ist nicht allein schuld an dieser Tatsache, sondern auch ein mangelndes Verständnis in vielen Kreisen der ländlichen Wirtschaft für die Notwendigkeit, dem Menschen auf dem Lande unverändert wie denen im Industriebetrieb Freiheit und Gerechtigkeit in Lohnzumessung, Lebensstandard und Lebensform zuzubilligen und zu gewähren und seine Würde genauso zu achten, wie man wünscht, daß die eigene als die des stolzen Bürgers auf eigenem Grund geachtet wird. Es wird eine schwierige Aufgabe sein, viele versäumte Möglichkeiten in einer absehbaren Zeit nachzuholen. Aber es sollte doch zu erwarten sein, daß auch die Bauern selber helfen, die Kluft zwischen Stadt und Land auf allen Gebieten zu beseitigen, die allen schadet, wo immer sie ihren Platz in der Gesellschaft haben.

Die soziale Pflicht

Die schwächste Position in der Wirtschaft, überhaupt in der Gesellschaft in unserer Zeit, hat der Mensch, der nichts ist als Verbraucher; wer seine Arbeitskraft verkaufen kann, ist immer noch etwas besser dran. Das ist so, obwohl die Menschen heute das Recht haben sich zu vereinigen und gemeinsam ihre Interessen zu vertreten und von diesem Recht auch Gebrauch machen. Es bestand nicht immer und es ist eine Frucht der Arbeit der frühen sozialdemokratischen Bewegung. Seit dem Beginn ihrer Tätigkeit und seit die Gewerkschaften sich um die soziale Sicherung des Arbeitnehmers bemühen, hat sich manches auch für den einsamen einzelnen verändert, sein Leben hat größere Sicherheit und sein Lebensweg größere Beständigkeit gewonnen. Er weiß nun auch, daß er hoffen darf, im Alter und bei Krankheit nicht von Almosen leben zu müssen.

Dem Menschen zu helfen und dem schwächsten zuerst, ist die natürliche Pflicht der Gesellschaft, ihre soziale Pflicht. Die Sozialdemokratische Partei ist entstanden, weil ihre Gründer und Mitglieder es besonders ernst mit dieser Pflicht nahmen, und sie zu erfüllen ist die wichtigste politische Aufgabe geblieben. Neben die Partei sind die Gewerkschaften getreten, die von einem anderen Standort aus Staat und Gesellschaft auf ihre sozialen Pflichten hinweisen und sie notfalls im Rahmen der demokratischen Ordnung zwingen, diese zu erfüllen. Die Gewerkschaften haben ihre eigene Geschichte, ihre soziale Position, ihr eigenes Programm. Es gibt gemeinsame Forderungen und es gibt die besonderen der Partei und der Gewerkschaften, es gibt aber auch solche, in denen sie nicht übereinstimmen. Es ist kein Beweis parteiischer Einseitigkeit, wenn Gewerkschaften und Sozialdemokratie dasselbe wollen, obwohl das in einem solchen Falle gern und als Vorwurf für die Gewerkschaften behauptet wird. Ist es parteiische Einseitigkeit, daß auf den Tagungen und in Willenskundgebungen der Unternehmer und Arbeitgeber andere politische Parteien den Vorrang genießen und gefeiert werden? Für die Arbeitnehmer wird die Sozialdemokratie als Vertretung zu gelten haben, die in der sozialen Auseinandersetzung aus ihrer Geschichte und ihren Grundsätzen auf diese Position getreten ist und auf ihr verharrt.

Der Unterschied zwischen denen, die nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben und davon leben und ihre soziale Situation aufbauen, die in abhängigen Stellungen sind und denen, die als Besitzer oder Manager von Produktionsmitteln oder als Eigen-

tümer von wirtschaftswichtigen Grundstoffen eine günstigere Ausgangsbasis für ihren Lebensweg hatten und diesen auch und weitgehend mit der Arbeitskraft ihrer Mitmenschen verbessern – dieser Unterschied ist gegeben und kann und darf nicht gelugnet werden. Die Spannung zwischen beiden war einst so groß, daß sie zum unversöhnlich scheinenden Kampf aufrief. Es war ein Kampf der kraß voneinander unterschiedenen gesellschaftlichen Klassen, für deren Vorhandensein ja nicht die verantwortlich sein können, die im Verlauf der Gesellschaftsentwicklung später gekommen sind und dann feststellen mußten, daß sie benachteiligt waren und blieben, daß sie die Parias waren. Die politische Arbeit der Sozialdemokraten, die sozialpolitische und sozialwirtschaftliche der Gewerkschaften hat die Spannungen vielfach gemindert, sie hat sie keinesfalls ausgleichen können. Ein Widerstreit der Interessen blieb offenbar. *Wer um die Erhaltung und den Ausbau seiner Vorrechte kämpft – und sie kämpfen doch tatsächlich – der betreibt Klassenkampf*, sagte ein junger Gewerkschaftler, Heinz Ruhнау, auf dem Godesberger Parteitag der Sozialdemokraten aus der Erfahrung seiner Generation der Nachkriegszeit: ... *und sie kämpfen doch tatsächlich!*

Nun ist nicht der Kampf, sondern der *stetig wachsende Wohlstand und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft, ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und ohne Ausbeutung* das Ziel sozialdemokratischer Politik. Ist es ohne Kampf zu erreichen? Ohne Zweifel werden die Sozialdemokraten – und in einem solchen Falle sicher auch die Gewerkschaften – Maßnahmen des politischen und wirtschaftlichen Kampfes nicht scheuen, wenn sie ihnen von einem uncinsichtigen und egozentrischen Managertum aufgezwungen werden sollten. Aber es ist in keines Menschen und keines Volkes Interesse, die Grenzen der Verzweiflung zu verlassen, und vor allem das deutsche Volk ist in den letzten Jahrzehnten im eigenen Lande drastisch darüber belehrt worden, daß es allein sinnvoll ist, durch Überzeugung und nicht durch Zwang zu siegen. Der politische und sozial- und wirtschaftspolitische Gewinn, den die zwar mühe- und opfervolle aber auch erfolgreiche Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften für die Arbeitnehmer, für die Mittelschichten, für die gesamte Wirtschaft in Deutschland erreicht hat, läßt erwarten, daß eine beharrliche Fortsetzung der Sozialpolitik aus dem sozialdemokratischen Gedankengut neue Fortschritte bringen wird.

In einer solchen Betrachtung der Situation ist auch zu fragen, ob und wie stark die außerordentliche Steigerung des Lebensstandards und des allgemeinen Wohlstandes in unserem Lande wie in vielen anderen Ländern des westlichen und in geringerem Maße auch des östlichen Europa das Bewußtsein der Arbeitnehmer in dem Sinne beeinflusst hat, daß sie mindestens Teilnehmer des Wohlstandes seien und durch ihn gehoben wurden. Auch Werbung und Propaganda und andere Mittel der Beeinflussung der öffentlichen Meinung haben für die Betroffenen unmerklich, für den Beobachter aber deutlich spürbar das *Bewußtsein der Arbeitnehmer* von ihrer soziologischen Position abgelenkt und ihr Interesse und vielfach auch ihr Denken auf andere Themen gerichtet. Das ist nicht einmal um des sozialen Friedens willen zu begrüßen, denn er wird durch solche Vorgänge nicht gesichert. Die Tatsachen werden nur überdeckt, die in Zeiten der Krise um so heftiger ins Bewußtsein drängen und um so eher zu Kurzschlusshandlungen führen können. Wer das freie Spiel der Kräfte wünscht und den Ausgleich in ihm sucht, der muß ein waches soziales Bewußtsein der Massen erstreben,

damit in gesicherter Unabhängigkeit der Meinungsbildung Ziele erkannt und angesteuert werden können, die sozial- und wirtschaftspolitisch und nicht zuletzt staatspolitisch in ruhiger See schneller und gefahrloser erreicht werden.

Dieses Programm, so sagte Herbert Wehner auf dem Parteitag der SPD in Bad Godesberg, ist im engeren Sinne verstanden kein Arbeiterprogramm. Aber es ist nicht ein Programm, das weniger wäre als ein für die Arbeiter nützliches Parteiprogramm, sondern es ist insofern mehr, als es für die Arbeiterschaft, im weiteren Sinne für die Arbeitnehmerschaft, Grundlagen dafür zu schaffen sucht, daß Arbeiter und Arbeitnehmer nicht mehr infolge ihrer Abhängigkeit in der gesellschaftlichen Ordnung Staatsbürger minderer Kraft, minderen Ranges sind, daß für sie nicht nur auf dem Papier der Verfassungen steht, daß das gleiche Recht für alle gilt. Mit dieser ausdrücklichen und umfassenden Verknüpfung der Arbeiterfrage mit der staatlichen Ordnung und Struktur hat Wehner den Kern des Grundsatzprogramms der SPD von 1959 freigelegt und hat zugleich die Entwicklung der Arbeiterfrage in den Programmen und in der politischen Arbeit der Sozialdemokraten in äußerster Kürze gekennzeichnet. Die soziale, die wirtschaftliche, die politische Lage des Arbeiters ist in der Demokratie und durch die Demokratie zu lösen – oder sie ist unlösbar. Es ist ein gerader Weg von Marx (1848, vergleiche erstes Kapitel), der die beste Staatsform die nannte, in der die gesellschaftlichen Gegensätze nicht verwischt, nicht gewaltsam, also nur künstlich, also nur scheinbar gefesselt werden und in der diese Gegensätze zum freien Kampf und darin zur Lösung kommen, über das Heidelberger Programm der SPD von 1925 mit seinem Bekenntnis zur demokratischen Republik, die den günstigsten Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse bietet, bis zum Godesberger Grundsatzprogramm, das nicht nur die Demokratie bejaht, sondern sie als die allgemeine Staats- und Lebensordnung fordert, unter der die Menschen zu Freiheit, Gerechtigkeit, Würde und Wohlstand gelangen werden. Die Menschen und besonders auch die Arbeiter unserer Zeit haben den Zusammenbruch der Illusionen erlebt, die meinten, eine Diktatur der Arbeiterklasse sei der Weg zur klassenlosen Gesellschaft. In der Sowjetunion entwickelte sich unter der Diktatur der Arbeiterklasse – soweit die Zustände seit 1917 als solche angesprochen werden können – eine Differenzierung der Gesellschaft nach neuen soziologischen Prinzipien, und tatsächlich besteht eine Unterschiedlichkeit der Schichten auch in dem Maß ihres machtpolitischen Einflusses. Die hochgeschlossene Arbeiterjuppe (nicht einmal mehr üblich) macht es nicht, die Anrede der Solidarität auch nicht. Das sozialdemokratische Programm behauptet nicht, daß in Deutschland heute alle Menschen tatsächlich gleiche Rechte genießen. Es will diese allein menschenwürdige Tatsache aber schaffen, indem es die Vorrechte beseitigen will, die in unserer Zeit vor allem wirtschaftlich und sozial gegeben sind und die von denen gewahrt werden, die durch wirtschaftliche Macht die Möglichkeit der Verfügung über Menschen haben. Wir sahen nicht, daß die Kommunisten in ihren Ländern die Vorrechte derer beseitigt haben, die – auch als Manager – über große wirtschaftliche Macht verfügen. Darauf aber kommt es an, nicht auf Worte. Verfälschungen von Demokratie zur Volksdemokratie bei den einen oder von Aktie zu Volksaktie bei den anderen kennzeichnen nur, daß hüben und drüben mit gleichen Methoden gegen die Freiheit gearbeitet wird: man benutzt einen anerkannten Wert, wertet ihn um und bietet ihn unter seinem bekannten Kleide

und doch als falsche Ware unkritischen Massen an. Die Sozialdemokraten wollen diese Methode weder den einen jenseits der Grenzen, noch den anderen diesseits durchgehen lassen, weil sie eine Täuschung des Volkes enthält. Für den deutschen Arbeiter ist nicht eine Wirtschafts- und Sozialpolitik des *Als ob* erstrebenswert und lebenswichtig, sondern eine Wirklichkeit, in der er der Freiheit eine Gasse erkämpft hat, die er zu breiten Alleen, zum Leben in Freiheit ausbauen will.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sieht die Gewerkschaften als die berufenen Vertreter der Interessen der Arbeitnehmerschaft im weitesten Sinne an:

Sie kämpfen um größere Freiheit und handeln als Vertreter aller arbeitenden Menschen. Sie sind damit wesentliche Träger des ständigen Demokratisierungsprozesses.

In unabhängigen Gewerkschaften, so sagt das Programm, sollen alle Arbeiter, Angestellten und Beamten das Recht haben, ihre solidarische, demokratisch geordnete Kraft zusammenzufassen, um die Arbeitsbedingungen frei vereinbaren zu können. Der alte Gedanke des Koalitionsrechtes wird hier in neuer Form ausgesprochen. Er ordnet die Massen zu freien Organisationen, die den Managern der Wirtschaft gegenüberstehen, man sagt heute: als Sozialpartner. Die wirkliche Bedeutung der Gewerkschaften wird in der breiten Öffentlichkeit und vor allem auch von dem nicht unmittelbar berührten Bürgertum viel zu wenig erkannt. Seit Jahrzehnten sind sie ein positiv wirkender Faktor der Wirtschaft und ein Garant der wirtschaftlichen Ordnung in unserem Lande. Ohne die Gewerkschaften wäre heute ein Chaos, nicht nur auf der Arbeitnehmerseite und nicht einmal dort zuerst. Die Gewerkschaften haben sich zu keiner Zeit als Lohn- und Gehalts-Verbesserungs-Einrichtungen gesehen. Sie betrachteten es als ihre Berufung und Aufgabe, unmittelbar die Wirtschaftspolitik zu beobachten und zu beeinflussen. Zu unrecht wird das Wort *die Wirtschaft* nur auf die Unternehmer angewandt; auch die Verbraucher gehören zur Wirtschaft und die Gewerkschaften als Vertreter der Verbraucherinteressen und als die Gegenspieler der disponierenden und kalkulierenden Unternehmer, weil sie das Produktionspotential Arbeitskraft darstellen. Die Unternehmer als Disponenten, die Arbeiter (im weiteren Sinne) als Produzenten, die Verbraucher als Konsumenten – eine Zusammenstellung, die einen tieferen Sinn hat als nur den, der aus dem Klang der Wörter anfällt. Erst im Zusammenwirken dieser drei Faktoren ist Wirtschaft möglich.

In überaus mühsamer Kleinarbeit haben die Gewerkschaften in den Jahrzehnten ihres Bestehens in ungezählten Verhandlungen unter sich und mit den Unternehmerverbänden die Grundsätze der Sozialpolitik, wie sie in den politischen Kämpfen entwickelt worden waren und wie sie die Gesetze dann formuliert hatten, in eine anwendbare Praxis übertragen. Sie haben nicht minder Anregungen zu neuen Gesetzen und Gesetzesänderungen gegeben, wie sie sich aus den Erfahrungen in den Betrieben ergaben. Die unmittelbare Bezugnahme auf die Wirklichkeit der Wirtschaftsführung und ihre Auswirkung auf die Arbeitnehmer, nicht selten auch auf die Produktion, die den Gewerkschaften aus ihrer Verbindung mit den Männern und Frauen an der Arbeitsstelle zur Verfügung stand, hat Umwege der sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Führung durch die staatlichen Organe und die Selbstverwaltungskörperschaften verhindert – zum Nutzen der Wirtschaft. Aus dieser Erfahrung mußte einmal die Folgerung gezogen werden, gewerkschaftliche Mitarbeit

gesetzlich anzuerkennen und in *Mitbestimmung* in den Unternehmen umzuwandeln. Die Gewerkschaften hatten also, als sie die Forderung nach der Mitbestimmung in den Betrieben erhoben, nicht ein neues Recht für die Arbeiter erdacht und proklamiert, sondern sie wandten eine gesicherte Erfahrung an, daß nämlich ihre Mithilfe von großer Bedeutung in der Unternehmensführung und auf einer höheren Ebene auch in der Wirtschaftsführung sein kann, sobald sie in Anspruch genommen und eingeordnet wird. Sie waren sicher, daß eine Mitwirkung der Arbeitnehmer im Unternehmen zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer und für die Betriebe führen müßte und zu einer Erhöhung des Arbeitsproduktes. So haben sie die Mitbestimmung immer als ein wichtiges Glied der praktischen und vernünftigen Betriebsführung betrachtet und angestrebt. Längst haben auch kluge Unternehmer die Chance der Arbeitsgemeinschaft mit den Betriebsangehörigen erkannt, die freilich nur dann sinnvoll sein kann, wenn sie nicht patriarchalisch gedacht und praktiziert wird, sondern in aufrichtiger Gleichberechtigung der im Betrieb tätigen Menschen. Es gehört ein freier Blick unabhängiger Männer dazu, die Dynamik zu erkennen, die in einer solchen geordneten Zusammenarbeit liegt und die nicht mit jovialem Schulterklopfen bei festlichen Gelegenheiten, mit Gratifikationen beim Jubiläum und ähnlichen Gunstbezeugungen verwechselt werden darf. Zuweilen begegnet man auch Unternehmern, die das Recht der Mitbestimmung der Arbeiter in ihrem Betriebe weniger schätzen als die Vorteile, die sie sich daraus errechnen – im übrigen möchten sie dann Herr im Hause bleiben, weil sie, so lautet meist die Begründung, doch auch das Risiko allein trügen. Irrtum! Das Risiko der schlechten oder falschen Unternehmerdisposition, des Mangels an Mut für Investitionen und Erneuerungen oder Modernisierungen tragen in jedem Falle zuerst die Arbeiter. Wir sahen noch manchen Unternehmer nach einer Katastrophe auf anderen Pferden reiten, indessen seine einstigen *Mitarbeiter* im besten Falle stempelten.

Die deutschen Gewerkschaften gewannen eine besondere Kraft, die Mitbestimmung in den Betrieben als den Beginn einer Verwirklichung der Demokratie in der Wirtschaft zu fordern, als sie nach dem Zusammenbruch von 1945 mit ungewöhnlichem Erfolg die Wiederbelebung der Wirtschaft im Ruhrgebiet betrieben. Damals standen die Vertreter der Arbeiter und nicht die Ruhr-Herren an den Kommandostellen; freilich herrschten sie über Trümmer. Aber daraus wurden wieder Fabrikhallen und darin standen Maschinen, und die ersten Produktionen hatten vielfach noch die Arbeitervertreter disponiert. Es waren die Gewerkschaften und nicht die Unternehmer, die damals den Widerstand gegen die Demontage leisteten – und sie konnten es sich in der Auseinandersetzung mit der Besatzungsmacht leisten, weil sie eine ungeschriebene Legitimation aus der Moral ihrer politischen Haltung in der jüngsten deutschen Vergangenheit besaßen, die sie nur mit wenigen aus dem Unternehmertum zu teilen hatten. Man soll und darf diese Situation nicht vergessen, so schmerzlich die Erinnerung vielen heute sein mag, die immer wieder bestrebt sind, einen Schlußstrich zu ziehen, damit die Rechnung niemals abgeschlossen werde. Diese Rechnung ist noch nicht beglichen und wird uns Deutschen auch dann vorgelegt, wenn wir sie nicht sehen mögen.

Dennoch gelang es den Gewerkschaften und der mit ihnen in diesem Punkte zusammenarbeitenden Sozialdemokratischen Partei damals nicht, eine *demokratische*

Unternehmensverfassung durchzusetzen. Sie ist heute nur in einem bescheidenen Umfange in der Bundesrepublik vorhanden, obwohl die Besatzungsmacht Verständnis für diese Entwicklung zeigte, die sich auch in England vollzog und die in den Vereinigten Staaten praktisch stärker wirksam ist, als sich die meisten deutschen Unternehmer vorstellen können. Bei Stahl und Kohle war der Fortschritt am größten. Die Gewerkschaften zogen in die Aufsichtsräte ein, und Vertrauensleute von ihnen wurden als Arbeitsdirektoren gleichberechtigte Mitglieder der Unternehmensleitungen (Vorstände der Aktiengesellschaften). Je mehr Zeit verstrich, desto schwächer wurden bisher die Chancen, demokratische Mitverantwortung auf die Arbeitnehmer auch in der Wirtschaft zu übertragen. Der 1951 geschaffenen Regelung über die Mitbestimmung bei Kohle und Stahl folgte 1956 eine weit mehr eingeschränkte Regelung für die Holdinggesellschaften. Die Praktizierung des 1952 geschaffenen Betriebsverfassungsgesetzes, das für die große Mehrheit aller Betriebe gilt, wird mehr und mehr im täglichen Ablauf der Zusammenarbeit durchlöchert. Eine *überbetriebliche Mitbestimmung* ist überhaupt kaum wirksam geworden, ausgenommen einige Landwirtschaftskammern in westdeutschen Ländern und ausgenommen die 1953 geschaffene Regelung für die Besetzung der Handwerkskammern im Bundesgebiet, die zu einem Drittel auch Gesellen enthalten müssen. Man sieht, daß es der großen Wirtschaft gelungen ist, sich ihren in der Zeit liegenden Pflichten, die Demokratie in der Wirtschaft durchzusetzen, zu entziehen, und daß die kleineren und wenig politisch wirkenden Betriebe, die in Landwirtschaft und Handwerk verbunden sind, eine sogar überbetriebliche Zusammenarbeit seit Jahren aufgenommen haben. Sie ist ihnen und der Gesamtwirtschaft nicht zum Schaden geworden.

Die *innerbetriebliche Mitbestimmung*, die sich vor allem im Vorhandensein der Betriebsräte (seit 1921) ausdrückt, wurde 1952 durch das Betriebsverfassungsgesetz verankert, das seinen etwas hochgreifenden Namen nicht verdient; es ist ein Schritt zu einer Betriebsverfassung. Gewiß ist die Errichtung von Wirtschaftsausschüssen ein beachtlicher Schritt zu einer verfassungsmäßigen Institution, in der sich größere Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit von Unternehmensleitung und Belegschaft entwickeln könnten. Wie man solche Möglichkeiten schaffen und zum Nutzen des Betriebes anwenden kann, das sollten deutsche Unternehmer in den Vereinigten Staaten studieren, auch im benachbarten England, wo sich auch ohne gesetzliche Regelung, aus der Vernunft der Partnerschaft im Wirtschaftsprozess Beziehungen entwickelt haben, die in Verträgen festgehalten wurden und wo durch die Anwendung dieser Verträge und ihre Überwachung durch die Gewerkschaften praktisch eine oft weit wirksamere Mitbestimmung entstanden ist und sich noch ausdehnt. Oft geht schon der formale Inhalt der Verträge weiter, als wir es von deutschen Tarifverträgen gewohnt sind; die praktische Handhabung aber dehnt die Zusammenarbeit aus – weil es sich so als zweckmäßig erweist. Wir übersehen dabei nicht, daß auch in großen deutschen Betrieben, wenn man nur genauer hinschaut, Ansätze für eine unmittelbare Mitbestimmung der Arbeiter von der Arbeitsstelle her für den Produktionsvorgang und für die Lohngestaltung vorhanden sind, die noch keine formulierte Bestätigung erfahren haben. Hier setzt sich eine Wirklichkeit durch, die nach einer geschriebenen Verfassung drängen wird.

Die dazu notwendigen *politischen Entscheidungen* müssen im Parlament fallen. Das Recht auf Mitbestimmung, auch wenn es vorbildlich ausgestaltet wird, kann und darf die Grenzen nicht überschreiten, die ihm in einem Lande mit demokratischer Verfassung gezogen sind. Mitbestimmung in der Wirtschaft, demokratische Unternehmensverfassung insgesamt, kann und soll nur auf die Unternehmen selbst abgestellt sein und ihre Angelegenheiten zum Gegenstand der Mitarbeit machen. Es sollen auf diese Weise nicht Institutionen zur Lenkung der Wirtschaft, zur Entwicklung einer Wirtschaftspolitik entstehen. Diese Aufgaben sind Regierungs- und Bundestagspflichten. Im übrigen ist die Mitbestimmung nur ein Teil der Wirtschaftsverfassung, wie die Sozialdemokraten sie erstreben, — ein wichtiger Teil. Die Wirtschaft in Deutschland und ihre Struktur wird demokratisch sein, wenn die Lebensordnung in diesem Lande demokratisch ist. Sie wird auch nur so lange in diesem Zustand der Freiheit und Gerechtigkeit sein, solange die Demokratie Wirklichkeit bleibt. Wenn es den Arbeitnehmern in Deutschland nicht gelingt, sich in der Unternehmensführung zu verankern und sich dort mit Erfolg und Verantwortung zu betätigen, werden sie keinen Ausgangspunkt haben, um eine Kontrolle der Wirtschaft entwickeln zu können, die dann nicht von ihnen, sondern von dazu geeigneten Organen auszuüben sein wird. Sie werden Einfluß in ihren Unternehmen nur mit Hilfe der politischen Kräfte gewinnen, die diesen Einfluß durchsetzen, das heißt, mit Hilfe der Sozialdemokraten. Diese aber werden politische Macht nur gewinnen, sie werden sie nur im Sinne der Gerechtigkeit auch auf dem Gebiet der Wirtschaft anwenden können, wenn sie an den Stellen mitbestimmen, an denen wirtschaftliche Macht eingesetzt wird. Es ist eine Kreiswirkung, die hier gegeben ist: die politische Macht muß die Demokratie durchsetzen, die den Arbeitnehmern und der Wirtschaft Nutzen bringen wird, und sie muß sich der wirtschaftlichen Kräfte bedienen, um die Demokratie erhalten zu können.

In der heutigen Wirtschaft, so sagt das sozialdemokratische Programm, sind die Arbeitnehmer denen ausgeliefert, die die Kommandostellen der Unternehmen und ihrer Verbände besetzen, wenn sie ihnen nicht in unabhängigen Gewerkschaften ihre solidarische, demokratisch geordnete Kraft entgegenstellen, um die Arbeitsbedingungen frei vereinbaren zu können.

Darum bejahen die Sozialdemokraten die Gewerkschaften und unterstützen sie durch ihre politische Arbeit. Weder wollen sie sozialdemokratische Gewerkschaften bilden, noch können sie freien Gewerkschaften vorschreiben, was sie zu tun haben und was nicht. Die Sozialdemokraten wissen zu gut, wie nötig und nützlich eine einheitliche und unabhängige und darin starke Gewerkschaftsbewegung auch für die politische Arbeit ist. Daß die Forderungen der Gewerkschaften und die der SPD weit übereinstimmen, daß beide Organisationen in der praktischen sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Arbeit häufig Hand in Hand gehen können, das liegt daran, daß sich beide der Pflicht zum sozialen Denken und Handeln bewußt sind, sich ihr unterziehen und sich bemühen, diese Pflicht voll zu erfüllen. Wer für das Wohl der Gesellschaft denkt, wer nicht die Sonderinteressen einer kleinen Schicht im Auge hat, der muß miteinander diese Verbindung haben und halten, die oft zwischen Sozialdemokraten und freien Gewerkschaften gegeben ist. Ihnen ist gemeinsam das Streben danach, den Arbeitnehmer, der heute in der Bindung seiner wirtschaftlichen Abhängig-

keit ein Untertan der Wirtschaftsmächtigen ist, zum freien Bürger in Staat und Wirtschaft werden zu lassen. Denn das erst ist die Erfüllung der demokratischen Verfassung, die das Grundgesetz enthält.



Eine Politik, die den Schwachen helfen soll, die wirtschaftliche Not und soziale Ungerechtigkeit beseitigen will, die Ausdruck sozialer Verantwortung ist, sollte nicht, wie es leider allzu oft geschieht, mit dem wegwerfenden Ausdruck belegt werden, sie sei eine Politik des Wohlfahrtsstaates. Wäre es denn ein Unglück, wenn dem Staate die ehrende Bezeichnung beigelegt werden könnte, er sei ein Staat der allgemeinen Wohlfahrt? Aber die diesen Ausdruck benutzen, wollen mit ihm sagen, daß Sozialpolitik dem allzu menschlichen Zug nach Bequemlichkeit oder Nichtstun auch noch die Chance staatlicher Hilfe und Unterstützung biete. In der Anwendung solcher Argumente sollten sich die Menschen guten Willens von jenen unterscheiden, die als Interessenten ihres eigenen Wohlergehens das Opfer der Nächstenliebe scheuen und schon gar nicht bereit sind, eine *Ordnung der Gerechtigkeit* schaffen zu helfen. Die Sozialdemokratie will den Staat und die Gesellschaft bilden, die allen Menschen erlauben, *sich frei entfalten und ihr Leben in eigener Verantwortung gestalten* zu können. Wenn der Mensch aber in individueller Not oder in einer von der Gesellschaftsstruktur bestimmten Einschränkung seiner materiellen und staatsbürgerlichen Bewegungsfreiheit lebt, dann gebietet es soziale Verantwortung, ihm eine Änderung seiner Lebensumstände zu verschaffen, damit er menschenwürdig leben kann.

Gesellschaftliche Zustände, die zu individuellen und sozialen Notständen führen, dürfen nicht als unvermeidlich und unabänderlich hingenommen werden,

sagt das Godesberger Programm der Sozialdemokraten und ruft damit zur Änderung solcher Zustände auf. Sie sind heute weit verbreitet. Der Glanz der Autos und die Vielzahl der Fernsehtruhen und Kühlschränke, bunte Kleider und Auslandsreisen dürfen nicht über die Millionen Menschen hinwegsehen lassen, die in Armut leben und nur das haben, was sie zur Existenz unmittelbar benötigen. Der Wohlstand ist in unserem Lande größer als je vorher, das ist richtig. Aber er hat die Armut nicht ausgelöscht, das ist auch richtig. Er hat es nicht einmal vermocht, daß soziale Gerechtigkeit eingekehrt ist, die ein System sozialer Sicherheit bringen muß.

Das Programm der Sozialdemokraten enthält zwei außerordentliche, aber praktisch sofort anwendbare Forderungen, um diese Sicherheit zu erreichen: für die Kranken die staatliche Garantie der Gesundheitsfürsorge und des öffentlichen *Gesundheitsschutzes* bei freier Wahl des Arztes und für die Alten und Arbeitsunfähigen die *staatliche Mindestrente*, eine allgemeine, das ganze Volk erfassende Pension, auf die jeder Anspruch haben muß. An den materiellen Voraussetzungen für diese sozialen Taten fehlt es nicht, das Nationalbudget ist aufgefüllt, und die Wirtschaftskraft ist stark, um auch für die Zukunft ein sicheres Fundament für eine wahrhaft christliche und soziale Handlung bieten zu können. Die Gesetze sind fällig. Warum liegen sie nicht vor? Wieder bedarf es sozialdemokratischer Initiative, die so oft in vergangenen Jahrzehnten die Sozialpolitik angeregt und befruchtet hat. Aber es bedarf auch der

Stärkung dieser Forderungen durch die allgemeine Zustimmung. Der Grundsatz muß freilich gelten: *Das System sozialer Sicherung muß der Würde selbstverantwortlicher Menschen entsprechen.*

Der sozialdemokratische Vorschlag im Grundsatzprogramm, der eine umfassende Gesundheitsversicherung fordert, geht von der Tatsache aus, daß die Gefährdung der Gesundheit für alle Menschen im modernen Industriestaat ungleich größer ist als je vorher. Nicht nur die lebende, auch künftige Generationen erscheinen bedroht, so sagt das Programm, und es sagt damit keine Übertreibung. Man erinnere sich der ständig drohenden Schäden durch die Folgen der Atomspaltung und die ungeschützte Anwendung der darauf beruhenden technischen Möglichkeiten. Nur der Staat kann einen Schutz gegen Strahlungsschäden organisieren und gewährleisten; er muß es tun.

Lebensbedingungen und Lebensformen sind so zu gestalten und die Gesundheitspolitik ist so auszubauen, daß ein Leben in Gesundheit möglich wird.

Die Sozialdemokratie drängt auf die ernsthafte Beachtung der Gefahren, weil diese als schleichendes Gift das Wohlergehen der Menschen zerstören, ohne daß der einzelnen Symptomen Aufmerksamkeit schenkt. Es wird auf den einzelnen Menschen und seine Haltung auch dann noch immer entscheidend ankommen, und kein Staat und keine gesetzliche Ordnung können so umfassend eingreifen, daß nicht die eigene Verpflichtung zur Pflege der Gesundheit bestehen bleibt. Die Sozialdemokraten appellieren an die Menschen, sich dieser Verpflichtung zum eigenen Wohle bewußt zu sein. Ist aber der Mensch krank, so muß er

unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage einen unbedingten Anspruch auf alle dem Stande der ärztlichen Wissenschaft entsprechenden Heilmaßnahmen

haben, so fordert es das SPD-Programm, und es ist sicher überzeugend, daß jeder Mensch ein unveräußerliches Recht dazu hat, gesund zu sein und gesund zu werden, wenn er krank ist. Es ist ein Widerspruch in der Ordnung unserer Gesellschaft, daß der eine die gute Pflege, die außerordentliche Operation und das wirksame Heilverfahren nur dank seiner persönlichen Besitztümer genießen kann, während der andere, dessen Fleiß und Arbeitskraft ihm dennoch keinen ausreichenden Sparpfennig überließen, als ein Paria der Gesellschaft nur der notwendigsten Pflege überantwortet wird: *Wir haben doch keinen Platz in den Krankenhäusern.* Der beste Arzt und das beste Heilmittel sind für jeden Menschen ohne Ansehen seiner Herkunft und seiner wirtschaftlichen Kraft gerade gut genug, damit sein Leben erhalten und seine Gesundheit wiederhergestellt wird. Das ist die natürliche und praktische Folgerung aus so vielfach genannten ethischen Prinzipien, und es stünde allen, die den barmherzigen Samariter loben, nur als eine Selbstverständlichkeit an, die Sozialdemokraten bei diesem mit politischen Mitteln zu erkämpfenden Vorhaben zu unterstützen. Kein Einwand gilt, der, aus welchen Bindungen immer, hier die Hilfe versagen oder einschränken möchte. Diese Zeit, die uns an alle Grenzen menschlichen Denkens und bis an das letzte Wagnis des Lebens führt, duldet das leere Pathos nicht mehr, mit dem sich mancher der geforderten Tat bisher zu entziehen vermochte. Es ist eine öffentliche und allgemeine Aufgabe, menschliche Solidarität zu üben, und der Nächste wohnt nebenan.

Zu den Grundforderungen in der Gesundheitsfürsorge muß in der modernen Gesellschaft die freie Wahl des Arztes gehören. Das Vertrauen zu ihm, das durch die Wahl bekundet wird, ist eine Bedingung der allgemeinen Gesundheitssicherung, denn es hilft helfen. Die Sozialdemokratie will dem Arzt andererseits die berufliche Entscheidungsfreiheit unter allen Umständen sichern; wie könnte anders seine Verantwortung eingesetzt werden.

Öffentliche Pflicht und persönliche Verpflichtung und Verantwortung müssen in der Gesundheitspolitik ineinandergreifen. Wo Staat und Gesellschaft nicht mehr wirken können, tritt oft und nützlich die freie Fürsorge und Hilfe ein. Sie soll ihre Eigenständigkeit bewahren und in den Wohlfahrtsverbänden aller Richtungen und Arten und in den verschiedenen Institutionen der Nächsten- und Selbsthilfe im gleichen Geiste menschlicher Hilfsbereitschaft der allgemeinen Bemühung um ein gesundes Volk dienstbar sein. Die Wirksamkeit freier Wohlfahrtsverbände war immer ein Ausdruck der Zivilisation und Kultur eines Volkes, das seine materiellen Möglichkeiten zu größeren Zwecken zu nutzen weiß.

Dann aber, wenn das Alter gekommen ist oder wenn Krankheit zur Arbeitsunfähigkeit geführt hat, soll der Mensch in einer Gesellschaft moderner Struktur nicht der Existenzangst verfallen müssen. Die Furcht vor der Not muß zu jeder Zeit im Leben, besonders aber im Alter, durch eindrucksvolle und die Menschen überzeugende Einrichtungen vollständig gebannt werden. Die Sozialdemokratie vertritt in ihrem Grundsatzprogramm die staatliche Mindestrente als einen Schutz im Alter und bei Arbeitsunfähigkeit und sie will sie durchsetzen, wenn sie die staatliche Macht repräsentieren kann. Auch der Tod des Ernährers soll die Familie nicht der Not überantworten, sondern auch hier soll die Rente beginnen. Sie soll eine Grundrente sein und wie eine allgemeine und ausreichende Pension gestaltet werden, die eine Lebenshaltung sichern soll, die der entspricht, die sich der Empfänger im Arbeitsleben erworben hat, so erklärte der Experte der SPD für Sozialpolitik im Bundestag, Professor Dr. Ernst Schellenberg, auf dem Godesberger Parteitag in der Begründung dieser Forderung. Das Ziel ist in seinem Kern nicht neu; es entspricht der allgemeinen Auffassung der Sozialdemokraten, daß der Mensch in der Gesellschaft und durch sie geschützt sein soll. Aber in dieser besonderen Form hat diese Aufgabe noch nicht bestanden, die sich die SPD jetzt gestellt hat und die erfüllbar ist, weil die Wirtschaftskraft der Gesellschaft ausreicht, wie eine sorgfältige Prüfung ihrer Möglichkeiten ergab, die materiellen Voraussetzungen zur Verfügung zu stellen. Zu der Grundrente, die hier gefordert wird, sollen die Beiträge aus der Sozialversicherung, aus beamtenrechtlichen Ansprüchen, aus eigenen Sparguthaben hinzukommen, so daß die persönliche Vorsorge, die der Bürger für seine Familie und sich getroffen hat, nicht beeinträchtigt wird und ihm in vollem Umfange zukommt und eine Verbesserung seiner Lebensbedingungen erlaubt. Die Angst um die Existenz soll auch im Alter wie vorher in den Jahrzehnten der Arbeit endgültig unbegründet sein.

Eine der wirkungsvollsten Voraussetzungen gesunden menschlichen Lebens und einer gesunden Staatsordnung ist das Wohnen der Menschen in Behausungen, die mehr sind als Unterkünfte, die – so sagt das Programm – *die Heimstätte der Familie* sein müssen. Die selbstverständliche Folge dieses Grundsatzes ist es, daß die Sozialdemokraten den Schutz der Wohnung fordern. Der Wohnungsbau darf nicht nur privaten

Gewinnstreben überlassen werden. Auch in diesem Falle hat die SPD wie überall und zu jedem Punkte ihres Programms durchaus die Gegebenheiten beachtet. Wohnungsbau und Pflege vorhandener Häuser kosten Geld. Es ist aber zu erwägen, daß unumgängliche Ansprüche, die aus dem Wohnungsbau erwachsen, sozialen Verpflichtungen gegenüberstehen, die für alle Menschen im Staate gesunde Wohnungen erstreben heißen. Die notwendige sorgfältige Kontrolle der Manipulationen muß schon bei der Bodenpolitik beginnen, die Spekulanten entzogen werden muß. Sie muß sich bei der Baupolitik fortsetzen, wo der Gemeinschaftsbau noch immer der preiswerteste und schnellste Helfer in der großen Wohnungsnot geblieben ist, die im Lande herrscht. Es sollte möglich sein, auch früher und nach dem Zusammenbruch bis heute aus Bodenspekulation erreichte Gewinne noch jetzt abzuschöpfen und dem Wohnungsbau zuzuführen. Niemand hatte das Recht und zu keiner Zeit bestand es, aus der Not der Millionen Menschen, die der Krieg und die verbrecherische Hitler-Politik obdachlos gemacht hatte, privaten Nutzen zu ziehen. Es ist nicht unsittlich, solche Unmoral noch nachträglich zu beseitigen.

Jede Möglichkeit sollte wahrgenommen werden, um die *Familie* und ihr Heim zu fördern.

In der materiellen Sicherung der Familie liegt die Anerkennung ihrer ideellen Werte,

so postuliert das sozialdemokratische Programm die Politik, die zur Förderung und zum Schutze dieser Zelle des Staates und der Gesellschaft betrieben werden soll. Man erinnert sich der früheren Gesetzesvorschläge, die vielfach weitgehend in Ansätzen steckengeblieben sind, wenn überhaupt versucht wurde, Mutterschutz, Mutterschaftshilfe, Jugendschutz, Verbot der Kinderarbeit, Berufswahl, Gleichberechtigung der Frau, Anerkennung der Hausfrauenarbeit als Berufsarbeit und anderes mehr zu regeln, um eine soziale Politik zu verwirklichen. Noch immer findet sich daher im 1959 beschlossenen Programm der Sozialdemokratie Gedankengut, das schon vor einem halben Jahrhundert Bestandteil sozialdemokratischer politischer Programme war. So gering war der Fortschritt, wenn man das geltende Recht mit der nicht minder gültigen Wirklichkeit vergleicht. Noch immer ist die Forderung nach gleichen Möglichkeiten für die Berufswahl, Berufsausübung und Entlohnung der Frau, verglichen mit den für den Mann geltenden Bedingungen, angebracht. Der Hinweis auf die Berücksichtigung der biologischen Eigenarten der Frau ist aus den neueren Erfahrungen in der Berufsarbeit nötig geworden.

Die *Jugend* in dieser Zeit geht ihre eigenen Wege. Zu keiner Zeit hat eine selbstbewußte Jugend anders gehandelt. Der Unachtsamkeit, die glaubt auf eine verflachte Jugend mit dem Finger deuten zu können, muß widersprochen werden. Die Jugend ist anders als diese Generation in ihrer Jugend war — es wäre gar schön, wenn sie ihr gleiche Erfindungen und Entdeckungen, Ereignisse und Entdeckungen von unübersehbaren Tiefenwirkungen üben natürlicherweise einen Einfluß auf junge Menschen stärker aus als auf die Erwachsenen. Was diese jetzt führende Generation der nächsten an Erfahrungen und Erlebnissen beschert hat, berechtigt sie kaum zu der Forderung, es ihr gleich zu tun.

Die Jugend muß befähigt werden, ihr Leben selbst zu meistern und in die künftige Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft hineinzuwachsen.

Das ist der Kernsatz des Programms der Sozialdemokraten zu der gewiß erregenden Frage nach der Stellung der Jugend in unserer Gesellschaft. Wenn die jungen Menschen in die Gemeinschaft ihres Volkes hineinwachsen sollen, dann müssen sie Wachstumsfreiheit haben; die Wachstumsbedingungen werden ihnen ohnehin von den Älteren gestellt. Die Jungen sind zur Mitarbeit und zur Mitverantwortung heranzuziehen, je früher und je gründlicher, desto besser. Es ist ihre Welt, die sie sich bauen, nicht mehr die unsere. Während sie bauen, sollen die Baumeister sie anleiten, die Familie, die Schule, die Gesellschaft durch Staat und Verbände. Die Erziehungskraft der Familie steht allen anderen Möglichkeiten voran. Es wäre ein nützliches Tun, wenn in die Familien mehr als bisher Aufklärung über die Notwendigkeit einer demokratisch-staatsbürgerlichen Erziehung der Jugend zu persönlicher und unmittelbarer Verantwortung vor dem Ganzen hineingetragen werden würde. Dort sollte der Keim zu der *aristokratischen Seelenverfassung* gelegt werden, die Kerschbamer als Voraussetzung der demokratischen Staatsverfassung genannt hat. Elternhaus, Jugendverbände und Schulen sollten sich aufeinander einstellen, daß die einen nicht verhindern, was die anderen erstreben. Der Zwiespalt der Erfahrungen enthält mehr schädliche Wirkung als falsche Lehre. Über allem soll der Wille zur Menschlichkeit, zum Dienen und zur Demut Erziehungsziel sein und sich zu dem natürlichen Willen zur Tat, zur Herrschaft und zur Auszeichnung als gleichberechtigter und gleichwirkender Bestandteil der charakterlichen Haltung gesellen. Eine Jugend, die so erzogen wurde, müßte ihr Leben meistern können und bereit sein, Verantwortung zu tragen, in der sie selbst sich am Ruder jedes Schiffes sieht und für alles freimütig einsteht, was geschieht.

Wenn man die Jugend frühzeitig und vertrauensvoll zur Mitwirkung und Mitverantwortung heranzieht, werden der Demokratie einsichtsvolle und willensstarke Staatsbürger heranwachsen.

Das ist ein hochgemutes Wort, das die Sozialdemokraten in ihrem Programm haben und das noch einmal den Sinngehalt aus allen Kapiteln zusammenfaßt. Es gilt für den Staat und die staatliche Ordnung so wie für die Wirtschaft, für die Kultur- und gesellschaftliche Aufgabe der Gesellschaft und für die internationale Zusammenarbeit der Völker.

Die im Arbeitsprozeß stehende Jugend bedarf eines umfassenden und nicht nur theoretisch geltenden *Arbeitsschutzes*. Er ist den Erfahrungen einer neuen Technik anzupassen und immer wieder zu modernisieren. Es genügt nicht, einmal eine Urlaubsbestimmung für jugendliche Arbeiter festzusetzen, wenn die Arbeitsbedingungen sich ständig wandeln und neue Umstände eintreten, die keinen ausreichenden Schutz mehr gewähren. Darum fordern die Sozialdemokraten eine Anpassung an solche Veränderungen zum Schutze der Jugendlichen in den Betrieben. In ihnen schützt die Gesellschaft ihr kostbarstes Gut, das ihr den Fortbestand und die Zukunft sichert. Ein fortschrittliches Jugendrecht muß diese Entwicklung garantieren und sich auswirken lassen. Es ist eine gewichtige Feststellung, daß *das Wohl der Jugend allen anderen Überlegungen vorangeht.*

✱

Die moderne Industriegesellschaft hat weit engere Beziehungen zum Menschen schlechthin als irgendeine andere bisher bekannte Gesellschaftsform. Sie ist für den Menschen da und sie braucht ihn und wäre ohne die Gesamtheit nicht vorhanden. Sie produziert in steigender Qualität und technischer Verfeinerung und benötigt dazu Können. Sie muß die Menschen in die Lage versetzen, die Produkte kaufen zu können. Einkommen und Gesundheit, Wille zu schönerem Leben und Glaube an eine gesicherte Zukunft sind die Faktoren, die den Verbraucher zu erhöhtem Konsum veranlassen. Eine auf die Gesellschaft, ihre Erhaltung und Förderung gerichtete Politik wird zur Voraussetzung der modernen Industriegesellschaft, die sich durch eine intensive Pflege aller genannten Faktoren immer von neuem regenerieren muß, wenn sie auch ökonomisch gesund bleiben will. Dazu hat der Staat sie anzubalten und wenn nötig hat er sie dazu zu zwingen. Sozialpolitik ist keine Fürsorge, sondern Verpflichtung, den einzelnen Menschen zu schützen und die Gesellschaft zu erhalten.

Im Mittelpunkt der Mensch

In den *Grundwerten des Sozialismus*, dem ersten Abschnitt des offiziellen Grundsatzprogramms der SPD, ist mit einigen Sätzen, die den Rahmen eines politischen Parteiprogramms nahezu sprengen, der Mensch in seiner bestimmenden und entscheidenden Bedeutung hervorgehoben worden. Jeder Mensch soll seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten, so heißt es dort, und *als dienendes Glied der Gesellschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken können*. Die Würde des Menschen wird im Anspruch auf Selbstverantwortung ebenso wie in der Anerkennung des Rechtes seiner Mitmenschen gesehen, daß auch sie ihre Persönlichkeit entwickeln und daß auch sie an der Gestaltung der Gesellschaft gleichberechtigt mitwirken können. Das Individuum in seiner Bedeutung und die Gesellschaft in ihren Werten – beide stehen nebeneinander und gehören zueinander, sie müssen miteinander eine Ordnung des Lebens finden.

In dem Abschnitt des Programms, der das kulturelle Leben behandelt, tritt der Mensch in seiner Bedeutung und Würde in der Sicht der Sozialdemokraten noch einmal besonders eindrucksvoll in den Vordergrund. Die Sozialdemokraten haben auch in ihren früheren Programmen die Beziehungen des einzelnen zum Ganzen, des Menschen zur Gesellschaft und umgekehrt behandelt, jedoch ohne so eindeutig, wie es jetzt geschieht, den Wert der Persönlichkeit betont zu haben. Auch diese Tatsache erklärt sich aus der Erfahrung, die sie in dem Jahrzehnt des Terrors und der Vernichtung aller Menschlichkeit und menschlichen Werte machen mußten. Zudem stand zu früheren Zeiten, als die damaligen politischen Programme entstanden, die Masse noch so stark unter dem Zwang der unmittelbaren Not und des ausgebreiteten Unrechts, daß das Schicksal des einzelnen in dieser allgemeinen Unterdrückung ganzer Schichten von weit geringerer Bedeutung blieb. Die Sozialdemokraten wirkten durch starke kulturpolitische Initiative und vor allem durch eine fortschrittliche Schulpolitik bahnbrechend und erwarben ein entscheidendes Verdienst darum, daß Kulturfragen des Volkes auch schon zu Zeiten des Klassen- und Obrigkeitsstaates Beachtung gewannen. Jedoch blieb die Schule, soweit sie nicht für eine dünne Oberschicht zur Verfügung stand, als allgemeine Volksschule das Aschenbrödel der staatlichen Kulturpolitik, und es war schon ein Gewinn, als nicht mehr der ausgediente Untertoffizier des Heeres zum Schulmeister avancierte, sondern ausgebildete Pädagogen in die

Schulstuben kamen. In den Volksschulen werden noch heute nahezu neunzig Prozent der gesamten Jugend des Volkes unterrichtet. Es waren in erster Linie die Sozialdemokraten, mit ihnen dann die Freisinnigen und die Liberalen, die eine höhere Bewertung der Schul- und Bildungsarbeit im allgemeinen und für die breiten Volksmassen im besonderen durchzusetzen vermochten und denen es gelang, damit die gesamte staatliche Kulturpolitik auf die *allgemeine Volksbildung* hinzuwenden. Das geschah vor allem nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches in der kulturpolitisch schöpferischen und fruchtbaren jungen Weimarer Republik. Die Jahre nach dem Zusammenbruch von 1945 lassen sich mit jenem regen und erregenden Leben in Wissenschaft, Kunst und Volksbildung der Weimarer Zeit nicht annähernd vergleichen. Es ist darum vieles aufzuholen.

Wieder sind auch nach 1945 die Sozialdemokraten der Vortrupp gewesen, indem sie in den Gemeinden, Kreisen und Ländern die unmittelbar verantwortlichen Männer stellten, von denen die praktische Arbeit angeregt oder in Angriff genommen wurde. Aus zuverlässiger Kenntnis der hauptsächlichlichen Vorgänge und vieler Einzelheiten muß gesagt werden, daß zunächst vor allem die Sozialdemokraten in der Lage waren, qualifizierte Spitzenkräfte für die Verwaltung und für die freie Arbeit zu nennen, als sie gebraucht wurden: Kultusminister und Dezernenten für Schul- und Kunstfragen, Intendanten und Wissenschaftler, Journalisten und Künstler. Daß später jene, die unter den schwierigsten Umständen die notwendige Arbeit aufgenommen hatten, in Bausch und Bogen als *Parteifunktionäre* abgetan wurden, das ist wohl der Gang der Dinge, wo Menschen am Werke sind, die Macht erstreben. Ehe andere sich in gemachte Betten legten, ist nach dem Zusammenbruch ganz besonders in der deutschen Kulturpolitik hervorragende Aufbau- und Entwicklungsarbeit geleistet worden, über die noch ein Wort zu sagen sein wird.

Universitäten erhielten Unterkünfte, und Akademien neuer Art entstanden, Bibliotheken wurden gegründet und die Studienfreiheit und ein internationaler Studienaustausch eingeleitet. Nicht zuletzt haben die internationalen Beziehungen der Sozialdemokraten in Deutschland das Vertrauen realisiert, das nötig war, um ausländische Hilfe für diese ersten Schritte schon in den Zeiten des Hungers und der Not zu bekommen. Später war vieles leichter. Zwar reichten die Mittel zu keiner Zeit und an keiner Stelle, aber es war ein Anfang. Reichen sie heute, wo dieses Land wohlhabend, ja reich geworden ist?

Wir wiesen schon an anderer Stelle darauf hin, daß die Sozialdemokraten die erste und bisher auch einzige politische Gruppe in der Bundesrepublik waren, die Wissenschaft und Bildung zum Gegenstand von allgemeinen Volksaufrufen gemacht haben, um die Öffentlichkeit auf die Notwendigkeit stärkerer Förderung und größerer Opfer hinzuweisen. Der Parteitag 1956 in München war überwiegend der Aufgabe gewidmet, den Blick der deutschen Wähler auf die veränderten und erweiterten Ansprüche der Gesellschaft in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts zu lenken, in der die *industrielle Revolution* die Menschen im Arbeitsprozeß und in der erwartungsgemäß größeren Freizeit vor neue Fragen stellen wird. Die Sozialdemokratie erhofft die Antworten aus einer tieferen Bildung der Menschen, die geistiges und wirkliches Können mit dem Sinn für schöpferische Leistung aus der eigenen Welt des Individuums erstehen läßt. Im Dezember 1956 hat eine Konferenz in Düsseldorf

unter dem Leitwort *Mobilisierung des Geistes* diese Absicht der SPD noch stärker in die Öffentlichkeit getragen, und schließlich hat der sogenannte *Plan Z*, der am 24. Oktober 1958 durch einen Aufruf des Vorstandes und Parteirats der SPD weithin bekannt wurde, die Gewissen aufzurütteln versucht, rechtzeitig und umfassend die neuen Generationen auf ihre kommende Zeit vorzubereiten. *Die Zukunft meistern* hieß dieser Aufruf und heißt die Schrift¹, in der Waldemar von Knoeringen, der Initiator und hauptsächlichliche Verfechter der Idee von der Ausweitung und Verbesserung aller Bildungseinrichtungen in Deutschland, die Auffassungen und Pläne der Sozialdemokraten durch eine Fülle von Materialien deutlich macht.

Diese Aktionen der SPD übten eine tiefe Wirkung in Deutschland und über die Grenzen des Landes hinaus aus und gaben zahlreiche Anregungen für die praktische Reformarbeit im Bildungswesen. Noch ist die öffentliche und vor allem die Fachdiskussion nicht abgeschlossen, die sich mit den Bildungsvorschlägen der SPD beschäftigt. Denn hier ist eine Frage der deutschen Zukunft angeschnitten, die von lebenswichtiger Bedeutung ist.

Wer, wie der Verfasser, länger als ein Jahrzehnt die politischen Ereignisse von einer Stelle aus beobachten konnte, die es erlaubte, deutsche und internationale Vorgänge zu übersehen und zu werten, der mußte einen erregenden Eindruck darüber gewinnen, wie ungewöhnlich die sozialdemokratische Aktivität in Deutschland auf dem Gebiet der Bildungspolitik sich abhob von dem allgemeinen Streben nach materiellen Gütern und nach Erweiterung von Produktionskapazitäten und Märkten, nach militärischer Macht und effektiver Herrschaft. Es ist den deutschen Sozialdemokraten vorgeworfen worden, sie seien in negativer Opposition geblieben. Das trifft schon im politischen Gebiet nicht zu. Im kulturpolitischen Gebiet aber kann sich keine Partei auch nur annähernd in gleicher Weise auf Anregungen, Vorschläge und neue Gedanken berufen, die sie etwa zur Befruchtung der kulturellen Entwicklung in Deutschland nach 1945 beigetragen hatte. Wir glauben eine Pflicht der Objektivität zu erfüllen, wenn wir die tatsächlichen und außerordentlichen Leistungen der Sozialdemokraten auf diesem wahrscheinlich für Jahrzehnte entscheidenden Gebiet des deutschen Lebens in die Erinnerung rufen. Mit Glanz und Glimmer lassen sie sich leicht übertünchen. Das Wirtschaftswunder ist so großartig – und so schuldig! In der kulturpolitischen Arbeit gibt es keine Bilanzen und keine Paläste aus Stahl und Glas vorzuweisen, wohl aber – in ersten Anfängen – eine wache Jugend, die ihren Weg in eine neue Welt angetreten hat.

Die Sozialdemokraten wünschen, daß die *schöpferischen Kräfte des Menschen sich in einem reich gegliederten und vielfältigen kulturellen Leben frei entfalten* sollen. Sie nehmen die Differenzierung der *kulturellen Kräfte* in unserem Volke zum Ausgangspunkt, die in Bayern anders als in Schleswig-Holstein und in Baden und Württemberg anders als an der Weser oder in Friesland sind, von den Unterschieden zu den kulturellen Eigenarten in den mittel- und ostdeutschen Gebieten nicht zu reden. Die deutsche Kultur in Dichtung, Musik und bildender Kunst hat aus der bunten Vielfalt des überkommenen Kulturgutes jederzeit ungezählte Anregungen geschöpft, und ihr Reichum und ihre eindringliche Kraft quollen aus den Tiefen, in denen sich die

¹ Erschienen bei Verlag J. H. W. Dietz GmbH, Hannover 1959, 172 Seiten

Begegnungen zwischen westlichen und östlichen, nördlichen und südlichen Menschen in der Gemeinschaft des deutschen Volkes vollzogen und aus den Spannungen, die aus der Verschiedenheit der Temperamente und der Gemütsverfassung der Menschen im gleichen Volksverband entstanden. Diesen Reichtum zu erhalten und zu pflegen muß eine der großen Aufgaben deutscher Kulturpolitik sein. Sie ist um so schwerer zu lösen, als Menschen deutscher Zunge und Kultur seit Jahrhunderten ihre angestammte und erlebte und erlittene Heimat auch in anderen Teilen Europas haben. Ihre Worte sind deutsch, ihre Lieder haben Melodien wie unsere und ihre Sehnsüchte und Hoffnungen, ihre Freude und ihr Leid schwingen im Rhythmus unserer Empfindungen und Erfahrungen. Kulturpolitik, die diese Bezeichnung verdient, steht nicht im Dienste nationalistischer Zwecke, sie überschreitet Grenzen und gibt willig das Eigene hin, sie holt über die Grenzen das Verwandte, das andere, das Geistige von Rang und Bedeutung herein, um es dem eigenen Volke zu bieten. Im ständigen Austausch der Kulturgüter der Völker wächst und entfaltet sich das Verstehen der Menschen gleicher und fremder Zunge und Lebensart, es beginnt die Gemeinschaft der Menschen auf einer sicheren Grundlage. Lange Zeit haben die deutschen Wissenschaften darunter leiden müssen, daß sie von fremden Beziehungen abgeschnitten waren. Sie erfuhren kaum oder erst spät von den Erfindungen und Entdeckungen, die unaufhörlich und überall in der Welt von Gelehrten und Forschern aller Völker gemacht werden. Keine chemische, physikalische, medizinische oder technische Entdeckung wird von nur einem Forscher gemacht. Viele tragen jeweils zum Erfolg bei, und einer baut auf dem Ergebnis des anderen auf. Wenn die Grenzen geschlossen sind, verkümmert die eigene Arbeit. Wenn die Mittel nicht ausreichend gewährt werden, um den Wettstreit der Geister mit auskämpfen zu können, bleibt die Nation zurück. Die Sozialdemokraten erstreben leidenschaftlich umfassende staatliche Hilfe für die Wissenschaft und Forschung, für Bildung und Schule.

Weder nationale noch soziale Interessengruppen dürfen den Prozeß des Austausches geistiger Güter und der freien Entfaltung geistiger Regsamkeit stören oder gar zerstören. Es muß die Pflicht des Staates sein, daß er seinen Bürgern vor den Macht- und Interessengruppen Schutz gewährt, damit das geistige und kulturelle Leben nicht eigenen Zwecken dienstbar gemacht wird, sondern allen Menschen nützlich bleibt.



Der Ruf nach dem Schutz des Staates ist in Fragen der Kultur zweischneidig. Seine Pflicht zum Schutz der Freiheit muß er erfüllen, mehr hat er nicht zu verantworten. Ein besonderes Verhältnis ergab sich stets und durch die Jahrhunderte in wechselvollem und zum Teil tragischem Geschichtsablauf zwischen Staat und Kirche. Die Sozialdemokratie hat diesen Teil ihrer grundsätzlichen politischen Programmatik, an dem sie nicht vorübergehen konnte und wollte, mit großem Ernst besprochen; er gehörte wohl zu den am meisten und eindringlichsten diskutierten Themen in der Vorbereitung des neuen Programms, das auch in kleinen Ortsvereinen wie in den großen Bezirkstagungen in bemerkenswerter Offenheit erörtert wurde. Auch in Godesberg kam es noch einmal zu einer grundsätzlich wichtigen Aussprache, und dann war die Zustimmung auch zu diesem Abschnitt des Programms überwältigend einheitlich und eindrucksvoll.

Das Verhältnis großer Teile der Arbeiterschaft zur Kirche, gleich welcher Konfession, hat sich so gewandelt, wie sich das Verhältnis der Kirche zur Arbeiterschaft wandelte. Man ist aufeinander zugegangen und man weiß, daß man zueinander gehört. Es ist geschichtliche Tatsache, daß die Kirchen die Arbeiterschaft in ihrem Kampf um Recht und Gerechtigkeit auf langen Strecken ihres Weges im Stich gelassen haben. Als die Not am größten war, in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts, etwa zu Beginn der Geschichte des industriellen Proletariats, aber auch später, in der Entwicklung der modernen Industriegesellschaft, war die Hilfe der Kirchen oft nicht am nächsten. Sie war in großen Teilen ihrer führenden und auch unteren Geistlichkeit eine Institution der Obrigkeit oder des Obrigkeitlichen und nicht ein guter Hirte des Volkes. Erinnerungen alter Sozialdemokraten decken sich mit solchen offeneren Priester und Pastoren, die nichts verschweigen wollen, weil ihr Gewissen ihnen das Reden vorschreibt, seitdem sie in einer anderen Zeit, in unserer, begriffen, was einmal falsch war. Auch Erinnerungen des Verfassers aus der eigenen Jugend und aus dem späteren Leben legen die Pflicht auf, uneingeschränkt Versäumnisse und Fehler auch der Kirche zu bezeugen, beider christlicher Kirchen, die sie in ihrem Verhältnis zu einer Gott suchenden und in der christlichen Lehre gläubig lebenden Arbeiterschaft begangen haben. Der junge Mann stand zuweilen tief erschrocken vor der unbegreiflichen Haltung seiner, der evangelischen, Kirche zu den Arbeitern oder der Partei der Arbeiter, vor Arroganz und Pharisäertum, vor Unverständnis und Lieblosigkeit. Er lernte erst später, daß es Bindungen gab, die auch das Wort Gottes nicht so schnell zu überwinden vermochte. Der Zwiespalt zwischen erlebter Lehre und gelerntem Katechismus auf der einen und Beobachtung auf der anderen Seite blieb indessen. Der Sozialdemokratischen Partei wurde es nicht leicht gemacht, ihre frühen Irrtümer zu berichtigen und ein positives Verhältnis zu den Kirchen zu finden, das nach der unleugbaren Übereinstimmung vieler Prinzipien wie selbstverständlich erschien. Die Einfalt meinte, daß der die höhere Pflicht habe, der das höhere Wissen hat. Die Sozialdemokratische Partei hofft und glaubt, daß die Zeiten der Auseinandersetzung und des Nichtverstehens endgültig vorüber sind. Beide Seiten haben begriffen, daß sie miteinander gehen können und sollten. Es kommt auf beiden Seiten aber darauf an, daß es nicht ein Lippenbekenntnis ist, was in unserer Zeit neu und kräftig ausgesprochen wurde.

Wir haben das Religiöse zu Recht als eine Privatangelegenheit herauszustellen, die aber von der Partei respektiert werden muß, sagte in Godesberg ein Redner, der sich ausdrücklich als praktizierender Katholik bezeichnete. Er fügte hinzu:

Die Menschheit kann nur geeint werden auf der Basis einer demokratischen Ordnung mit sozialer Verantwortung, weil es wahrhaft keine glückliche Lebensgemeinschaft eines Volkes geben kann, wenn es Darbende und Schlemmer gibt, die von dem Brot dieser Darbenden sich groß und stark gemacht haben, soziale Verantwortung gegenüber den unterentwickelten Völkern, die sich bemühen, den Anschluß an die kulturell höherstehenden und zivilisatorisch entwickelten Völker zu finden. Wer heutzutage glaubt, man könne in der großen Weltpolitik ohne soziale Verantwortung außenpolitisch, wirtschaftspolitisch usw. wirksam sein,

der hat nicht erkannt, wie man international Friedenspolitik betreiben kann.

Die Sozialdemokratische Partei, die Toleranz und Freiheit als die Grundwerte betrachtet, auf denen ihr Programm und ihr politisches Tun ruhen sollen, kann nicht anders, als der Religiosität ihrer Mitglieder volle Wirkungsmöglichkeit zu geben. Denn *der Sozialismus ist kein Religionsersatz*, sagt das Programm eindeutig und ohne intellektuelle oder andere Einschränkung.

Die Sozialdemokratische Partei achtet die Kirchen und die Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Eigenständigkeit. Sie bejaht ihren öffentlich-rechtlichen Schutz.

Die Partei hat diesen Grundsatz wie alle anderen im Blick auf die Tatsache aufgestellt, daß sie hofft, die Regierung des Staates stellen zu können. Es ist darin keine Rede von *Trennung von Kirche und Staat*, es ist auf keiner Seite mehr die Rede davon oder von dem Gegenteil. Diese Frage ist praktisch längst beantwortet. Formale und technische Hilfen sind keine organische Verbindung. Keine der beiden Seiten, Staat und Kirche, haben heute das Recht, auf der anderen Seite mitzubestimmen, und ihr Verhältnis ist geregelt. Denn es gibt Beziehungen zwischen Staat und Kirche. Man kann sich nicht ausweichen und man will es auch nicht und soll es nicht. Staat und Kirchen brauchen einander und werden miteinander leben, wenn sie einander achten. Sie bringen sich gegenseitig Werte.

Die SPD hat in ihrem Godesberger Programm die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften *im Sinne einer freien Partnerschaft* erklärt. Über diesen Sinn der *Partnerschaft* ist es zu zum Teil lebhaften und zum Teil peinlich wirkenden Diskussionen gekommen. Kirchliche Theoretiker meinten, daß mit dem Wort vom Partner sich die Sozialdemokratie selbst erhöht habe. Wo dieses Argument tiefer religiöser Betrachtung entspringt, bedarf es der ernsthaften Bitte, eine politische Partei nicht mit einem theologischen Seminar zu verwechseln. Wo das Argument indessen nur politischer Polemik Vorschub leisten soll, ist es uninteressant. Man sollte sich nicht in Ausdeutungen von Worten ergehen, wo es um Werte geht. Nichts anderes war und ist gemeint, als ein freimütiges, geradezu befreites Bekenntnis dazu, mit der Kirche gemeinsam daran arbeiten zu wollen, daß die Menschen auf dieser Erde ein besseres Los gewinnen. Nicht gemeint war, sich in eine Diskussion über die Stufe zu begeben, auf der die einen und die anderen in ihren durchaus verschiedenen Aufgaben und Pflichten, in ihrem völlig unterschiedlichen Auftrag und ihrer Verpflichtung stehen. Die Sozialdemokraten wissen, daß die politische Partei eine profane Aufgabe in dieser Welt leisten will und daß die Kirchen in ihrer dienenden Position vor Gott auf einer anderen Ebene zu den Menschen sprechen. Eine *Partnerschaft* kann es nur geben, wo Kirche und Staat sich in weltlichen Angelegenheiten treffen. Es war sehr verfehlt – und es verdächtigt den, der es tat – das Programm von Godesberg dahin auslegen zu wollen, als habe sich hier ein heimliches Bekenntnis der SPD zu einer Auffassung eingeschlichen, welche die Kirche mißachtet. Es wäre unchristlich, das Programm und seinen erklärten Willen zu verfälschen und zu versuchen, guten Absichten böse Zwecke zu unterstellen.

Beide Seiten, nicht nur die Sozialdemokraten, werden es begrüßen, daß *Menschen aus ihrer religiösen Bindung heraus eine Verpflichtung zum sozialen Handeln und zur*

Verantwortung in der Gesellschaft bejahen. Dieser Satz aus dem Programm müßte, so sollte es sein, auch von den Kirchen geschrieben werden können.

Es ist ein Grundsatz der Menschlichkeit und der Toleranz, *im Andersglaubenden und Andersdenkenden den Mitmenschen gleicher Würde zu achten*, und gewiß bietet eine solche Haltung *eine tragfähige Grundlage für das menschlich und politisch fruchtbare Zusammenleben.* Darum wäre es nicht zu verstehen, wenn ein solcher programmatischer Satz, ausdrücklich bekannt und beschlossen, nicht eine feste Brücke darstellen sollte, über die Menschen aus allen Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften zueinander finden können.

Freiheit des Denkens, des Glaubens und des Gewissens und Freiheit der Verkündigung sind zu sichern,

sagt das Programm in Ausführung dieses Gedankenganges. Es braucht nicht beim Bekennen zu bleiben, jeder soll das Recht und die Sicherheit zur Ausübung des Rechtes haben, sein Denken, seinen Glauben und seine Gewissensentscheidung bekanntzumachen, zu verkünden und zu vertreten. Nur eine Grenze wird auch dem Prediger religiöser Wahrheiten gezogen werden müssen, eine selbstverständliche Grenze, da er sich in der staatlichen Ordnung der Gesellschaft bewegt und in ihr Schutz sucht und findet:

Eine religiöse oder weltanschauliche Verkündigung darf nicht parteipolitisch oder zu antidemokratischen Zwecken mißbraucht werden.

Die Einordnung auch der religiösen Arbeit unter den Bürgern des demokratischen Staates in die Gesetzlichkeit und das Grundgefüge der Demokratie erscheint so naturgegeben, daß darüber in der Tat auch keine Diskussion in der Öffentlichkeit entstanden ist.

Unter wiederholtem Beifall des Parteitages sagte Dr. Adolf Arndt zu der Frage des Glaubens, der Toleranz und der Haltung der Sozialdemokraten:

Wer in der Freiheit seines Glaubens den Ursprung und den innersten Halt seines Lebens findet, der muß auch für die Freiheit, nicht zu glauben, einstehen. Und wer für sich die Freiheit in Anspruch nimmt, nicht zu glauben, der muß seinerseits auch für die Freiheit der anderen, zu glauben, einstehen. Das ist keine Gleichgültigkeit gegenüber Wahrheit und Irrtum, sondern darin liegt das unbedingte Anerkenntnis der Gleichberechtigung der Menschen und derselben Würde für einen jeden, der Menschenanlitz trägt.

Das Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Dr. Dr. Gustav Heinemann, einst auch Bundesinnenminister im ersten Kabinett Adenauer und heute als Mitglied der SPD Abgeordneter des Deutschen Bundestages, schrieb am 15. Dezember 1959 in einem Artikel zu dem neuen Programm über das Verhältnis von Kirche und Sozialdemokratie unter anderem:

Das Godesberger Programm wäre falsch verstanden, wenn man darin die Absicht der SPD erblicken wollte, fortan eine christliche Partei zu sein oder zu werden. Die SPD will im Unterschied zur CDU bewußt keine Weltanschauungspartei mit all den Fragwürdigkeiten solches Unterfangens sein. Für sie ist freiheitlicher Sozialismus kein „Religionsersatz“; sie verkündet, wie es im Programm ebenfalls heißt, keine letzten

Wahrheiten über den Menschen oder über den Sinn der Geschichte. Sie will nichts anderes als ein Zusammenschluß von Männern und Frauen aus der Übereinstimmung in politischen Zielen sein und überläßt es ihren Mitgliedern und Freunden vollkommen, ob sie aus christlicher Ethik, aus dem Humanismus oder aus einer philosophischen Überzeugung politisch tätig sind. Sie gewährt in ihren Reihen jedermann die Möglichkeit, aus persönlicher Gewissensentscheidung zu handeln. Sie gewährt diese Möglichkeit auch den christlichen Staatsbürgern und mißachtet damit nicht diejenigen, welche sich der christlichen Verkündigung verschließen, wie auch das Umgekehrte ausgeschlossen ist. Auf die Frage, ob solche Haltung als Partei einer gleichgültigen Verständnislosigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten entspringe, antwortet das Programm, daß sie aus der Achtung vor den – offensichtlich unterschiedlichen – Glaubensentscheidungen der Menschen eingenommen wird, und daß es weder Sache des Staates noch einer politischen Partei sein kann, den Menschen etwas über die letzten Wahrheiten zu verkünden oder gar vorzuschreiben.

Der Weg sollte nun wirklich frei sein, daß die christlichen Kirchen, die Weltanschauungsgemeinschaften aller Art und die Sozialdemokraten zusammenarbeiten, wo und wann immer sich eine Möglichkeit bietet, Gutes zu tun, den Frieden zu bewahren, das Los der Bedrängten zu verbessern, Gerechtigkeit zu erwerben und den Nächsten zu lieben – wie sich selbst.



Sozialismus ist nicht nur eine Angelegenheit der Ökonomie, des Materialismus, sondern vordringlich eine Aufgabe der Erziehung, des Idealismus. Die beste Wirtschaftsordnung wird keinen beständigen Erfolg haben, wenn nicht die Menschen die Einsicht gewinnen, daß die Chancen, die sie bietet, zur *Emporentwicklung aller Menschenkräfte* genutzt werden müssen. Demokratie ist nicht möglich und jedenfalls nicht von Bestand ohne Menschen mit demokratischem Bewußtsein. Es beinhaltet Selbstbewußtsein, Souveränität im Geistigen, Sicherheit und Gewißheit, daß der Mensch etwas ist und bedeutet, da er etwas leistet. Hier liegen die Wurzeln für das Schulprogramm der Sozialdemokratie, wie es sich in den Grundsätzen zur Schulfrage ausdrückt. Der Mensch soll sich frei entfalten, ihm sollen alle Chancen für die Entwicklung seiner Anlagen und Fähigkeiten geboten werden, und kein materielles oder formales Hindernis darf dieser Entwicklung im Wege stehen. Das ist der Kern der Auffassung, die die Sozialdemokraten seit Bestehen der politischen Bewegung des Sozialismus vertreten. Dem freien Menschen, der innerlich und äußerlich unabhängig und selbstständig im Denken und Tun ist, galt stets die ganze Sehnsucht, die volle Arbeitskraft, der energische Wille und die große Zuversicht der Sozialisten. In der Frühzeit war es eine sichere Vorstellung, daß mit der vertieften Bildung, mit dem größeren Wissen und dem besseren Können ganz von selbst die Einsicht in die Richtigkeit und Zweckmäßigkeit sozialistischer Gedankengänge kommen werde. Das Wort *Wissen ist Macht* wurde überbetont und überbewertet. Es geschah in der guten Absicht, die jene hegen, die daran glauben, dies sei der Weg zur Befreiung aus der Fron der ungeistigen

Arbeit und der wirtschaftlichen und persönlichen Abhängigkeit. Mehr Wissen ist Besitz! Mehr Leistung erbringen zu können, das werde dem Kinde eine bessere Zukunft gewinnen, als sie den Eltern beschieden war. Das außerordentlich starke Drängen der untersten Schichten des Volkes zur Schule, zur besseren Schule, zu Bildung und zum Ausbau aller Bildungseinrichtungen, das in der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden und besonders in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts spürbar war, ist aus der sozialen und materiellen Situation der Arbeiterklasse in jenen Jahrzehnten zu verstehen. Unverstand und mangelnde Weitsicht, genährt oft aus Egoismus und Herrschsucht, hatten die neu entstandenen Proletariatsmassen von nahezu allen Aufstiegsmöglichkeiten ferngehalten. Nur wenige Verantwortliche begriffen rechtzeitig, daß das Zeitalter der Maschine den qualifizierten Maschinenarbeiter brauchen werde. Je differenzierter die technische Hilfe in der Produktion wurde, desto mehr wuchs in der Tat der Bedarf an besserer Volksschulbildung, an leistungsfähigen Führungskräften, an hochqualifizierten Wissenschaftlern. Und erst mit diesem materiellen Bedarf und nicht aus der sittlichen Einsicht in die Notwendigkeit der allgemeinen Menschenbildung wuchs das Schulwesen im vorigen und in diesem Jahrhundert in seine heutige Position hinein, die freilich noch weit entfernt von der ist, die sie in einer freien Gesellschaft demokratischer Bürger einnehmen muß. Es waren vor allem sozialdemokratische Kultusminister in den deutschen Ländern des Reiches und nach 1945 der Bundesrepublik, Schulaufsichtsbeamte und Pädagogen in Schule und Universität, die durch verantwortliche Entscheidungen oder durch Mithilfe in der Verwaltung oder wissenschaftlichen Arbeit den beachtenswerten Aufschwung des Bildungswesens seit dem Ende des ersten Weltkrieges herbeigeführt haben. Diese Bestrebungen haben in jüngerer Zeit auch die kräftige Hilfe des freisinnigen Bürgertums, mancher Wirtschaftsführer, vieler Universitätslehrer gefunden, und es ist ein überzeugender Beweis für die Fruchtbarkeit sozialistischer Gedanken, daß die allgemeine Bildungspolitik heute auch jenseits der SPD in freien Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen mit den Frauen und Männern aus der praktischen pädagogischen Arbeit zur Entwicklung eines modernen Schulwesens gepflegt wird. Hier fiel eine Saat auf nahrungstarken Boden, und es gibt bei denen, die die Zukunft meistern wollen und mit klaren Augen in die kommenden Zeiten zu schauen versuchen, kaum noch eine Meinungsverschiedenheit über die Dringlichkeit eines umfassenden und tiefgreifenden Ausbaus aller Bildungseinrichtungen in Deutschland, vom Kindergarten bis zur Universität und Hochschule jeder Art, die Stätten der allgemeinen Erwachsenenbildung nicht ausgenommen. Schulen kosten Geld, und die Verzinsung dieses Kapitals muß langfristig kalkuliert werden, aber sie ist sicherer als jede andere Anlage und bringt größeren Gewinn. Die nächste Generation erst kann beweisen, daß die Investitionen der Väter gerechtfertigt waren, sie beweist es auch dann, wenn die Väter im Einzelfall anderer Meinung sein werden. Es ist in der Bundesrepublik viel zu tun. Die *Schulorganisation* muß so umgebaut werden, daß der Übergang in die jeweils höhere Schulart organisch und auch den unterschiedlichen Entwicklungsstufen der Kinder gemäß zu verschiedenen Zeiten möglich gemacht wird. Jedes Kind, das Begabung und Fähigkeit hat, soll den für ihn besten Bildungsweg betreten und bis zum Ende gehen können. Darum muß der Schulbesuch kostenlos sein, um auch den

Kindern gering bemittelter Eltern die Teilnahme zu ermöglichen. Wo erwartet wird, daß das Kind schon frühzeitig die Familie mit ernährt, muß die Gesellschaft durch Beihilfen an die Familie die freie Entfaltung der geistigen Kräfte des Begabten dennoch ermöglichen. Die Schulbücher, die Hefte, die vielen neuzeitlichen notwendigen Lernmittel müssen ohne Kosten zur Verfügung stehen, und die Schulen sollten weit besser mit Lehrmaterial ausgestattet sein, als es heute – leider auch gestuft nach der Schulart – der Fall ist.

Solche Forderungen sind für alle Schulen zu stellen, auch und besonders für die *Landschulen*. Seit Jahrzehnten ringt die Sozialdemokratie um den Ausbau dieser in der Entwicklung weit hinter den Anforderungen unserer Zeit zurückgebliebenen vielfach noch einklassigen Schulen. Alle Jahrgänge vom sechsten bis zum vierzehnten Lebensjahr in einer Schulklasse, die ein Lehrer zur gleichen Zeit oder nur wenig getrennt unterrichtet – das schien nur noch für unterentwickelte Länder denkbar, aber es ist auch in unserer Bundesrepublik Tatsache, und die Zahl der einklassigen Schulen ist in den letzten Jahren weiter gestiegen! Die *dorfeigene* Schule hat in einer Zeit, in der das Dorf durch Verkehr, Rundfunk, Fernsehen und Siedlungsdichte seine Originalität weitgehend verliert, nur noch begrenzte Berechtigung. Eine zentrale Schule, welche die Kinder aus mehreren Dörfern in einem wohlgegliederten System vereinigt, sollte die dringliche Aufgabe praktischer Schulpolitik für das Land sein. Es gibt keine Verkehrsschwierigkeiten mehr, die nicht behoben werden könnten. Wer an jedem Morgen – und dies seit langen Zeiten – die Milch pünktlich zur entlegenen Molkerei fahren kann, der kann auch organisieren, daß die Kinder des Dorfes zur Schule gebracht und von ihr abgeholt werden. In ihren Kräften frei und beweglich gebildete Kinder sind – hier wäre ein Ansatz zu einer modernen Agrarpolitik gegeben! – das beste Kapital, das ein selbständiger Bauer für die Modernisierung seines Betriebes in kommenden Zeiten einsetzen kann. Aufklärung ist nötig, um den Zusammenhang darzustellen und um den Menschen auf dem Lande den Vorteil der gegliederten Schule zu zeigen. Das Land lebt nicht mehr für sich allein; seine Beziehungen zum Ganzen sind vielfältiger und intensiver denn je, darum müssen seine Menschen einen härteren Wettstreit bestehen. Die Schule kann ihnen helfen.

Die Sozialdemokratie will die allgemeine *Schulpflicht* in allen Ländern auf zehn Jahre erhöhen. Die wesentlich gestiegenen Anforderungen an die Jugend machen diese Ausdehnung der systematischen Schularbeit notwendig. Sie wird für viele Familien erst erträglich werden, wenn die erwähnte Einrichtung der Familien- oder Erziehungshilfe für die Kinder gewährt wird.

An die allgemeine Schule schließt sich die *Berufsschule* an. Ihre Verbesserung ist mit der Ausweitung der Wirtschaft zwar fortgeschritten, aber sie muß in der Gesamtaufgabe und in der fachlichen Gliederung, vor allem aber in der Erfüllung staatsbürgerlicher und allgemeiner Erziehungsaufgaben, weit größeren Spielraum bekommen, als sie ihn jetzt besitzt. In den Berufs- und Fachschulen ist die Jugend zu finden, die ebenso oft wie unberechtigt als *halbstark* bezeichnet wird. Es wird auf die Arbeitsmethode der Berufsschulen, auf die Klassenstärke, auf die Unterrichts- und gesamte Schulzeit, nicht zuletzt aber auf die materiellen Möglichkeiten ankommen, die dem Lehrer für die Beschäftigung und Belehrung der Jungen und Mädchen zur Verfügung stehen, damit aus einer mehr oder weniger *fortgesetzten Volksschule* über-

all im Lande eine gegliederte, fachlich wirksam lehrende berufliche Förderung entsteht, deren theoretischer und praktischer Wert die Forderung nach dem *zweiten Bildungsweg* berechtigt erscheinen läßt. Dieser Weg soll auch den ehemaligen Volksschüler über den Beruf in die Hochschule führen, wenn Anlagen, Begabung und Fleiß dies zulassen oder gar verlangen. Viel zu selten wird diese große Aufgabe in ihrer vollen Bedeutung gesehen, die für die Zukunft der modernen Gesellschaft von um so größerem Wert sein wird, als sich kein Volk mehr noch für längere Zeit den Luxus leisten kann, die hohen Aufwendungen für nicht ausgesprochen begabte Studierende von Staats wegen zu tätigen und auf der anderen Seite die unbezweifelbaren Sonderbegabungen ungenutzt zu lassen, denen der bequeme Weg über die Gymnasien und anderen höheren Schulen nur deshalb versagt war, weil die Eltern ihn nicht bezahlen konnten, oder weil eine geistig langsamere Entwicklung erst im späteren Jugendalter die Kräfte freilegte, die der Studierende braucht, oder weil erst der praktische Beruf den Anreiz zum theoretischen Fundament entwickelte.

Ein gutes Schulwesen, so sagt das sozialdemokratische Programm, *verlangt Erzieherpersönlichkeiten, die sich selbständig mit allen Problemen der Zeit auseinandersetzen*. Daraus zieht es die Folgerung, daß die *Lehrer*, auch die an den Volksschulen, an wissenschaftlichen Hochschulen ausgebildet werden sollen. Die Schule steht und fällt mit ihren Lehrern. Wir wiesen an anderer Stelle auf den ausgedienten Unteroffizier des friderizianischen Heeres hin, der zur Belohnung für treue Dienste Schulmeister werden durfte. Von der Methodik des Unterrichtens, von der pädagogischen Behandlung der Kinder hatten sie keine Ahnung. Die Geschichte des Lehrerstandes ist in Deutschland zugleich die Geschichte der Schule, eine tragische Geschichte oft, eine komische zuweilen – und erst seit dem sozialen Aufstieg der unteren Schichten, der Arbeiterschaft, der kleinen Angestellten, der Beamten zu gleichberechtigten Teilen der Gesellschaft ist auch die allgemeine Volksschule, die heute noch immer von etwa 88 Prozent der gesamten Jugend des deutschen Volkes besucht wird, ein anerkannter Bestandteil des respektierten Bildungswesens geworden. Die Lehrerbildung hat ihren großen Anteil an dieser Entwicklung, aber sie hat auch ihren Vorteil durch sie gehabt. Ohne diesen Sozialkampf wäre das Lehrerseminar des 19. Jahrhunderts nicht zur Pädagogischen Akademie der Weimarer Republik und nicht zur Pädagogischen Hochschule in unserer Zeit geworden, in der nun auch bereits die ersten gelungenen Ansätze für eine Ausbildung an wissenschaftlichen Hochschulen in einzelnen deutschen Ländern vorhanden sind. Der Einwand der Zögernden, der wissenschaftlich gebildete Pädagoge werde die Landschule verabscheuen, bezeugt die Unkenntnis des dynamischen Wesens der Pädagogik. Der Reiz der pädagogisch-psychologischen Arbeit ist in der Besonderheit der Landschule vielleicht sogar größer als in der differenzierten Großstadtschule; der wirtschaftliche Reiz jedoch ist für den jungen Mann, der eine Familie zu gründen wünscht, unzweifelhaft geringer. Es liegt vieles im Argen, wenn man die soziale Situation der Volksschullehrer in Deutschland genauer betrachtet, und es ist kein Ruhmesblatt für das Wunderland des Geistes, der Technik und der Wirtschaft, auf dem die Geschichte der sozialen Entwicklung und der materiellen Behandlung der Lehrer aufgeschrieben wurde. Jedoch wird nur eine Lehrerschaft die Bildungs- und Erziehungsaufgaben in der Gesellschaft dieser Zeit und in einem demokratischen Staate erfüllen können, die frei, unabhängig und gründlich gebildet

ist, welche die Methoden wissenschaftlicher Arbeit beherrscht und ihre berufliche Tätigkeit als ständig wertvolle Forschung oder als Bestätigung erfahrener Lehren begreift und nicht als methodisch erlernbares Handwerk.

Es ist den Sozialdemokraten sehr um eine solche Lehrerschaft zu tun, die ihre Kinder lehrt, daß es nützlich und sittlich ist, *Widerstandskraft gegen die konformistischen Tendenzen unserer Zeit* zu haben und zu stärken. Das überlieferte Kulturgut muß mit den formenden Kräften des gesellschaftlichen Lebens dieser Gegenwart in ein harmonisches Verhältnis gebracht und zur *Grundlage unabhängigen Denkens und freier Urteilsbildung* werden. Die Achtung vor der Freiheit des anderen, Toleranz, Hilfsbereitschaft, Verständnis für Eigenheiten, Selbständigkeit, soziales Verantwortungsbewußtsein – diese Erziehungsziele werden in dem Programm der Sozialdemokraten genannt, und sie vereinigen sich in der Forderung, *die Ideale der Demokratie und der Völkerverständigung* in der Jugend aufzurichten und zu pflegen. Vertrautheit mit der Kunst und dem künstlerischen Schaffen, gesichertes Wissen um die Vielgestaltigkeit der Wertordnungen und der Überzeugungen, die in unserem deutschen Volke gültig sind, werden die Charaktere einer neuen Generation, wenn solche Bildungs- und Erziehungsziele ernsthaft angestrebt werden, so formen, daß vergangene Schändlichkeiten, die im deutschen Namen begangen wurden, sich niemals wiederholen können.

Wie könnte eine Jugend gewissenhafter, ungefährdeter und spannungsvoller in diese Welt der Widersprüche und der großen Hoffnung hineinwachsen, als wenn sie Hand in Hand ihren Weg miteinander geht. Sie soll darum gemeinsam erzogen werden, so will es das Programm der SPD seit je, auch das Godesberger. Die trennenden Linien sozialer Schichtungen, der Konfessionen, der Weltanschauungen, sollen nicht schon die Jugend vor ihrem Eintritt in das bewußte Leben in der Gesellschaft aufspalten. Die Sozialdemokratie weiß, daß die *für alle gemeinsame Schule* dort Zustimmung findet, wo die Eltern frei und aus eigenem Recht und Willen über die Schule entscheiden können, die ihre Kinder besuchen sollen, – und in nicht wenigen Teilen der Bundesrepublik können sie es. Die Eltern werden fast ausschließlich nur dann *ermahnt*, wenn es sich um den Schulbesuch der jüngeren Kinder handelt, also um die Volksschule. Daß die älteren, die eine höhere Schule besuchen, das Gymnasium oder eine Universität gar, in aller Regel in eine für alle gemeinsame Anstalt eintreten, erscheint wie selbstverständlich, und man spricht nicht darüber. Nur wenige von denen, die aus hohen Positionen zu dieser seit Jahrzehnten leidigen, weil zu oft unwahrhaftig behandelten Frage Stellung nehmen, haben in ihrer Jugend eine konfessionell gerichtete Schule von innen gesehen. Die gemeinsame Ausbildung der jungen Menschen im Beruf, ihre gemeinsame Soldatenzeit, ihr gemeinsames Leben auf der Straße, in Jugendverbänden und auf den Spielflächen würde unglaublich werden, wenn ein Zwang in der Volksschulzeit eine unnatürliche Trennung herbeiführen würde. Im gegenseitigen Erlebnis entsteht die Duldung des anderen Menschen und seines Ich. Sie ist für ein Volk, das aus einer von Weltanschauungskämpfen tief zerrissenen Geschichte, die noch in allerjüngster Zeit zu grausamen Exzessen geführt hat, in eine glücklichere Zukunft finden möchte, finden muß, wenn es leben will, die allein tragende Kraft. Es hieße die größten Hoffnungen bestärken, die ein Mensch in unserer Generation noch haben kann, wenn es gelänge, die Kinder von dem großen, vielleicht ewigen

Streit unangetastet zu lassen, der das deutsche Volk entzweit und an dem sie ihr Herz noch früh genug wundstoßen werden. Wenn sie einander dulden und verstehen lernen, wird es sie hemmen und bewegen, wenn sie einmal als Erwachsene aufgerufen werden, einander zu schaden.

✱

Was das Godesberger Programm an grundsätzlichen Richtpunkten für das kulturpolitische Wirken der Sozialdemokratie zur Schule und zur Bildungsarbeit sagt, das gilt auch für die *wissenschaftliche Aufgabe* und Arbeit der Universitäten und Hochschulen aller Art. Die Partei hat stets eine Beziehung zwischen den Universitäten und der Lebenswirklichkeit herzustellen versucht und betont sie auch jetzt wieder. Eine isolierte Position ist für das Hochschulwesen und für die Wissenschaft nicht möglich, die Zusammenarbeit mit allen Bildungseinrichtungen erscheint nötig und für beide Teile fruchtbar. Die wissenschaftliche Arbeit in Forschung und Lehre dient dem Menschen und ist nicht irgendwo außerhalb dieser Welt denkbar, aus der sie erkennt und für die sie denkt.

Wissenschaftliche Forschung und Lehre müssen frei sein. Ein solcher Satz erscheint dem politischen Leser selbstverständlich. Er gilt indessen nicht einmal in allen europäischen Staaten unserer Gegenwart. Eine zweckgebundene Forschung zum Nutzen des Volkes, wie man in Anlehnung an *Volks-Substantive* aller Art zu sagen sich angewöhnt hat, muß weder wissenschaftlich sein, noch ist es gewiß, daß sie nützlich ist. Erst die Ungebundenheit erlaubt ihr die unbefangene Analyse und die Systematik. Freilich muß es berechtigt erscheinen, daß die Sozialdemokraten wünschen, daß die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssen. Davon hat die Wissenschaft selbst wieder den größeren Nutzen. Ein verantwortungsbewußtes Volk will und muß über die gefährlichen wie über die segensreichen Entdeckungen und Erfindungen unterrichtet sein, die sein Schicksal bestimmen, und es muß auch erfahren, wann und wo sein unmittelbares Interesse wirksam werden muß. Das Verlangen, der Forschung und der Lehre ein volles und ungeteiltes Maß von Freiheit zu sichern, läßt auch staatlichen Einfluß nicht zu. Wohl ist es die Pflicht des Staates, die materiellen Bedingungen für die Arbeit der Forscher und der Lehrer bereitzustellen und wohl soll er darauf achten, daß der Menschheit kein Schaden entsteht, wenn eine unermüdlich bohrende Forschung zu dem vordringt, was unsere Welt im Innersten zusammenhält. Noch kann jede Erfindung und jede Entdeckung, die in den letzten ereignisreichen Jahrzehnten gemacht wurden, zum Nutzen des Ganzen angewendet werden. Hier und nur hier ist die Aufgabe des Staates zu sehen.

Im übrigen sollte ein *unabhängiger Forschungsrat in eigener Verantwortung der Forschung helfen, jeweils vordringliche Aufgaben zu stellen und zu lösen*, so schlagen die Sozialdemokraten vor, wobei sie sich allein von dem Gedanken leiten lassen, daß auch eine noch so breit ausschweifende freie Forschung der Unterstützung und Zusammenarbeit bedürfen wird, sobald sie an Ergebnisse herankommt, die sie darbieten möchte. Die Gesellschaft hat ein Interesse daran, daß die Wissenden (in eigener Verantwortung) die Forschung beobachten und daß sie die Beziehung zur Lebenswirklichkeit aufrechterhalten.

Das Programm weist in diesem Zusammenhang auf ein Arbeitsgebiet der Forschung und der Lehre besonders hin, das in der Vergangenheit nicht die Bedeutung gehabt hat wie heute und auch nicht in entsprechender Intensität beachtet worden ist: die *Wissenschaft von Menschen und von der Gesellschaft*.

Die Bewältigung der politischen, menschlichen und sozialen Probleme der sich entwickelnden Industriegesellschaft und die Bewahrung menschlicher Freiheit in ihr verlangen den Ausbau und die Vertiefung

dieses Zweiges der Wissenschaften, so sagt das Programm zur Begründung. Der Mensch in dieser neuen, andersartigen und immer schwieriger werdenden Welt bedarf einer besonderen Analyse seiner Situation und seiner Chancen, und diese Hilfe möchte die Sozialdemokratie auf der besten Basis geben, die sich anbietet, indem die Wissenschaft das Rüstzeug zur Verfügung stellen soll, das erforderlich ist, um die Menschen vor Unheil bewahren zu können und ihr Los zu bessern, wo und wie immer sich Möglichkeiten bieten. Kein Gebiet der Wissenschaften erscheint überflüssig oder auch nur graduell entbehrlich. Dieses aber ist offenbar benachteiligt, und Universitäten und Hochschulen sollten überlegen, wie das Wissen um die Menschen und um ihr Zusammenleben insgesamt vermehrt und gefestigt werden kann.

Die deutschen Universitäten sind überfüllt, aber die Zahl der Studierenden ist relativ noch immer sehr viel geringer als in anderen Staaten, die sich erst in jüngerer Zeit der Förderung wissenschaftlicher Arbeit zugewandt haben, weil sie in ihrer Lage eine um so schnellere Entwicklung aller Möglichkeiten auf wirtschaftlichem, technischem und auch staatspolitischem Gebiet erhoffen. Aus dieser Tatsache wird die Bedeutung des großen Reservoirs deutlich. Es kann jedoch nur so groß gebildet werden, wenn die jungen Menschen die materiellen Voraussetzungen erhalten, die sie für ein ernsthaftes und konzentriertes Studium benötigen. Es ist — nicht zuletzt infolge des Drängens der Sozialdemokraten — in den letzten Jahren einiges geschehen, um durch Studienhilfen Erleichterung zu geben. Es muß noch sehr viel mehr gegeben werden. Milliarden werden nötig sein, um bisherige Unterlassungen aufzuholen und kommende Anforderungen erfüllen zu können. Das ist fast eine mathematische Aufgabe, die gelöst werden muß, indem Bedarf, Kosten des Studiums und soziale Lage der Studenten einander gegenübergestellt werden. Der Staat, der eine so ausgedehnte wirtschaftliche Konjunktur zu verwalten die Chance hat wie die Bundesrepublik, sollte nicht zögern, für die Studienförderung weit mehr zu tun, als bisher geschehen ist.

Die Studenten werden in einem gegenwartsnahen Studium nicht auf eine einigermaßen gründliche *politische und sozialwissenschaftliche Grundbildung* verzichten wollen. Sie werden künstlich in der Führungsschicht des Volkes in Wirtschaft, Staat oder Kultur tätig sein, in freien Berufen oder an anderen sichtbaren Stellen. Überall brauchen sie die Kenntnis der staatspolitischen Zusammenhänge und Grundlagen, der wirtschaftlichen und der sozialen Lage in unserem Staate und Volke und brauchen die Kenntnis von Tatsachen dieses Inhaltes nicht zuletzt zur Kontrolle ihrer eigenen Haltung in ihrer leitenden Funktion. Die Sozialdemokratie möchte erreichen, daß diese Bildungsaufgabe von allen Universitäten und allen Fakultäten anerkannt wird.

✦

Kein Gebiet des schöpferischen Geisteslebens eines Volkes bedarf der Freiheit mehr und unbegrenzter als das der *Kunst*. Wo in Selbstverantwortung gezügelte Kräfte sinnvoll walten, da muß sich das Gebilde gestalten, das Ausdruck einer Zeit und ihrer Menschen ist, in Wort, in Ton oder in der bildenden Kunst. Die Freiheit ist der Urboden künstlerischen Schaffens. Die Sozialdemokraten weisen nur auf Tatsachen hin, die leider gegeben sind, wenn sie von der Notwendigkeit sprechen, daß Staat und Gemeinden Mittel bereitstellen sollen, damit die Kunst und der Künstler leben können. Aber:

Die künstlerische Entfaltung darf durch kein Reglement, insbesondere durch keine Zensur, beschränkt werden,

so postuliert das Programm und betont damit noch einmal, daß es keine Beziehungen geben darf zwischen Geldgebern und der selbstverständlichen Hilfe, die aus der Verpflichtung der Gesellschaft für ihre wirkungsvollen Sprecher, die Künstler aller Formen des künstlerischen Ausdrucks, gegeben ist. Die Sozialdemokratie hat an anderer Stelle zur Frage der Zensur oder der Abhängigkeit geistig tätiger Menschen eindeutig äußere und innere Abhängigkeit gekennzeichnet und beide verurteilt. Künstlern kann der Weg zu einer eigenen Leistung origineller Art verbaut oder breit geebnet werden; Presse und Film, Rundfunk und Fernsehen können unter eine strenge Zensur genommen werden (auch wenn man das anders nennt), oder sie behalten die Chance zu freier Entfaltung — das eine wie das andere können unerkannte Mächte bewirken, wenn sie ihre wirtschaftliche Kraft oder ihre Beziehungen einsetzen, wenn sie sich Vorteil oder Nachteil versprechen, wenn sie Regierung und Bürokratie gewinnen. Das sozialdemokratische Programm ruft darum den Staat auf, seine Pflicht zu erkennen,

alle Bürger vor den Macht- und Interessengruppen zu schützen, die das geistige und kulturelle Leben eigenen Zwecken dienstbar machen wollen.

Es hat in unserem Lande lange die *Zwangswirtschaft der Kultur* gegeben, die gekennzeichnet war durch die Scheiterhaufen für Bücher, durch vorgeschriebenen Kunstgeschmack und verordnete Kunstbetrachtungen. Das Programm der SPD will den Grundsatz verwirklicht wissen:

Künstlerischem Schaffen ist volle Freiheit zu gewähren. Staat und Gemeinden sind zur Hergabe von Mitteln verpflichtet, die der Förderung schöpferischer Gestaltungskraft und der Vermittlung kultureller Werte aus allen Bereichen der Kunst dienen sollen.

Die Zukunft der Demokratie in Deutschland hängt vornehmlich davon ab, ob es gelingt, die Bildung der Masse des Volkes zu heben, das Wissen und die Wissenschaft auszubreiten und zu vertiefen, die Kunst frei wirken zu lassen und die Menschen zu geistiger Selbständigkeit, zum Willen zur eigenen Entscheidung und Verantwortung und zu demokratischer Gesinnung und Haltung, zum Verständnis anderer Menschen und zur Toleranz zu erziehen. Die Sozialdemokraten, geschmählt als die Materialisten dieser Zeit, glauben in einem unzerstörbaren Idealismus an den Menschen und an die Kraft der Bildung und der Erziehung.

Weg in die Zukunft

Die größte und dringendste Aufgabe ist es, den Frieden zu bewahren und die Freiheit zu sichern.

Freiheit und Ordnung regeln das Leben und das Zusammenleben der Menschen im Staat; Freiheit und Ordnung müssen auch das Leben und Zusammenleben der Völker auf dieser Erde regeln: Freiheit soviel wie möglich, Ordnung soviel wie nötig. Wenn Freiheit in Willkür oder Chaos ausartet, zerstört sie sich selbst; wenn Ordnung in Macht oder Tyrannei verfällt, vernichtet sie die Keime neuen Lebens, unterbindet sie Fortschritt und Entwicklung. Die sittlichen Gesetze, die sich für die staatliche Ordnung der Völker entwickelt haben, erhielten in den letzten Jahrhunderten und vor allem in den letzten Jahrzehnten unmittelbare Gültigkeit auch für das Miteinander der Völker selbst. Die Errichtung eines Völkerbundes nach dem ersten Weltkrieg, das Entstehen der Vereinten Nationen noch während des zweiten Weltkrieges sind die Ausdrucksformen des Willens der Regierungen, miteinander in eine Ordnung einzutreten, nach deren Prinzipien sich die Beziehungen souveräner Länder friedlich und in jedem Falle im Einvernehmen regeln lassen. *Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein*, sagt das Godesberger Programm in dem Abschnitt über die Grundforderungen für eine menschenwürdige Gesellschaft, und das Motto zu diesem Kapitel zieht daraus die notwendige Folgerung – es steht als erster Satz über dem Abschnitt, der die *Internationale Gemeinschaft* behandelt.

Enger als jemals vorher in der Geschichte der Menschheit sind die Menschen und die Völker in unserer Zeit miteinander verbunden, nicht nur äußerlich durch den Verkehr, nicht nur durch die Technik, die ihnen allen bessere Lebensmöglichkeiten schafft oder schaffen könnte, nicht nur durch die Ausbreitung des Wissens und der Erfahrungen und Erkenntnisse, sondern auch durch die ganz primitiven Bedürfnisse für Ernährung und Bekleidung, für Arbeitsmöglichkeit und Erholung. Die Nationalwirtschaften sind so eng miteinander verflochten, daß sie kaum noch die Bezeichnung verdienen, die sie auf ein Land beschränken würde. Der Handel ist weltweit, und internationale Märkte sind so selbstverständlich, wie einst die romantische Gewißheit selbstverständlich war, daß in fernen Ländern unmeßbare, aber auch unerreichbare Schätze seien. Die Schätze wandern hin und her und die Menschen tauschen miteinander – sie sollten es wenigstens so halten. Die Verbundenheit ist noch im Entstehen, die Verbindungen

sind bereits eng. Neue große Wirtschaftsräume haben sich gebildet und sind zum Teil schon wirksam.

Das sind zwingende Tatsachen für die politische Planung und Zielsetzung geworden. Mit dem Verlust wichtiger, manchmal sogar lebenswichtiger Güter, die aus anderen Ländern kommen, muß heute ein Abbruch von internationalen Beziehungen bezahlt werden. Wer will das riskieren? Es wird riskiert, aber das Grollen der Völker ist deutlicher hörbar als in früherer Zeit. Der Wille zum Frieden ist größer und lebendiger als jemals. Darum ist es die größte und dringendste Aufgabe der Politiker in allen Völkern, den Frieden zu bewahren. Unter ihm kann die Freiheit gesichert werden.

Für die Sozialdemokraten ist diese Erkenntnis nicht neu. Solange die Partei besteht, strebt sie die *internationale Verständigung* an. Die Sozialisten wurden deshalb Jahrzehnte hindurch als Verräter ihres Vaterlandes beschimpft und geächtet. Aber die Idee, die sie trugen und verbreiteten, setzte sich durch. Wer wäre heute bereit, den Kaufmann, den Gelehrten, den Politiker auch nur mit einem Vorwurf zu bedenken, der es sich zur Aufgabe macht, internationale Beziehungen herzustellen, zu pflegen und bis zu einer internationalen Gemeinschaft auszubauen! Die Gesellschaft der Völker, die in den Vereinten Nationen ihren Ansatzpunkt hat, muß sich bilden, wie sich die Gesellschaft in den einzelnen Staaten zusammengefunden hat und in friedlicher Ordnung miteinander Wohlstand und Freiheit, Gerechtigkeit und Sitte pflegt und entwickelt. Die Grenzen haben ihre einstige Bedeutung um ein Vielfaches eingebüßt, und sie verlieren ihren Wert mehr und mehr.

Noch bestehen sie, und noch trennen Regierungen und Gesetze, Sprache und Geschichte auch Nachbarvölker, die dennoch vieles gemeinsam besitzen. Sie haben aber damit begonnen, über die Grenzen hinweg eine internationale Gemeinsamkeit in gesicherten Regeln aufzubauen. Dazu dienen die Verträge. Es ist keine Besonderheit mehr, daß internationale Verträge und Beziehungen dem nationalen Wohl dienen und deshalb ausgebaut werden.

Jedoch wollen die Sozialdemokraten mehr als nur zweckdienliche und formal ausreichende vertragliche Absprachen: sie wollen, daß sich eine *internationale Solidarität* entwickelt, daß sich das Wort von der Nächstenliebe ausweitet zur Tat, die auch dem fernsten Menschenbruder Hilfe bringt.

Noch immer lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in tiefster Armut und Unwissenheit. Solange nicht der Weltreichtum neu verteilt und die Produktivität in den Entwicklungsländern erheblich gesteigert ist, bleibt die demokratische Entwicklung gefährdet und der Friede bedroht. Alle Völker sind verpflichtet, Hunger, Elend und Seuchen in gemeinsamer Anstrengung zu bekämpfen. Die Entwicklungsländer haben Anspruch auf großzügige und uneigennützig Hilfe. Ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung muß von den Ideen des demokratischen Sozialismus erfüllt werden, damit sie nicht neuen Formen der Unterdrückung verfallen.

In diesen aus dem Godesberger Programm zitierten Sätzen ist ein vollständiges und aktuelles Programm der politischen und wirtschaftlichen Arbeit in der Welt und für eine lange Zukunft enthalten. Es wird die Regierungen, die es ernst nehmen mit

dieser Verpflichtung, vor schwierige Aufgaben stellen. Aber es wird kaum eine Regierung eines Landes auf der Erde geben, die sich diesen Pflichten wird entziehen können. Die Gebiete, die in Asien und Afrika Jahrzehnte hindurch Kolonien waren und deren Reichtum in Strömen in die Länder floß, deren Völker als die Herren gekommen waren, haben nun ein Recht darauf, daß ihnen geholfen wird, den gewaltigen Sprung über Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte tun zu können, mit dem sie Anschluß gewinnen, wirtschaftlich, kulturell und politisch. Die Hilfe kann nicht nur – wenn dies auch in erster Linie nötig sein wird – in klingender Münze, direkt oder indirekt, geschehen, sondern muß auch moralisch gewährt werden durch einen Verzicht darauf, europäische Sitten und Gebräuche denen aufzupflanzen, die davon keinen Gebrauch machen können. Für nicht wenige Völker wäre es ein Verderb, das moderne Leben der Europäer nachahmen zu müssen. Es kann nur jedes Volk auf seinem eigenen Wege die Geschichte seines Landes erfüllen und die Kräfte entfalten, die ihm zugewachsen sind. Sie haben nicht alle die gleichen Gaben, wie wir im alten Europa nicht alle die gleichen Vorzüge aufweisen. Miteinander – das heißt Duldung und Geduld, Verstehen und guter Wille, das heißt dennoch und immer von neuem zu helfen. Die weiße Rasse, die oft so überheblich auf jene sieht, deren Hautfarbe anders ist, die jene noch immer entrechtet, aber auch zu benutzen weiß, und wenn es nur um Siege im sportlichen Wettkampf oder um Sensationen in heißer Musik geht – diese weiße Rasse kann sich bewähren, indem sie auch ihre politischen Erfahrungen uneigennützig mitteilt. Das würde praktisch heißen, daß nicht erst der Versuch gemacht werden sollte, die jungen Völker in Asien und Afrika den Feudalismus zu lehren oder die Herrschaft bevorrechtigter Schichten zu demonstrieren. Es wird richtig und zweckmäßig sein, ihnen von vornherein die Vorteile einer organisch miteinander verbundenen Nationalwirtschaft zu zeigen, die unter der Beobachtung und Kontrolle des Staates oder besonderer Institutionen sich so entfaltet, wie es jenem Lande nach seiner Lage, seinen Rohstoffen, seiner Arbeitsintensität, seinen Verkehrs- und Handelsmöglichkeiten und der Kultur und dem Bildungsstand seiner Menschen entsprechend nützlich sein müßte. Nicht Diktatur, nicht Zwang und Übertragung gewisser *Ordnungsgrundsätze* aus dem Bereich der kommunistischen Wirtschafts- und Staatsstruktur helfen die Entwicklung fördern, sondern auch dort und gerade in diesen jungfräulichen Gebieten der menschlichen Gesellschaft kann nur Freiheit und ein natürlicher, also den Gegebenheiten aller Art angemessener Ordnungssinn die nötigen Maßnahmen bestimmen, mit deren Hilfe diese Völker schnellen Schrittes zum Wettstreit mit den einstigen europäischen Herrenvölkern herbeieilen.

*

Nach aller Voraussicht kann und wird die dringend erforderliche Hilfe für die Entwicklung der weiten Gebiete in Asien und Afrika um so wirkungsvoller sein, je mehr sie organisiert wird und je eher die Völker, die die Hilfe gewähren müssen, sich in einen überragenden Plan für eine gemeinsame Aktion einordnen, der von den *Ver-einten Nationen* aufgestellt werden sollte. Zusammenarbeit aus gutem Willen und aus Verständnis ist erforderlich und sollte auch dann geübt werden, wenn der einzelne

Staat dabei auf Rechte aus seiner Souveränität und auf Vorteile aus seiner Wirtschaftssituation verzichten müßte. Die normalen diplomatischen und Handelsbeziehungen, die mit allen Nationen zu pflegen sind, wie die Sozialdemokraten fordern, dürfen vor solchen Schwierigkeiten nicht haltmachen.

Das Programm will, daß amtliche Beziehungen *ungeachtet der Regierungssysteme und der gesellschaftlichen Strukturen* bestehen und gepflegt werden sollen. Auch mit jenen Staaten sind sie nötig, deren *Gesellschaftssystem* dem der demokratischen Ordnung und der Freiheit genau entgegengesetzt ist. Sie alle gehören zu der Gesamtfamilie der auf der Erde lebenden Menschen und stehen bereits, ob von den einen gewollt und von den anderen behindert und umgekehrt, doch tatsächlich miteinander in Verbindung, tauschen Waren und Wissen aus und belehren und nutzen oder schaden einander. Eine geordnete offizielle Beziehung kann und muß diese Verbindungen aufgreifen und zum Besten aller verflechten. Aus Begegnungen werden alle ihren Vorteil haben, denn noch niemals war es ohne Sinn, miteinander zu sprechen und zu versuchen, daß man sich versteht oder gar einigt.

Wo nun aber alle Versuche, durch Verhandlung einen Ausgleich zu finden, scheitern, sollen verbindliche *Schiedsgerichte* auch internationale Spannungen auflösen und Streitigkeiten vermeiden. Vergleichsverträge können, so zustande gekommen, mindestens für eine Zeit helfen, unerträglich gewordene Differenzen allmählich aufzuweichen. Das Recht zur Bestimmung des eigenen Schicksals (*Selbstbestimmungsrecht*) und das gleiche Recht für alle Völker sind selbstverständliche Voraussetzungen der internationalen Politik der Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen. Sie hat stets die Unverletzlichkeit der staatlichen Grenzen und der inneren Angelegenheiten in diese Rechtsbegriffe einbezogen und es anderen Nationen verwehrt wollen, daß sie sich einmischen oder daß sie die Rechte von *Volksgruppen*, die inmitten anderer Völker leben, schmälern oder aus welchen Gründen immer ausweiten. Der Friede unter den Völkern kann nach sozialdemokratischer Auffassung nur erhalten bleiben, wenn gegenseitiger Respekt nicht nur ein offizielles Bekenntnis ist, sondern die politische Wirklichkeit darstellt. Heimat, Volkstum, Sprache und Kultur müssen Grundrechte aller Menschen sein, die niemand antasten darf. Es ist noch kein Volk dadurch arm oder unglücklich geworden, daß in seinen Grenzen Gruppen aus anderen Völkern loyal und friedlich mit ihm zusammenleben, aber es ist manches Volk weniger reich dadurch, daß es sich isolierte oder gar andere Volksgruppen vertrieb. Die Vereinten Nationen sollten, so meinen die Sozialdemokraten, ihr Augenmerk auf diese Situation mehr als bisher richten, daß die Völker gemischt miteinander leben und dennoch den Frieden bewahren. Es mag sein, daß eine fortschrittliche Entwicklung auf diesem Wege Vorbilder fruchtbarer Gemeinschaft entstehen läßt, die in einem umfassenderen Sinne eine bessere Ordnung der Völker etwa im alten Europa anregen.

Bevor jedoch die bessere Organisation gefunden und gebildet werden kann, die die Staaten vereinigt, sind Hilfsmaßnahmen nötig, um bewaffnete Auseinandersetzungen zu erschweren und unmöglich zu machen. Was unter *Abrüstung* und „*allgemeiner Entspannung*“ zu verstehen ist, weiß jedermann, der in Europa und vor allem in Deutschland lebt. Die großen Mächte, die in unserer Zeit hauptsächlich die Waffen schmieden, sprechen seit langem darüber, wie und in welchem Umfange sie abrüsten können und wie sie es anstellen sollen, um sich gegenseitig nicht nur Versprechungen

zu geben, sondern das Einhalten solcher Zusagen auch gegenseitig kontrollieren zu können. Die anderen Staaten – und Deutschland gehört nicht zu den großen und bestimmenden Mächten – sollten jede Unterstützung einem Versuch leihen, der geeignet erscheint, eine allgemeine *Entspannung* herbeizuführen, sei es durch Abrüstung, überwachte Lagerung oder Zerstörung der Waffen, vor allem der neuesten Vernichtungsmittel, die nur unberechtigt Waffen genannt werden, oder sei es durch Sonderabkommen für Teile der Welt oder Europas. *Regionale Sicherheitssysteme* sind Schritte auf dem Wege zu einer allgemeinen Befriedung der Welt, wenn sie von den Vereinten Nationen gebildet werden und sich ihren Grundsätzen anpassen. Für Deutschland erstreben die Sozialdemokraten solch ein System regionaler Sicherheit in Europa, und sie haben deshalb dieses Teilziel ausdrücklich und wohlüberlegt in das Grundsatzprogramm eingebaut, weil sie wissen, daß es ein wichtiges und fruchtbares Prinzip ist, Schritt für Schritt hier und dort in der Welt dem umfassenden Frieden für alle zuzustreben.

Die Eingliederung eines wiedervereinigten Deutschlands in eine europäische Zone der Sicherheit ist um so bedeutungsvoller, als die wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Verbindungen der in Europa lebenden Völker untereinander sehr viel inniger sind als die Beziehungen anderer Völker in irgendeinem anderen Erdteil. Seit Entstehen der verschiedenen europäischen Organisationen nach dem zweiten Weltkrieg hat die Sozialdemokratie nicht aufgehört, die Notwendigkeit einer umfassenden *europäischen Gemeinschaft* zu betonen und vor einem *Klein-Europa* oder *Teil-Europa* zu warnen, das zu Zersplitterung der Kräfte und zu Gegensätzlichkeiten führen kann. Dennoch haben die Sozialdemokraten in den vorhandenen Organisationen mitgearbeitet, wie es ihrer Grundauffassung entspricht, jeden Schritt zu tun, der auf einem nützlichen Wege voranführen kann. Das Programm faßt diese Haltung und ihre Bedingungen in dem Satz zusammen:

Die gleichberechtigte Zusammenarbeit und ein für alle Nationen offener Welthandel sind Voraussetzungen für das friedliche Zusammenleben.

*

Zu den vielen Verleumdungen und Verdächtigungen, mit denen das Godesberger Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands endgültig aufgeräumt haben sollte, muß auch die infame Behauptung gehören, die Sozialdemokraten seien in internationalen Fragen weniger zuverlässig als andere politische Gruppen in unserem Lande. Zu keiner Zeit haben die Sozialdemokraten den Willen gehabt, sich mit den deutschen Nationalisten zu messen, die zwar jeweils nach einer vernichtenden Niederlage ihre Namen wechselten, nicht aber ihre Gesinnung und ihre staatsgefährdende Tätigkeit änderten. Sie hießen Alldutsche und Deutschnationale und Nationalsozialisten in einer ununterbrochenen Reihenfolge, und sie fanden und finden wieder neue Bezeichnungen, wenn sie kürzere oder längere Perioden der Tarnung überstanden haben. Ihr Wesen bleibt unverändert. Die Sozialdemokraten hatten ihre Bereitschaft zu internationaler Verständigung bereits lange vorher bekundet, ehe eine bornierte Unzulänglichkeit den Ausbruch des ersten Weltkrieges

nicht verhindern konnte, und sie haben ihren Willen zum Ausgleich behalten, als eine verbrecherische Herrschsucht das Verderben des zweiten Weltkrieges über die Erde brachte. Die Sozialdemokraten sind davon überzeugt, daß es im besten Sinne des Wortes eine patriotische, eine vaterländische Tat ist, den Weg zur Entspannung, zum Ausgleich durch Gespräch und Verhandlung, durch Geduld und guten Willen zu suchen. Sie sind bereit, jede andere Methode internationaler Arbeit zu bejahen, die eine Lösung von Streitfragen in der Verständigung und nicht in der Auseinandersetzung sucht. Im Bewußtsein ihrer durch niemand und durch nichts zu schmälern Verantwortung für die Menschen in unseren Lande und jenseits unserer Grenzen will und wird die Sozialdemokratie alles tun, um eine Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und einmal eines wiedervereinigten Deutschlands zu sichern, die kein unserem Lande gebührendes Recht freiwillig aufgibt, keine Interessen schmälert, die aber auch den Blick dafür bewahrt, daß keine deutsche Existenz möglich ist ohne die Gemeinsamkeit mit den anderen Völkern. Das heißt wie im privaten Leben: Bereitschaft zur Vernunft, zur Verständigung, zum Ausgleich. Auf solche Weise wird den deutschen Interessen, und zwar auf allen Gebieten des Lebens in Staat und Gesellschaft, am besten gedient und gefahrlos und gesichert der Weg in eine bessere Zukunft gefunden.

Nicht anders sind die Grundsätze, nach denen die SPD die Lösung der Vertriebenenfrage anstrebt, eines Problems, das längst weit über die deutschen Grenzen hinaus eine allgemeine europäische und Weltbedeutung gewonnen hat. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, erhielt auf dem Parteitag in Bad Godesberg langanhaltenden Beifall, als er hierzu sagte:

Wir dienen unseren heimatvertriebenen Landsleuten nicht mit leichtfertigen Versprechungen und forschen Appellen. Wir treten nicht in Konkurrenz mit den Kräften, die Königsberg und Breslau im innerpolitischen Machtkampf mißbrauchen und die erstaunlich schweigsam sind, wenn befreundete Regierungen anderer Länder über Grenzfragen entscheiden, über die auf Grund internationaler Abkommen erst auf einer Friedenskonferenz entschieden werden kann. Wir bleiben dabei, daß wir erstens alles tun wollen, um die deutschen Menschen dort, wo sie heute leben, zusammenzuführen, und daß wir zweitens jede nur mögliche Anstrengung machen wollen, um zu möglichst gerechten Grenzen zu gelangen, das Heimatrecht und ein demokratisches Volksgruppenrecht zu Bestandteilen der internationalen Rechtsordnung werden zu lassen.

*

In Gemeinden, Staat und Bund führt kein Weg mehr um die Partei der Sozialdemokraten herum. Sie trägt den Staat und empfindet die Verantwortung, sie sei der kraftvollste und der zuverlässigste Träger demokratischen Gedankengutes und demokratischer Praxis in Deutschland. Ihr geht es um eine vollkommene Demokratie, nicht um ein Scheinwesen dieses Namens, in dem die Grenzen dort gezogen werden, wo Vorrechte und Machtansprüche die Konsequenz demokratischen Lebens

hemmen und hindern. Darum kämpfen die Sozialdemokraten um diesen Staat, nicht um einen, der in ferner Zukunft zu verwirklichen wäre. Das Programm kann nur den Weg anzeigen, den die Partei gehen will.

Aber es erlaubt künftig niemand mehr, über Sozialismus und Sozialdemokratie in Deutschland Zerrbilder zu zeichnen, die sich auf Aussagen von einzelnen oder auf Gegebenheiten früherer Jahre beziehen könnten. Jedes Programm einer politischen Gruppe ist an seine Zeit gebunden, die es gestalten will, und nur aus dieser Zeit und Aufgabe zu begreifen. Das Programm der Sozialdemokraten von 1959 muß als die offizielle Bekundung der SPD darüber entgegengenommen werden, was die Partei erstrebt, erhofft und erkämpfen will, in Opposition oder Regierung. Wer mit den Sozialdemokraten sprechen will und wer über sie sprechen will, der muß sich an diesem Programm orientieren und von ihm reden und kann sich nicht mehr auf ihm bequemere andere Quellen beziehen.

Dem Grundsatzprogramm oblag nicht die Konkretisierung politischer Aufgaben und Ziele. Das wird Sache eines Regierungsprogrammes sein müssen, das die Partei jeweils zu einer Wahl für den Bundestag vorzulegen haben wird. Dort werden die praktischen Maßnahmen zu nennen sein, die die Partei in dem Falle zu treffen gewillt ist, in dem sie die Führung und Verantwortung der Bundesregierung übernimmt. Kein Regierungs- oder Aktionsprogramm indessen kann außerhalb der Grundsätze des Godesberger Programms bestehen. Die Geschlossenheit der sozialdemokratischen Auffassungen, wie sie im Godesberger Programm dargestellt werden, kann nicht durchbrochen, das Programm kann nicht in Teile zerlegt und nur in Bruchstücken präsentiert werden. Es ist ein Ganzes, und es wäre undurchführbar, daß nur einzelne Teile verwirklicht werden und andere nicht. Die neue Gesellschaft kann nicht durch Flickwerk geschaffen werden.

Wie weit wird nun dieses Programm der Wirklichkeit gerecht, die es ändern will? Darüber wird heute niemand gültig entscheiden können. Das Programm ist kein wissenschaftliches Dokument und kann es nicht sein. *Der demokratische Sozialismus will keine letzten Wahrheiten verkünden*, heißt es im Abschnitt der Grundwerte, aber es heißt dort auch, daß er in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, dort also, von woher unsere Geschichte und Gegenwart ihre stärksten Kräfte zog. Der Sozialismus wird künftig mehr denn je die Entwicklung in unserem Lande und Volke bestimmen und die Kräfte beitragen, die nötig sind, um den Fortschritt zu sichern. Das Godesberger Programm hat sich in besonderer Weise die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit zunutze gemacht, die in Deutschland und in anderen Ländern zur Erkenntnis der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Tatsachen geleistet worden ist. Die Gesellschaftswissenschaft insbesondere findet in der SPD aufmerksame Beachtung, und die Zusammenarbeit der Partei mit allen Disziplinen der Wissenschaft ist im Verlaufe der Geschichte der Sozialdemokratie nur enger und beziehungsreicher geworden, auch in der umgekehrt verlaufenden Richtung. Neue Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit und neue gesicherte Erkenntnisse werden ihren Einfluß auf die sozialdemokratische Politik darum niemals verfehlen. Solche Einflüsse kommen aus allen Teilen der Welt, wenn sich auch Geschichte und Wirklichkeit in allen Völkern und Staaten greifbar unterscheiden oder doch nur geringe gleichlaufende Linien erkennbar sind. Diese Unter-

schiede lassen es nicht zu, daß die Aufgabenstellung und politische Praxis auch brüderlich verbundener Parteien immer parallel verlaufen. Eine Zusammenführung der jetzt getrennten Teile unseres Landes würde die politische, wirtschaftliche und kulturelle, die gesamte gesellschaftliche Wirklichkeit in Deutschland so verändern, daß auch die Sozialdemokratie daraus Folgerungen für ihre Arbeit zu ziehen haben würde. Das geistige Ringen um den besten Weg wird niemals enden. Es bleibt auf das eine große und unverrückbare Ziel gerichtet, das System des Egoismus, der Ichsucht, des Herrscherwillens, der Vorrechte, *das System des Kapitalismus zu überwinden* und Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität der Menschen an seine Stelle zu setzen in Staat und Wirtschaft. Sozialismus ist in dieser Zeit ständige sozialdemokratische Aktion. Die Sozialdemokratische Partei hat nicht nur „mehr Sozialpolitik“ zu treiben als andere, sie hat sich nicht nur auch an notwendigen wirtschaftspolitischen oder kulturellen Maßnahmen zu beteiligen, sie hat vielmehr eine souveräne Politik der Überwindung der kapitalistischen Unordnung in unserer Gegenwart mit den besten Mitteln zu treiben und hat die soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche und kulturelle Freiheit der Menschen, aller Menschen, als Voraussetzung und Aufgabe jeder ihrer Handlungen zu erstreben. Das ist die ihr eigene Verpflichtung, die ihr von keiner anderen politischen Partei oder Gruppe in Deutschland abgenommen werden kann. Auf einer Konferenz der Berliner Sozialdemokraten sagte Ernst Reuter 1947 zu seinen Hörern:

Da unser täglicher Kampf oft vorwiegend um sehr irdische Dinge geht, um bessere materielle Lebensbedingungen, die wir jedem in ausreichendem Maße zugänglich machen wollen, entsteht der Eindruck, als ob sich darin unser Kampf erschöpfe. Doch der gut gekleidete, gut ernährte, in einer guten Wohnung lebende und von ersten Ärzten betreute Roboter ist nicht unser Ziel. Das Ziel der Sozialdemokraten ist der freie Mensch im Bewußtsein seiner Würde und seines Rechtes.

✠

Anhang

**GRUNDSATZPROGRAMM
DER SOZIALDEMOKRATISCHEN
PARTEI DEUTSCHLANDS**

Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
in Bad Godesberg
vom 13. bis 15. November 1959

INHALT

Einleitung
Grundwerte des Sozialismus
Grundforderungen für eine menschenwürdige Gesellschaft
Die staatliche Ordnung
 Landesverteidigung
Wirtschafts- und Sozialordnung
 Stetiger Wirtschaftsaufschwung
 Eigentum und Macht
 Einkommens- und Vermögensverteilung
 Agrarwirtschaft
 Die Gewerkschaften in der Wirtschaft
 Soziale Verantwortung
 Frau - Familie - Jugend
Das kulturelle Leben
Unser Weg
 Religion und Kirche
 Die Schule
 Die Wissenschaft
 Die Kunst
Internationale Gemeinschaft

*Das ist der Widerspruch unserer Zeit,
daß der Mensch die Urkraft des Atoms entfesselte und
sich jetzt vor den Folgen fürchtet;*

*daß der Mensch die Produktivkräfte aufs höchste entwickelte,
ungeheure Reichtümer ansammelte, ohne allen einen
gerechten Anteil an dieser gemeinsamen Leistung zu verschaffen;*

*daß der Mensch sich die Räume dieser Erde unterwarf,
die Kontinente zueinander rückte, nun aber
in Waffen starrnde Machtblöcke die Völker mehr
voneinander trennen als je zuvor und totalitäre Systeme
seine Freiheit bedrohen.*

*Darum fürchtet der Mensch, gewarnt durch die Zerstörungskriege
und Barbaren seiner jüngsten Vergangenheit, die eigene Zukunft,
weil in jedem Augenblick an jedem Punkt der Welt
durch menschliches Versagen das Chaos der Selbstvernichtung
ausgelöst werden kann.*

*Aber das ist auch die Hoffnung dieser Zeit,
daß der Mensch im atomaren Zeitalter sein Leben erleichtern,
von Sorgen befreien und Wohlstand für alle schaffen kann,
wenn er seine täglich wachsende Macht über die Naturkräfte
nur für friedliche Zwecke einsetzt;*

*daß der Mensch den Weltfrieden sichern kann, wenn er
die internationale Rechtsordnung stärkt,
das Mißtrauen zwischen den Völkern mindert
und das Wettrüsten verhindert;*

*daß der Mensch dann zum erstenmal in seiner Geschichte
jedem die Entfaltung seiner Persönlichkeit in einer gesicherten
Demokratie ermöglichen kann zu einem Leben in kultureller
Vielfalt, jenseits von Not und Furcht.*

*Diesen Widerspruch aufzulösen, sind wir Menschen
aufgerufen. In unsere Hand ist die Verantwortung gelegt für eine
glückliche Zukunft oder für die Selbstzerstörung der Menschheit.*

*Nur durch eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft
öffnet der Mensch den Weg in seine Freiheit.*

*Diese neue und bessere Ordnung erstrebt
der demokratische Sozialismus.*

GRUNDWERTE DES SOZIALISMUS

Die Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann.

Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander. Denn die Würde des Menschen liegt im Anspruch auf Selbstverantwortung ebenso wie in der Anerkennung des Rechtes seiner Mitmenschen, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und an der Gestaltung der Gesellschaft gleichberechtigt mitzuwirken.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die aus der gemeinsamen Verbundenheit folgende gegenseitige Verpflichtung, sind die Grundwerte des sozialistischen Wollens.

Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden — nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei der Freiheit des Geistes. Sie ist eine Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten und gleichen politischen Zielen. Die Sozialdemokratische Partei erstrebt eine Lebensordnung im Geiste dieser Grundwerte. Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe — Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.

GRUNDFORDERUNGEN FÜR EINE MENSCHENWÜRDIGE GESELLSCHAFT

Aus der Entscheidung für den demokratischen Sozialismus ergeben sich Grundforderungen, die in einer menschenwürdigen Gesellschaft erfüllt sein müssen:

Alle Völker müssen sich einer internationalen Rechtsordnung unterwerfen, die über eine ausreichende Exekutive verfügt. Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein.

Alle Völker müssen die gleiche Chance haben, am Wohlstand der Welt teilzunehmen. Entwicklungsländer haben Anspruch auf die Solidarität der anderen Völker.

Wir streiten für die Demokratie. Sie muß die allgemeine Staats- und Lebensordnung werden, weil sie allein Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist.

Wir widerstehen jeder Diktatur, jeder Art totalitärer und autoritärer Herrschaft; denn diese mißachten die Würde des Menschen, vernichten seine Freiheit und zerstören das Recht. Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt.

Zu Unrecht berufen sich die Kommunisten auf sozialistische Traditionen. In Wirklichkeit haben sie das sozialistische Gedankengut verfälscht. Die Sozialisten wollen Freiheit und Gerechtigkeit verwirklichen, während die Kommunisten die Zerrissenheit der Gesellschaft ausnutzen, um die Diktatur ihrer Partei zu errichten.

Im demokratischen Staat muß sich jede Macht öffentlicher Kontrolle fügen. Das Interesse der Gesamtheit muß über dem Einzelinteresse stehen. In der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet. Der demokratische Sozialismus erstrebt darum eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung.

Alle Vorrechte im Zugang zu Bildungseinrichtungen müssen beseitigt werden. Nur Begabung und Leistung sollen jedem den Aufstieg ermöglichen.

Freiheit und Gerechtigkeit lassen sich durch Institutionen allein nicht sichern. Alle Lebensbereiche werden zunehmend technisiert und organisiert. Dadurch entstehen immer neue Abhängigkeiten, die die Freiheit bedrohen. Nur ein vielfältiges wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben regt die schöpferischen Kräfte des einzelnen an, ohne die alles geistige Leben erstarbt.

Freiheit und Demokratie in der industriellen Gesellschaft sind nur denkbar, wenn eine ständig wachsende Zahl von Menschen ein gesellschaftliches Bewußtsein entwickelt und zur Mitverantwortung bereit ist. Ein entscheidendes Mittel dazu ist politische Bildung im weitesten Sinne. Sie ist ein wesentliches Ziel aller Erziehung in unserer Zeit.

DIE STAATLICHE ORDNUNG

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lebt und wirkt im ganzen deutschen Volke. Sie steht zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. In seinem Sinne erstrebt sie die Einheit Deutschlands in gesicherter Freiheit.

Die Spaltung Deutschlands bedroht den Frieden. Ihre Überwindung ist lebensnotwendig für das deutsche Volk.

Erst in einem wiedervereinigten Deutschland wird das ganze Volk in freier Selbstbestimmung Inhalt und Form von Staat und Gesellschaft gestalten können.

Das Leben des Menschen, seine Würde und sein Gewissen sind dem Staate vorgegeben. Jeder Bürger hat die Überzeugung seiner Mitmenschen zu achten. Der Staat ist verpflichtet, die Freiheit des Glaubens und des Gewissens zu sichern.

Der Staat soll Vorbedingungen dafür schaffen, daß der einzelne sich in freier Selbstverantwortung und gesellschaftlicher Verpflichtung entfalten kann. Die Grundrechte sollen nicht nur die Freiheit des einzelnen gegenüber dem Staat sichern, sie sollen als gemeinschaftsbildende Rechte dem Staat mitbegründen.

Als Sozialstaat hat er für seine Bürger Daseinsvorsorge zu treffen, um jedem die eigenverantwortliche Selbstbestimmung zu ermöglichen und die Entwicklung einer freiheitlichen Gesellschaft zu fördern.

Durch Verschmelzung des demokratischen mit dem sozialen und dem Rechtsgedanken soll der Staat zum Kulturstaat werden, der seine Inhalte von den gesellschaftlichen Kräften empfängt und dem schöpferischen Geist der Menschen dient.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Demokratie, in der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht und die Regierung jederzeit dem Parlament verantwortlich und sich bewußt ist, daß sie ständig seines Vertrauens bedarf. In der Demokratie müssen die Rechte der Minderheit neben den Rechten der Mehrheit gewahrt werden. Regierung und Opposition haben verschiedene Aufgaben von gleichem Rang; beide tragen Verantwortung für den Staat.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will in gleichberechtigtem Wettstreit mit den anderen demokratischen Parteien die Mehrheit des Volkes gewinnen, um Staat und Gesellschaft nach den Grundforderungen des demokratischen Sozialismus zu formen.

Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung sind getrennt voneinander dem Wohle des Ganzen verpflichtet. Die Gliederung der öffentlichen Gewalt in Bund, Ländern und Gemeinden soll die Macht verteilen, die Freiheit stärken und dem Bürger durch Mitbestimmung und Mitverantwortung vielfachen Zugang zu den Institutionen der Demokratie geben. Freie Gemeinden sind unerlässlich für eine lebendige Demokratie. Deshalb bekennt sich die Sozial-

demokratische Partei Deutschlands zu den Grundsätzen der *Gemeindefreiheit* einschließlich der bürgerlichen Selbstverwaltung, die weiter auszubauen und auch finanziell zu sichern sind. Die *Verbände*, in denen sich Menschen der verschiedenen Gruppen und Schichten zu gemeinsamen Zwecken zusammenschließen, sind notwendige Einrichtungen der modernen Gesellschaft. Sie müssen eine demokratische Ordnung haben. Je machtvoller sie sind, desto größer ist ihre Verantwortung, aber auch die Gefahr des Machtmißbrauchs. Die Parlamente, die Verwaltung und die Rechtsprechung dürfen nicht unter den einseitigen Einfluß von Interessensvertretungen fallen.

Presse, Rundfunk, Fernsehen und Film erfüllen öffentliche Aufgaben. Sie müssen in Freiheit und Unabhängigkeit überall und unbehindert Informationen sammeln, bearbeiten, verbreiten und unter eigener Verantwortung Meinungen bilden und aussprechen dürfen. Rundfunk und Fernsehen müssen ihren öffentlich-rechtlichen Charakter behalten. Sie müssen freiheitlich-demokratisch geleitet und gegen Interessentendruck gesichert sein.

Die *Richter* bedürfen der äußeren und inneren Unabhängigkeit, um im Namen des Volkes allein dem Recht zu dienen. An der Rechtspflege sind ehrenamtliche Richter gleichberechtigt zu beteiligen. Nur unabhängige Richter dürfen Kriminalstrafen aussprechen. Wirtschaftliche Überlegenheit oder Schwäche dürfen keine Folgen für den Rechtsweg oder für die Rechtsprechung haben. Die Gesetze müssen der gesellschaftlichen Entwicklung zeitgerecht angeglichen werden, damit sie nicht zum Rechtsbewußtsein in Widerspruch geraten, sondern der Verwirklichung der Rechtsidee dienen.

Landesverteidigung

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie bejaht die Landesverteidigung.

Die Landesverteidigung muß der politischen und geographischen Lage Deutschlands gemäß sein und daher die Grenzen wahren, die zur Schaffung der Voraussetzungen für eine internationale Entspannung, für eine wirksame kontrollierte Abrüstung und für die Wiedervereinigung Deutschlands eingehalten werden müssen. Der Schutz der Zivilbevölkerung ist wesentlicher Bestandteil der Verteidigung des Landes.

Die Sozialdemokratische Partei fordert die völkerrechtliche Achtung der Massenvernichtungsmittel auf der ganzen Welt.

Die Bundesrepublik Deutschland darf atomare und andere Massenvernichtungsmittel weder herstellen noch verwenden.

Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung, die im Zuge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit von fremden Truppen geräumt wird und in der Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden dürfen.

Die Streitkräfte müssen der politischen Führung durch die Regierung und der Kontrolle durch das Parlament unterstellt sein. Zwischen den Soldaten und allen demokratischen Kräften des Volkes muß ein Verhältnis des Vertrauens bestehen. Der Soldat bleibt auch in Uniform Staatsbürger.

Die Streitkräfte dürfen nur der Landesverteidigung dienen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands stellt sich schützend vor jeden Bürger, der aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe oder an Massenvernichtungsmitteln verweigert.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung und eine mit Machtmitteln ausgestattete internationale Rechtsordnung, die nationale Landesverteidigungen ablösen wird.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG

Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist stetig wachsender Wohlstand und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft, ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und ohne Ausbeutung.

Stetiger Wirtschaftsaufschwung

Die zweite industrielle Revolution schafft Voraussetzungen, den allgemeinen Lebensstandard stärker als bisher zu erhöhen und die Not und das Elend zu beseitigen, die noch immer viele Menschen bedrücken.

Die Wirtschaftspolitik muß auf der Grundlage einer stabilen Währung die Vollbeschäftigung sichern, die volkswirtschaftliche Produktivität steigern und den allgemeinen Wohlstand erhöhen.

Um alle Menschen am steigenden Wohlstand zu beteiligen, muß die Wirtschaft den ständigen Strukturveränderungen planmäßig angepaßt werden, damit eine ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung erreicht wird.

Eine solche Politik bedarf der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und des Nationalbudgets. Das Nationalbudget wird vom Parlament beschlossen. Es ist verpflichtend für die Regierungspolitik, eine wichtige Grundlage für die autonome Notenbankpolitik und gibt Richtpunkte für die Wirtschaft, die das Recht zur freien Entscheidung behält.

Der moderne Staat beeinflußt die Wirtschaft stetig durch seine Entscheidungen über Steuern und Finanzen, über das Geld- und Kreditwesen, seine Zoll-, Handels-, Sozial- und Preispolitik, seine öffentlichen Aufträge sowie die Landwirtschafts- und Wohnbaupolitik. Mehr als ein Drittel des Sozialprodukts geht auf diese Weise durch die öffentliche Hand. Es ist also nicht die Frage, ob in der Wirtschaft Disposition und Planung zweckmäßig sind, sondern wer diese Disposition trifft und zu wessen Gunsten sie wirkt. Dieser Verantwortung für den Wirtschaftsablauf kann sich der Staat nicht entziehen. Er ist verantwortlich für eine vorausschauende Konjunkturpolitik und soll sich im wesentlichen auf Methoden der mittelbaren Beeinflussung der Wirtschaft beschränken.

Freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl sind entscheidende Grundlagen, freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Die Autonomie der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände beim Abschluß von Tarifverträgen ist ein wesentlicher Bestandteil freiheitlicher Ordnung. Totalitäre Zwangswirtschaft zerstört die Freiheit. Deshalb bejaht die Sozialdemokratische Partei den freien Markt, wo immer wirklich Wettbewerb herrscht. Wo aber Märkte unter die Vorherrschaft von einzelnen oder von Gruppen geraten, bedarf es vielfältiger Maßnahmen, um die Freiheit in der Wirtschaft zu erhalten. Wettbewerb soweit wie möglich — Planung soweit wie nötig!

Eigentum und Macht

Ein wesentliches Kennzeichen der modernen Wirtschaft ist der ständig sich verstärkende Konzentrationsprozeß. Die Großunternehmen bestimmen nicht nur entscheidend die Entwicklung der Wirtschaft und des Lebensstandards, sie verändern auch die Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft:

Wer in den Großorganisationen der Wirtschaft die Verfügung über Millionenwerte und über Zehntausende von Arbeitnehmern hat, der wirtschaftet nicht nur, er übt Herrschaftsmacht über Menschen aus; die Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten geht weit über das Ökonomisch-Materielle hinaus.

Wo das Großunternehmen vorherrscht, gibt es keinen freien Wettbewerb. Wer nicht über gleiche Macht verfügt, hat nicht die gleiche Entfaltungsmöglichkeit, er ist mehr oder minder unfrei. Die schwächste Stellung in der Wirtschaft hat der Mensch als Verbraucher.

Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht.

Diese Entwicklung ist eine Herausforderung an alle, für die Freiheit und Menschenwürde, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft sind.

Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ist darum zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik. Staat und Gesellschaft dürfen nicht zur Beute mächtiger Interessengruppen werden.

Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert. Leistungsfähige mittlere und kleine Unternehmen sind zu stärken, damit sie die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit den Großunternehmen bestehen können.

Wettbewerb durch öffentliche Unternehmen ist ein entscheidendes Mittel zur Verhütung privater Marktbeherrschung. Durch solche Unternehmen soll den Interessen der Allgemeinheit Geltung verschafft werden. Sie werden dort zur Notwendigkeit, wo aus natürlichen oder technischen Gründen unerlässliche Leistungen für die Allgemeinheit nur unter Ausschluß eines Wettbewerbs wirtschaftlich vernünftig erbracht werden können.

Die Unternehmen der freien Gemeinwirtschaft, die sich am Bedarf und nicht am privaten Erwerbsstreben orientieren, wirken preisregulierend und helfen dem Verbraucher. Sie erfüllen eine wertvolle Funktion in der demokratischen Gesellschaft und haben Anspruch auf Förderung.

Eine weitgehende Publizität muß der Öffentlichkeit Einblick in die Machtstruktur der Wirtschaft und in die Wirtschaftsgebarung der Unternehmen verschaffen, damit die öffentliche Meinung gegen Machtmißbrauch mobilisiert werden kann.

Wirksame öffentliche Kontrolle muß Machtmißbrauch der Wirtschaft verhindern. Ihre wichtigsten Mittel sind Investitionskontrolle und Kontrolle marktbeherrschender Kräfte.

Gemeineigentum ist eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle, auf die kein moderner Staat verzichtet. Sie dient der Bewahrung der Freiheit vor der Obermacht großer Wirtschaftsgebilde. In der Großwirtschaft ist die Verfügungsgewalt überwiegend Managern zugefallen, die ihrerseits anonymen Mächten dienen. Damit hat das Privateigentum an den Produktionsmitteln hier weitgehend seine Verfügungsgewalt verloren. Das zentrale Problem heißt heute: Wirtschaftliche Macht. Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig.

Jede Zusammenballung wirtschaftlicher Macht, auch die in Staatshand, birgt Gefahren in sich. Deshalb soll das Gemeineigentum nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung und der Dezentralisierung geordnet werden. In seinen Verwaltungsorganen müssen die Interessen der Arbeiter und Angestellten ebenso wie das öffentliche Interesse und das der Verbraucher vertreten sein. Nicht durch zentrale Bürokratie, sondern durch verantwortungsbewußtes Zusammenwirken aller Beteiligten wird der Gemeinschaft am besten gedient.

Einkommens- und Vermögensverteilung

Die Marktwirtschaft gewährleistet von sich aus keine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung. Dazu bedarf es einer zielbewußten Einkommens- und Vermögenspolitik.

Einkommen und Vermögen sind ungerecht verteilt. Das ist nicht nur die Folge massenhafter Vermögensvernichtung durch Krise, Krieg und Inflation, sondern im wesentlichen die Schuld einer Wirtschafts- und Steuerpolitik, die die Einkommens- und Vermögensbildung in wenigen Händen begünstigt und die bisher Vermögenslosen benachteiligt.

Die Sozialdemokratische Partei will Lebensbedingungen schaffen, unter denen alle Menschen in freier Entschließung aus steigendem Einkommen eigenes Vermögen bilden können. Das setzt eine stetige Erhöhung des Sozialprodukts bei gerechter Verteilung voraus.

Die Lohn- und Gehaltspolitik ist ein geeignetes und notwendiges Mittel, um Einkommen und Vermögen gerechter zu verteilen.

Geeignete Maßnahmen sollen dafür sorgen, daß ein angemessener Anteil des ständigen Zuwachses am Betriebsvermögen der Großwirtschaft als Eigentum breit gestreut oder gemeinschaftlichen Zwecken dienstbar gemacht wird. Es ist ein Zeichen unserer Zeit, daß sich das private Wohlleben privilegierter Schichten schrankenlos entfaltet, während wichtige Gemeinschaftsaufgaben, vor allem Wissenschaft, Forschung und Erziehung, in einer Weise vernachlässigt werden, die einer Kulturnation unwürdig ist.

Agrarwirtschaft

Die Grundsätze sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik gelten auch für die Landwirtschaft. Die Struktur der Landwirtschaft und die Abhängigkeit ihrer Produktion von unbeneinflussbaren Naturfaktoren erfordern jedoch besondere Maßnahmen.

Das private Eigentum des Bauern am Boden wird bejaht. Die leistungsfähigen Familienbetriebe müssen durch ein neuzeitliches Boden- und Pachtrecht geschützt werden. Sie sind wirtschaftlich und sozial zu stärken.

Die Förderung des Genossenschaftswesens ist der beste Weg, die Leistungsfähigkeit der kleinen und mittleren Betriebe unter Wahrung ihrer Selbständigkeit zu steigern.

Die Landwirtschaft muß sich den strukturellen Veränderungen der Gesamtwirtschaft anpassen, um ihren vollen Beitrag zur Entwicklung der Gesamtwirtschaft leisten und den in ihr tätigen Menschen einen angemessenen Lebensstandard sichern zu können. Diese Veränderungen werden nicht nur durch den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt, sondern durch die Wandlungen der Standortbedingungen im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit und durch steigende Verflechtung der deutschen mit der Wirtschaft der übrigen Welt bestimmt. Es ist eine öffentliche Aufgabe, die Modernisierung der Landwirtschaft und ihre Leistungsfähigkeit zu fördern.

Der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist am besten gedient, wenn sie in eine Gesamtwirtschaft von hoher Gesamtproduktivität und breiter Massenkaufkraft eingeordnet ist. Die zur Sicherung des landwirtschaftlichen Einkommens erforderliche Markt- und Preispolitik (Marktordnung) muß die Interessen der Verbraucher und der Volkswirtschaft berücksichtigen.

Die kulturelle, wirtschaftliche und soziale Lage der gesamten Landbevölkerung ist zu verbessern. Der Rückstand in der sozialen Gesetzgebung muß beseitigt werden.

Die Gewerkschaften in der Wirtschaft

Alle Arbeiter, Angestellten und Beamten haben das Recht, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen. In der heutigen Wirtschaft sind die Arbeitnehmer denen ausgeliefert, die die

Kommandostellen der Unternehmen und ihrer Verbände besetzen, wenn sie ihnen nicht in unabhängigen Gewerkschaften ihre solidarische, demokratisch geordnete Kraft entgegenstellen, um die Arbeitsbedingungen frei vereinbaren zu können. Das Streikrecht gehört zu den selbstverständlichen Grundrechten der Arbeiter und Angestellten.

Die Gewerkschaften kämpfen um einen gerechten Anteil der Arbeitnehmer am Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit und um das Recht auf Mitbestimmung im wirtschaftlichen und sozialen Leben.

Sie kämpfen um größere Freiheit und handeln als Vertreter aller arbeitenden Menschen. Sie sind damit wesentliche Träger des ständigen Demokratisierungsprozesses. Jeden Arbeitnehmer zu ständiger Mitarbeit fähig zu machen und dafür zu sorgen, daß er diese Fähigkeiten nutzen kann, ist eine große Aufgabe der Gewerkschaften.

Die Arbeiter und Angestellten, die den entscheidenden Beitrag zum Ergebnis der Wirtschaft leisten, sind bisher von einer wirksamen Mitbestimmung ausgeschlossen. Demokratie aber verlangt Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben und in der gesamten Wirtschaft. Der Arbeitnehmer muß aus einem Wirtschaftsuntertanen zu einem Wirtschaftsbürger werden.

Die Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie und im Kohlenbergbau ist ein Anfang zu einer Neuordnung der Wirtschaft. Sie ist zu einer demokratischen Unternehmensverfassung für die Großwirtschaft weiter zu entwickeln. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft muß sichergestellt werden.

Soziale Verantwortung

Sozialpolitik hat wesentliche Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich der einzelne in der Gesellschaft frei entfalten und sein Leben in eigener Verantwortung gestalten kann. Gesellschaftliche Zustände, die zu individuellen und sozialen Notständen führen, dürfen nicht als unvermeidlich und unabänderlich hingenommen werden. Das System sozialer Sicherung muß der Würde selbstverantwortlicher Menschen entsprechen.

Jeder Bürger hat im Alter, bei Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit oder beim Tode des Ernährers Anspruch auf eine staatliche Mindestrente. Auf ihr bauen weitere, persönlich erworbene Rentenansprüche auf. So ist die im Arbeitsleben erreichte Lebenshaltung zu sichern. Alle sozialen Geldleistungen, auch die Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, sind der Entwicklung der steigenden Arbeitseinkommen laufend anzupassen.

Technik und Zivilisation setzen heute den Menschen einer Vielzahl von gesundheitlichen Gefährdungen aus. Sie bedrohen nicht nur die lebende, sondern auch künftige Generationen. Gegen diese Schädigungen kann sich der einzelne nicht schützen. Deshalb fordert die Sozialdemokratische Partei eine umfassende Gesundheitssicherung. Lebensbedingungen und Lebensformen sind so zu gestalten und die Gesundheitspolitik ist so auszubauen, daß ein Leben in Gesundheit möglich wird. Der öffentliche Gesundheitsschutz, vor allem der Arbeitsschutz, und wirksame Methoden der Gesundheitsfürsorge für den einzelnen sind zu entwickeln. Es gilt sowohl das Bewußtsein der eigenen Verpflichtung zur Pflege der Gesundheit zu wecken als auch dem freigewählten Arzt alle Möglichkeiten zu gesundheitserhaltenden Maßnahmen und zur Vorbeugung gegen Krankheiten zu eröffnen. Die berufliche Entscheidungsfreiheit der Ärzte muß gesichert sein. Es ist eine öffentliche Aufgabe, die Krankenhausversorgung sicherzustellen.

Das gleiche Lebensrecht aller Menschen ist auch dadurch zu verwirklichen, daß bei Krankheit jeder unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage einen unbedingten Anspruch auf alle dem Stande der ärztlichen Wissenschaft entsprechenden Heilmaßnahmen hat. Die freigewählte ärztliche Hilfeleistung wird durch volle wirtschaftliche Sicherung im Krankheitsfalle ergänzt.

Bei vollem Ausgleich des Einkommens ist die Arbeitszeit fortschreitend zu verkürzen, wie es die Entwicklung der Wirtschaft ermöglicht.

Zur Bewältigung besonderer Lebensschwierigkeiten und Notlagen sind die allgemeinen sozialen Leistungen durch individuelle fürsorgliche Dienste und Leistungen der Sozialhilfe zu ergänzen. Sie arbeiten mit den Freien Wohlfahrtsverbänden und den Einrichtungen der Nächsten- und Selbsthilfe zusammen. Die Eigenständigkeit der freien Wohlfahrtspflege ist zu schützen.

Die gesamte Arbeits- und Sozialgesetzgebung ist einheitlich und übersichtlich in einem Arbeitsgesetzbuch und einem Sozialgesetzbuch zu ordnen.

Jeder hat ein Recht auf eine menschenwürdige Wohnung. Sie ist die Heimstätte der Familie. Sie muß deshalb auch weiterhin sozialen Schutz genießen und darf nicht nur privatem Gewinnstreben überlassen werden.

Die Wohnungs-, Bau- und Bodenpolitik muß den Mangel an Wohnraum beschleunigt beheben. Der soziale Wohnungsbau ist zu fördern. Der Mietzins ist nach sozialen Gesichtspunkten zu beeinflussen. Die Bodenspekulation ist zu unterbinden, ungerechtfertigte Gewinne aus Bodenverkäufen sind abzuschöpfen.

Frau - Familie - Jugend

Die Gleichberechtigung der Frau muß rechtlich, sozial und wirtschaftlich verwirklicht werden. Der Frau müssen die gleichen Möglichkeiten für Erziehung und Ausbildung, für Berufswahl, Berufsausübung und Entlohnung geboten werden wie dem Mann. Gleichberechtigung soll die Beachtung der psychologischen und biologischen Eigenarten der Frau nicht aufheben. Hausfrauenarbeit muß als Berufsarbeit anerkannt werden. Hausfrauen und Mütter bedürfen besonderer Hilfe. Mütter von vorschulpflichtigen und schulpflichtigen Kindern dürfen nicht gebürgt sein, aus wirtschaftlichen Gründen einem Erwerb nachzugehen.

Staat und Gesellschaft haben die Familie zu schützen, zu fördern und zu stärken. In der materiellen Sicherung der Familie liegt die Anerkennung ihrer ideellen Werte. Ein Familienlastenausgleich im Steuersystem, Mutterschaftshilfe und Kindergeld sollen die Familie wirksam schützen.

Die Jugend muß befähigt werden, ihr Leben selbst zu meistern und in die künftige Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft hinauzuwachsen. Staat und Gesellschaft haben deshalb die Aufgabe, die Erziehungskraft der Familie zu stärken, sie in den Bereichen, die sie nicht ausfüllen kann, zu ergänzen und notfalls zu ersetzen. Die Entfaltung der beruflichen Fähigkeiten des jungen Menschen erfordert ein System allgemeiner Erziehungs- und Ausbildungsbeihilfen.

Der Jugendarbeitsschutz muß der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse und den pädagogischen Erfahrungen angepaßt werden. Wenn man die Jugend frühzeitig und vertrauensvoll zur Mitwirkung und Mitverantwortung heranzieht, werden der Demokratie einsichtsvolle und willensstarke Staatsbürger heranwachsen. Die Erfüllung des Anspruchs auf Erziehung und auf Hilfe zur Persönlichkeitsentwicklung muß durch ein fortschrittliches Jugendrecht garantiert werden. Auf allen Lebensgebieten, die die Erziehung, die Förderung und den Schutz der Jugend betreffen, muß sichergestellt sein, daß das Wohl der Jugend allen anderen Überlegungen vorangeht.

DAS KULTURELLE LEBEN

Die schöpferischen Kräfte des Menschen müssen sich in einem reich gegliederten und vielfältigen kulturellen Leben frei entfalten können. Die Kulturpolitik des Staates soll alle kulturwilligen Kräfte ermutigen und fördern. Der Staat muß alle Bürger vor den Macht- und Interessengruppen schützen, die das geistige und kulturelle Leben eigenen Zwecken dienstbar machen wollen.

Religion und Kirche

Nur eine gegenseitige Toleranz, die im Andersgläubenden und Andersdenkenden den Menschen gleicher Würde achtet, bietet eine tragfähige Grundlage für das menschlich und politisch fruchtbare Zusammenleben.

Der Sozialismus ist kein Religionsersatz. Die Sozialdemokratische Partei achtet die Kirchen und die Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Eigenständigkeit. Sie bejaht ihren öffentlich-rechtlichen Schutz.

Zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Sinne einer freien Partnerschaft ist sie stets bereit. Sie begrüßt es, daß Menschen aus ihrer religiösen Bindung heraus eine Verpflichtung zum sozialen Handeln und zur Verantwortung in der Gesellschaft bejahen.

Freiheit des Denkens, des Glaubens und des Gewissens und Freiheit der Verkündigung sind zu sichern. Eine religiöse oder weltanschauliche Verkündigung darf nicht parteipolitisch oder zu antidemokratischen Zwecken mißbraucht werden.

Die Schule

Erziehung und Bildung sollen allen Menschen die Möglichkeit geben, ihre Anlagen und Fähigkeiten unbehindert zu entfalten. Sie sollen die Widerstandskraft gegen die konformistischen Tendenzen unserer Zeit stärken. Kenntnis und Aneignung der überlieferten kulturellen Werte und Vertrautheit mit den formenden Kräften des gesellschaftlichen Lebens der Gegenwart sind Grundlagen unabhängigen Denkens und freier Urteilsbildung.

Die Jugend ist in den Schulen und Hochschulen gemeinsam im Geiste gegenseitiger Achtung zur Freiheit, zur Selbständigkeit, zum sozialen Verantwortungsbewußtsein und für die Ideale der Demokratie und der Völkerverständigung zu erziehen, um in unserer an weltanschaulichen Überzeugungen und Wertordnungen vielgestaltigen Gesellschaft eine Gesinnung und Haltung des Verstehens, der Toleranz und der Hilfsbereitschaft zu erreichen. Dazu gehört, daß in den Lehrplänen aller Schulen staatsbürgerliche Erziehung angemessen berücksichtigt wird. Musische Erziehung und handwerkliche Betätigung sollen in der Bildung ihr hohes Gewicht haben. Staat und Gesellschaft sind verpflichtet, durch Erziehung und durch ihre Bildungseinrichtungen dem ganzen Volk eine Vertrautheit mit der Kunst und dem künstlerischen Schaffen zu ermöglichen.

Sport und körperliche Erziehung haben Anspruch auf allseitige Förderung durch Staat und Gesellschaft. Sie dienen der Gesundheit des einzelnen und sind wesentlich für die Formung des Geistes der Solidarität.

Die Mitwirkung der Eltern in der Schulerziehung und eine Mitverwaltung der Schüler sollen an allen Schulen ausgebaut werden. Organisation des Schulwesens und Lehrpläne müssen so gestaltet werden, daß sich alle Begabungen auf allen Stufen der Entwicklung entfalten können. Jedem Befähigten muß der Weg in weiterführende Schulen und Ausbildungsstätten jederzeit offenstehen. Der Besuch aller öffentlichen Schulen und Hochschulen muß kostenlos

sein. Lehr- und Lernmittel sollen an diesen Schulen und Hochschulen unentgeltlich zur Verfügung stehen.

Die allgemeine Schulpflicht ist auf zehn Jahre auszudehnen. Die Berufsschulen haben nicht nur der fachlichen, sondern auch der allgemeinen und staatsbürgerlichen Bildung und Erziehung zu dienen.

Neue Wege zur Hochschulreife müssen eröffnet werden. Da der Bildungsweg über Grundschule und Oberschule nicht alle Begabungen erschließen kann, müssen durch den Zweiten Bildungsweg über Berufsarbeit, Berufsschulen und besondere Bildungseinrichtungen neue Möglichkeiten geschaffen werden, zur Hochschulreife zu gelangen.

Alle Lehrer sollen an wissenschaftlichen Hochschulen ausgebildet werden. Ein gutes Schulwesen verlangt Erzieherpersönlichkeiten, die sich selbständig mit allen Problemen der Zeit auseinandersetzen.

Die Wissenschaft

Wissenschaftliche Forschung und Lehre müssen frei sein. Ihre Ergebnisse sind der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Ausreichende öffentliche Mittel für Forschung und Lehre müssen zur Verfügung gestellt werden.

Der Staat hat Vorsorge zu treffen, daß Forschungsergebnisse nicht zum Schaden der Menschheit mißbraucht werden.

Ein unabhängiger Forschungsrat soll in eigener Verantwortung der Forschung helfen, jeweils vordringliche Aufgaben zu stellen und zu lösen. Von der Förderung wissenschaftlicher Forschung und Lehre darf kein Gebiet der Wissenschaft ausgenommen sein.

Die Bewältigung der politischen, menschlichen und sozialen Probleme der sich entwickelnden Industriegesellschaft und die Bewahrung menschlicher Freiheit in ihr verlangen den Ausbau und die Vertiefung der Wissenschaft vom Menschen und der Gesellschaft. Die ihr gewidmeten Anstrengungen müssen an Intensität dem entsprechen, was für die Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik geleistet wird.

Freiheit und Unabhängigkeit der Hochschulen bleiben unberührt. Die Hochschulen können aber nicht isoliert von der übrigen Lebenswirklichkeit bestehen und sollten darum mit anderen Institutionen der demokratischen Gesellschaft, insbesondere mit den Einrichtungen der Erwachsenenbildung, zusammenarbeiten.

Eine großzügige Förderung soll den Studierenden ihre wissenschaftliche Ausbildung sichern. Allen Studierenden soll eine politische und sozialwissenschaftliche Grundbildung vermittelt werden.

Ein modernes Bildungswesen für Erwachsene muß Gelegenheit geben, Wissen, Urteilsvermögen und Fähigkeiten auch nach Beendigung der Schulerziehung zu erwerben und zu vertiefen, die für mitverantwortliches Handeln im demokratischen Staat unentbehrlich sind.

Die Kunst

Künstlerischem Schaffen ist volle Freiheit zu gewähren. Staat und Gemeinden sind zur Herabgabe von Mitteln verpflichtet, die der Förderung schöpferischer Gestaltungskraft und der Vermittlung kultureller Werte aus allen Bereichen der Kunst dienen sollen. Die künstlerische Entfaltung darf durch kein Reglement, insbesondere durch keine Zensur, beschränkt werden.

INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT

Die größte und dringendste Aufgabe ist es, den Frieden zu bewahren und die Freiheit zu sichern.

Der demokratische Sozialismus ist immer von dem Gedanken der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität erfüllt gewesen. In einer Zeit internationaler Verflechtungen aller Interessen und Beziehungen kann kein Volk mehr für sich allein seine politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme lösen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands läßt sich von der Erkenntnis leiten, daß die kulturellen, wirtschaftlichen, rechtlichen und militärischen Aufgaben der deutschen Politik in enger Verbindung mit den anderen Völkern gelöst werden müssen.

Normale diplomatische und Handelsbeziehungen mit allen Nationen sind ungeachtet der Regierungssysteme und der gesellschaftlichen Strukturen unerläßlich.

Internationale Schiedsgerichte, Vergleichsverträge, Selbstbestimmungsrecht und Gleichberechtigung aller Völker, die Unverletzlichkeit der Staatsgebiete und die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Völker sollen den Frieden sichern, den eine Weltorganisation garantiert.

Die Vereinten Nationen müssen die allgemeine Weltorganisation werden, die sie ihrer Idee nach sein sollen. Ihre Grundsätze sollen allgemeinverbindlich sein. Ein Volksgruppenrecht, das im Einklang mit den von den Vereinten Nationen verkündeten Menschenrechten steht, ist unentbehrlich. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vertritt das Recht aller Menschen auf ihre Heimat, ihr Volkstum, ihre Sprache und Kultur.

Als Schritte auf dem Wege zu einer allgemeinen Abrüstung und zur Entspannung internationaler Beziehungen sind regionale Sicherheitssysteme im Rahmen der Vereinten Nationen aufzubauen. Das wiedervereinigte Deutschland soll mit allen Rechten und Pflichten Mitglied eines europäischen Sicherheitssystems werden. Die wirtschaftliche Entwicklung drängt zur Zusammenarbeit der europäischen Staaten. Die Sozialdemokratische Partei bejaht diese Zusammenarbeit, die insbesondere dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt dienen muß. Regional begrenzte übernationale Gemeinschaften dürfen nicht zur Abschließung gegenüber der Außenwelt führen. Die gleichberechtigte Zusammenarbeit und ein für alle Nationen offener Welthandel sind Voraussetzungen für das friedliche Zusammenleben.

Die demokratischen Staaten müssen ihre Solidarität vor allem mit den Entwicklungsländern bekunden. Noch immer lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in tiefster Armut und Unwissenheit. Solange nicht der Weltreichtum neu verteilt und die Produktivität in den Entwicklungsländern erheblich gesteigert ist, bleibt die demokratische Entwicklung gefährdet und der Friede bedroht. Alle Völker sind verpflichtet, Hunger, Elend und Seuchen in gemeinsamer Anstrengung zu bekämpfen. Die Entwicklungsländer haben Anspruch auf großzügige und uneigennützig Hilfe. Ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung muß von den Ideen des demokratischen Sozialismus erfüllt werden, damit sie nicht neuen Formen der Unterdrückung verfallen.

UNSER WEG

Die sozialistische Bewegung erfüllt eine geschichtliche Aufgabe. Sie begann als ein natürlicher und sittlicher Protest der Lohnarbeiter gegen das kapitalistische System. Die gewaltige Entfaltung der Produktivkräfte durch Wissenschaft und Technik brachte einer kleinen Schicht Reichtum und Macht, den Lohnarbeitern zunächst nur Not und Elend. Die Vorrechte der herrschenden Klassen zu beseitigen und allen Menschen Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand zu bringen — das war und das ist der Sinn des Sozialismus.

Die Arbeiterschaft war in ihrem Kampf nur auf sich gestellt. Ihr Selbstbewußtsein wurde geweckt durch die Erkenntnis ihrer eigenen Lage, durch den entschlossenen Willen, sie zu verändern, durch die Solidarität in ihren Aktionen und durch die sichtbaren Erfolge ihres Kampfes.

Schweren Rückschlägen und manchen Irrtümern zum Trotz hat die Arbeiterbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert die Anerkennung vieler ihrer Forderungen erzwungen. Der einst schutz- und rechtlose Proletarier, der sich für einen Hungerlohn täglich sechzehn Stunden schinden mußte, erreichte den gesetzlichen Achtstundentag, den Arbeiterschutz, die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Siedtum und für seinen Lebensabend. Er erreichte das Verbot der Kinderarbeit, der Nachtarbeit für die Frauen, den Jugend- und Mutterschutz und bezahlten Urlaub. Er erstritt sich die Versammlungsfreiheit, das Recht zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß, das Tarifrecht und das Streikrecht. Er ist dabei, sein Recht auf Mitbestimmung durchzusetzen. Der einst das bloße Ausbeutungsobjekt der herrschenden Klasse war, nimmt jetzt seinen Platz ein als Staatsbürger mit anerkannten gleichen Rechten und Pflichten.

In einigen Ländern Europas wurden unter sozialdemokratischen Regierungen bereits die Fundamente einer neuen Gesellschaft gelegt. Soziale Sicherheit und die Demokratisierung der Wirtschaft werden in zunehmendem Maße verwirklicht.

Diese Erfolge sind Meilensteine auf dem opferreichen Weg der Arbeiterbewegung. Sie hat mit ihrer wachsenden Befreiung der Freiheit aller Menschen gedient. Die Sozialdemokratische Partei ist aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes geworden. Sie will die Kräfte, die durch die industrielle Revolution und durch die Technisierung aller Lebensbereiche entbunden wurden, in den Dienst von Freiheit und Gerechtigkeit für alle stellen. Die gesellschaftlichen Kräfte, die die kapitalistische Welt aufgebaut haben, versagen vor dieser Aufgabe unserer Zeit. Ihre Geschichte ist eine imponierende Entfaltung technischen und wirtschaftlichen Aufschwungs, aber auch eine Kette verheerender Kriege, riesiger Massenarbeitslosigkeit, enteignender Inflationen und wirtschaftlicher Unsicherheit. Die alten Kräfte erweisen sich als unfähig, der brutalen kommunistischen Herausforderung das überlegene Programm einer neuen Ordnung politischer und persönlicher Freiheit und Selbstbestimmung, wirtschaftlicher Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit entgegenzustellen. Deshalb können sie auch nicht den Anspruch der jungen Staaten auf solidarische Hilfe erfüllen, die eben das Joch der kolonialen Ausbeutung abschütteln und die ihre nationale Zukunft in Freiheit aufbauen und am Wohlstand der Welt teilnehmen wollen. Sie wehren sich gegen die Lockung der Kommunisten, die sie in ihren Machtbereich einzubeziehen versuchen.

Die Kommunisten unterdrücken die Freiheit radikal. Sie vergewaltigen die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Persönlichkeit und der Völker. Gegen ihren Machtapparat stellen sich heute zunehmend auch die Menschen der kommunistisch regierten Länder selber. Auch dort wächst das Freiheitsstreben, das keine Herrschaft auf die Dauer völlig niederhalten kann. Aber die kommunistischen Machthaber kämpfen um ihre Selbstbehauptung. Auf dem Rücken ihrer Völker errichten sie eine wirtschaftliche und militärische Macht, die zur wachsenden Bedrohung der Freiheit wird.

Darum ist die Hoffnung der Welt eine Ordnung, die auf den Grundwerten des demokratischen Sozialismus aufbaut, der eine menschenwürdige Gesellschaft, frei von Not und Furcht, frei von Krieg und Unterdrückung schaffen will, in Gemeinschaft mit allen, die guten Willens sind. Jeder, Mann und Frau, ist aufgerufen, hier und in allen Ländern der Erde. Auf deutschem Boden sammeln sich die Sozialisten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die jeden in ihren Reihen willkommen heißt, der sich zu den Grundwerten und Grundforderungen des demokratischen Sozialismus bekennt.

PARTEIPROGRAMME DER SOZIALDEMOKRATEN

- 1862 „Arbeiterprogramm über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“, Vortrag von Ferdinand Lassalle am 12. April 1862 (später als Broschüre erschienen), der die Grundlage für den im Mai 1863 in Leipzig gegründeten Allgemeinen deutschen Arbeiterverein bildete.
Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus,
Bollwerk-Verlag Karl Drott, Offenbach a. M. 1946
Anmerkung: Das „Kommunistische Manifest“, im Februar 1848 in London zum Druck gegeben und dort in deutscher Sprache erschienen, wurde von Marx und Engels im Auftrage des „Bundes der Kommunisten“ erarbeitet und war niemals Parteiprogramm der Sozialdemokraten in Deutschland.
- 1868 Programm des Vereinstages deutscher Arbeitervereine, beschlossen am 5. Sept. 1868 in Nürnberg
„Die deutschen Parteiprogramme“, F. Salomon,
Verlag B. G. Teubner, Leipzig 1912
- 1869 Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenacher Programm)
Schriftenreihe der Jungsozialisten, Bonn
Anmerkung: Die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ wurde 1869 von Wilhelm Liebknecht und August Bebel in Eisenach gegründet
- 1875 Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (Gothaer Programm)
Schriftenreihe der Jungsozialisten, Bonn
Anmerkung: Die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ wurde 1875 auf der Grundlage dieses Programms durch Zusammenschluß des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gegründet
- 1891 Programm der „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (Erfurter Programm)
Schriftenreihe der Jungsozialisten, Bonn
Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus,
Bollwerk-Verlag Karl Drott, Offenbach a. M. 1946
Anmerkung: Die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ führt diesen Namen seit 1890, als sie sich nach den Sozialistengesetzen Bismarcks — 1878 — wieder neu formierte
- 1921 Programm der SPD (Görlitzer Programm)
Schriftenreihe der Jungsozialisten, Bonn
Anmerkung: Eine 1917 durch Gründung der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ eingetretene Spaltung wurde auf dem Parteitag in Nürnberg 1922 wieder überwunden
- 1925 Programm der SPD (Heidelberger Programm)
Schriftenreihe der Jungsozialisten, Bonn
„Das Heidelberger Programm“, Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, Verlag Vorstand der SPD, Berlin 1925

Anmerkung: Das Heidelberger Programm galt formell bis zum Beschluß über das Grundsatzprogramm, der am 15. November 1959 in Bad Godesberg gefaßt wurde. Dem Beschluß von Godesberg voraus gingen jedoch die Zustimmung zur sogenannten „Frankfurter Erklärung“ der Sozialistischen Internationale und die Beschlüsse zu einem Aktionsprogramm

- 1951 Erklärung der Sozialistischen Internationale über Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus (3. Juli 1951)
Schriftenreihe der Jungsozialisten, Bonn
- 1952 Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem Dortmunder Parteitag (28. September 1952 und
1954 erweitert auf dem Parteitag in Berlin (24. Juli 1954)
Herausgegeben vom Vorstand der SPD, Bonn
- 1959 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag vom 13. bis zum 15. November 1959 in Bad Godesberg
Herausgegeben vom Vorstand der SPD, Bonn

PARTEITAGE DER SPD NACH 1945

1946 in Hannover	1954 in Berlin
1947 in Nürnberg	1956 in München
1948 in Düsseldorf	1958 in Stuttgart
1950 in Hamburg	1959 in Bad Godesberg
1952 in Dortmund	1960 in Hannover

DIE MITGLIEDER DER PROGRAMMKOMMISSION

Eichler, Willi, Mitglied des Parteivorstandes, Bonn (federführend)
Abendroth, Wolfgang, Prof. Dr. jur., Marburg
Albertz, Heinrich, Senatsdirektor, Berlin
Arndt, Adolf, MdB, Prof. Dr. jur., Hofheim i. Ts.
Bauer, Fritz, Dr. jur., Generalstaatsanwalt, Frankfurt a. M.
Borinski, Fritz, Prof. Dr. phil., Bremen
Bracken, Helmut von, Prof. Dr. phil., Dr. med., Braunschweig
Brönnert, Otto, Vorsitzender der IG Metall, Frankfurt a. M.
Deist, Heinrich, MdB, Dr. rer. pol., Bensberg
Drach, Martin, Prof. Dr. jur., Berlin
Eckert, Georg, Prof. Dr. phil., Braunschweig
Erler, Fritz, MdB, Pforzheim
Gleitze, Bruno, Prof. Dr. rer. pol., Köln
Hansen, Werner, Mitglied des Vorstandes des DGB, Düsseldorf
Henkel, Lore, Dr. phil., Hannover
Kappius, Joseph, MdL, Darmund
Knoering, Waldemar von, Stellvertreter des Vorsitzenden, Bonn
Keilhack, Irma, MdB, Hamburg
Lohmar, Ulrich, MdB, Bielefeld
Menzel, Walter, MdB, Dr. jur., Bonn
Nevermann, Paul, Senator, Dr. jur., Hamburg
Osterroth, Franz, Kiel
Potthoff, Erich, Dr. rer. pol., Köln
Preller, Ludwig, Prof. Dr. phil., Stuttgart
Rittig, Gisbert, Prof. Dr. oec. publ., Göttingen
Schiller, Karl, Prof. Dr. rer. pol., Hamburg
Schmid, Carlo, Prof. Dr. jur., Frankfurt
Schoettle, Erwin, MdB, Stuttgart
Stammer, Otto, Prof. Dr. phil., Berlin
Veit, Hermann, Dr. e. h., Karlsruhe
Wehner, Herbert, MdB, Stellvertreter des Vorsitzenden, Bonn
Weisser, Gerhard, Prof. Dr. rer. pol., Köln

REDAKTIONSKOMMISSION DES PARTEIVORSTANDES

Vorsitzender: Erich Ollenhauer
Mitarbeiter: Heinrich Brauns, Chefredakteur, Hamburg
Dr. Heinrich Deist, MdB, Bensberg
Willi Eichler, Bonn
Dr. Benedikt Kautsky, Wien
Fritz Säger, Wedel/Holstein

REDAKTIONSKOMMISSION DES PARTEITAGES

Vorsitzender: Erich Ollenhauer
 Berichterstatte: Dr. Alex Müller, Karlsruhe, MdL
 Mitglieder: Dr. Adolf Arndt, MdB, Hofheim i. Ts.
 Dr. Walter Auerbach, Hannover
 Willi Birkebach, MdB, Frankfurt a. M.
 Willy Brandt, Regierender Bürgermeister, Berlin
 Dr. Julius Brecht, MdB, Köln
 Dr. Heinrich Deist, MdB, Bensberg
 Alfred Dobbert, MdL, Wuppertal
 Willi Eichler, Bonn
 Fritz Erler, MdB, Pforzheim
 Georg Kurlbaum, MdB, Nürnberg
 Franz Marx, MdB, München
 Heinz Ruhnau, Hamburg
 Marta Schanzenbach, MdB, Gengenbach
 Prof. Dr. Ernst Schellenberg, MdB, Berlin
 Prof. Dr. Carlo Schmid, MdB, Frankfurt a. M.
 Helmut Schmidt, MdB, Hamburg
 Max Seicher, MdB, Oberlustadt (Pfalz)
 Sekretär: Fritz Sängler, Wedel/Holstein

Personen - Verzeichnis

Arndt, Adolf 33, 35, 36, 41, 95	Marx, Karl 13, 22, 60, 78
Brandt, Leo 53	Ollenhauer, Erich 9, 20, 51
Brandt, Willy 109	Preuss, Hugo 24
Deist, Heinrich 56, 58, 61	Reger, Erik 61
Ebert, Friedrich 32	Reuter, Ernst 111
Eichler, Willi 19	Ruhnau, Heinz 77
Engels, Friedrich 13, 14, 60	Schellenberg, Ernst 85
Erhard, Ludwig 59	Schmid, Carlo 53
Heinemann, Gustav 95	Schmidt, Helmut 69
Heydorn, Heinz-Joachim 46	Schumacher, Kurt 15, 18, 60
Kerscheneiner, Georg 36	Ward, Barbara 66
Knoeringer, Waldemar von 35, 91	Wehner, Herbert 50, 78
Lassalle, Ferdinand 36	

Stichwörter - Verzeichnis

Abendland 31	Befreiung 12
Abgeordneter 34	Begabtenförderung 99
Abrüstung 45, 107	Begabung 31, 91
Absonderung 15	Behörden 39
Abstimmung 9	Berlin 19
Afrika 31, 105	Berufsschule 98
Agrarpolitik 71	Berufswahl 86
Ablener Programm 59	Besatzung 15
Aktienbesitz 67	Besatzungsgebiete 17
Aktionsprogramm 18, 19, 24	Beschlußfassung 20
Alter 19, 85	Besitzform 64
Amerika 31	Betriebsrat 12, 58
Anträge 20	Betriebsverfassungsgesetz 81
Anwendung (der Grundsätze) 13	Betriebsvermögen 68
Arbeiter 10, 12, 18, 66, 68	Bevormundung 26
Arbeiterbewegung 13	Bildung 30
Arbeiterkurse 30	Bildungspolitik 97
Arbeiterprogramm 78	Bildungsweg (zweiter) 99
Arbeiterschaft (und Kirche) 93	Bodenpolitik 86
Arbeitnehmer 76	Boden- und Pachtrecht 71
Arbeitsdirektor 81	Brüderlichkeit 25, 105
Arbeitsgemeinschaften 20	Bürger 15, 23, 34, 39
Arbeitslohn 29	Bürger-Soldat 43
Arbeitsplatz 29, 57	Bürgertum 26
Arbeitsrecht 15, 29	Bundesbahn 63
Arbeitsschutz 87	Bundeskanzler 35
Arbeitsunfähigkeit 85	Bundespost 63
Arztwahl 83	Bundesrepublik 18, 38
Asien 31, 105	Bundestag 19, 39
Atomenergie 53	Bundeswehr 45
Atomspaltung 84, 85	
Atomwaffe 48	CDU 59
Aufsichtsräte 61	Charakter 30
Ausbeutung 14, 24, 52	Christentum 26
Auslese 24	Christlich 25, 96
Außenpolitik 25, 109	
Aussprache 20	Deklamation 12
Autarkie 73	Delegierte 20, 21
Autokratie 28, 33	Demokratie 19, 22, 27
Automation 53	Demokratische Existenz 17
	Demokratisierung 12
	Demontage 80
Bauern 71	Demut 26
Baupolitik 86	Denkrichtungen 7
Beamtenerschaft 39	Deutsche Demokratische Republik 17
Befehl 23	

Deutsches Reich 11
Deutschnational 54
Diktatur 15, 18, 26, 28
Diktatur der Arbeiterklasse 78
Diktatur des Proletariats 22
Diskussionsgruppen 20
Dogma 14
Dokument 14, 20
Dortmund 18
Duldung 100

Egoismus 25
Eigennutz 24
Eigentum 22, 61
Einsicht 23
Einzelbetrieb 55
Einzelinteresse 24, 30
Elternhaus 87
Emigration 15
Entrechtete 26
Entspannung 46, 107
Entwicklungsländer 105
Erfurter Programm 12, 60
Ermächtigung 18
Ersatzdienst 50
Erziehung 96
Erziehungsbeihilfen 98
Erziehungsziel 100
Ethik 25
Europa 21, 31
Europäische Gemeinschaft 108
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 73
Evolution 11
Existenzangst 85

Fairness 35
Familie 30, 86
Finanzen 56
Forderungen 11
Forschung 101
Forschungsrat 101
Frankfurt a. M. 21
Frau (Gleichberechtigung) 86
Freie Wahlen 15
Freier Markt 54
Freies Spiel der Kräfte 27, 28
Freiheit des Geistes 7, 25
Freiheit des Glaubens 95

Freisinnige 90
Friede 23, 28, 44
Führungsanspruch 24

Gebäude 29
Gegenwart 21
Gegner 13, 21
Geheimnisschutz 44
Gehorsam 23
Geld 29, 56
Gemeindefreiheit 39
Gemeineigentum 65
Gemeinnutz 24
Gemeinsame Schule 100
Gemeinschaftsaufgaben 68
Gemeinschaftsbauten 86
Generationen 13
Genossenschaften 74
Gerechtigkeit 11, 19, 23, 28
Gericht 41
Geschichte 7, 11, 13, 19, 24, 27
Gesellschaft 11, 23, 24
Gesellschaftliche Lage 13, 15
Gesellschaftsepoche 14
Gesellschaftsordnung 11
Gesellschaftssysteme 107
Gesetz 15
Gesinnung 26
Gestapo 15
Gesundheitsschutz 83
Gewalt 28
Gewaltherrschaft 17
Gewerkschaften 22, 30, 76, 79
Gewissen 49
Glaubensentscheidung 25
Glaubensrichtungen 7
Gleichheit 18, 41, 42
Grenzen 105
Großbetrieb 63
Großgrundbesitz 71
Großunternehmen 61
Großwirtschaft 61
Grundforderungen 27
Grundgedanken 12, 19
Grundgesetz 36
Grundlagen 22
Grundrechte 28
Grundrente 85

Grundsätze 13
Grundsatzdebatten 17
Grundsatzprogramm 19
Grundstoffindustrie 59
Grundwerte 24, 25, 27
Gruppen 35

Handelspolitik 56
Handwerkskammer 81
Hansestädte 39
Harzburger Front 54
Hausfrau 86
Heidelberger Programm 12, 15, 60
Heilmaßnahmen 84
Heimstätte (der Familie) 85
Herrschaftsmacht (über Menschen) 60
Herrschaftsucht 26
Hochschule 101
Holland 21
Humanismus 25, 26, 96

Idealismus 23
Illusion 21
Individuum 24
Industrie 13
Industriearbeiter 52
Industriegesellschaft 88
Industrielle Revolution 22, 53
Innenpolitik 25
Interessen 24
Interessengruppen 62
Interessenten 35
Interessentenklüngel 30
Interessenverbände 62
Internationale Gemeinschaft 104
Internationale Rechtsordnung 44
Internationale Solidarität 105
Internationale des Sozialismus 21
Internationalität 10
Investitionskontrolle 65
Jugend 30, 86
Jugendschutz 86

Kaiser 44
Kaiserreich 10
Kameradschaft 15
Kapitalgesellschaften 59
Kartelle 55

Kinderarbeit 86
Kindergarten 97
Kirche 25, 92
Klassenkampf 14, 77
Klassenstaat 11
Kleinbetrieb 63
Klubs 35, 61
Koexistenz 29
Kommunaldemokratie 12
Kommunismus 14, 28, 29, 69
Kommunisten 17
Kommunistisches Manifest 13
Konfession 100
Konjunktur 56
Konsumwahl 57
Kontrolle 30
Kompromiß 25, 28
Konzentration (der Wirtschaft) 59
Konzentrationslager 15
Korps 61
Kräfte (freies Spiel) 22, 23
Krankheit 19, 76, 84
Kreditwesen 56
Krieg 43
Kultur 19,
Kulturgut 91
Kulturpolitik 25, 92
Kunst 103

Länder 39
Landarbeiter 75
Landesverrat 44
Landesverteidigung 43
Landeswohl 44
Landschule 75, 98
Landtage 19
Landwirtschaftskammer 81
Landwirtschaftspolitik 56
Lebensstandard 10, 52
Legitimation 14
Lehrer 99
Lehrerbildung 99
Liberalismus 24, 90

Macht 12, 29, 36, 58
Machtkonzentration 29, 60
Macht- und Interessengruppen 103
Manager 10, 29, 62

Marktwirtschaft 54, 64
Marxismus 26
Masse 11, 24
Massenvernichtungsmittel 49
Mehrheit 11, 29
Meinung 28
Mensch 29, 32, 89
Menschenrecht 19
Menschenwürde 15
Methoden 26
Militarismus 50
Miliz 45
Mindestrente 83, 85
Minister 35
Mitarbeiter 30
Mitbestimmung 19, 23, 30, 80
Mitbürger 15
Mitglieder 20
Mittelbetrieb 63
Mitverantwortung 39
Mitwirkung 23, 28
Mobilisierung (des Geistes) 53
Monopol 26
Moral 23
Mutterschutz 86

Nachbarn 18
Nächstenliebe 25
Nation 19, 30
Nationalbudget 54, 57
Nationalsozialismus 10, 14, 18, 28
Nationalsozialisten 24
Neues Beginnen 11, 15
Not 15
Notenbank 56, 57
Nüchternheit 21

Obrigkeitsstaat 11
Öffentliche Unternehmungen 63
Öffentlichkeit 20
Österreich 21
Opposition 11, 28, 37
Ordnung 23
Osten 17

Pädagogik 23
Parlament 34
Parlamentarismus 12

Partei (des Volkes) 9
Parteien 7, 38
Parteirat 19
Parteitag 9
Parteivorstand 19, 20
Partner 9
Partnerschaft 94

Patriotismus 18
Pazifismus 50
Persönlichkeit 23, 29, 89
Philosophie 25
Planung 40
Planwirtschaft 54
Plan Z 91
Politik (der Stärke) 38, 102
Politik (der Vernunft) 38
Politische Bildung 31
Preispolitik 55
Pressefreiheit 40
Prinzipien 13
Prinzipienerklärung 19
Privateigentum 55, 64, 71
Programm 110
Proletarier 15, 22
Publizität 20, 65

Rasse 106
Rationen 15
Realsinn 26
Recht 13, 15, 23, 28
Rechtlosigkeit 15
Rechtsbewußtsein 29, 42
Rechtsgrundsätze 29
Rechtsprechung 39
Redaktion 20
Regierung 34, 35, 37
Regierungsprogramm 38, 49, 69, 70, 110
Reichsgebiet 13
Reichsregierung 11
Religion 25, 93
Religionsgemeinschaft 25
Restauration 18
Rheinbund 18
Richter 41
Rüstung 43
Ruhr-Herren 80
Rußland 28

Samariter 26
SED 17
Selbstbestimmungsrecht 107
Selbstverantwortung 23
Selbstverwaltung 35
Sicherheit 19, 23, 43
Sicherheitssysteme (regionale) 108
Siegermächte 17
Soldat 43
Solidarität 15, 25
Soziale Sicherheit 29
Sozialisieren 59
Sozialordnung 30, 66
Sozialpartner 79
Sozialpolitik 25, 56
Sozialprodukte 52
Souveränität 23
Sowjets 17
Sowjetunion 31
Sprache 14, 21
Subventionen 55, 72
System 29

Schiedsgericht 107
Schulbücher 98
Schuldsomme 18
Schule 30, 87
Schulorganisation 97
Schulpflicht 98
Schulpolitik 89
Schulprogramm 96
Schulreform 12
Schweiz 21

Staat 19, 32
Staatsbürger 23, 31, 87
Staatsbürger (in Uniform) 50
Staatsverfassung 12
Steuern 56
Steuerpolitik 63, 67
Stiftungen 68
Stimmzettel 15
Strahlungsschäden 84
Studienförderung 102
Studienfreiheit 90
Studierende 102
Stuttgart 19

Taktik 13, 25, 26
Technik 10, 13
Techniker 18
Teilziele 15
Todesstrafe 42
Toleranz 94
Totalitarismus 17, 18
Tradition 11

UdSSR 28
Unabhängigkeit 23
Union (der festen Hand) 61
Universität 90, 101
Unterdrückung 14, 24, 28, 57
Unternehmensverfassung 81
Untertanen 23
Unverstand 23
Urväter 14
Utopie 14

Vaterland 18
Verantwortung 12, 24
Verbände 35, 62
Verbraucher 60, 76
Vereinte Nationen 44, 104, 106
Verfügungsgewalt 60
Vergesellschaftung 64
Verhältnisse 14
Verkündigung 95
Vermassung 24
Vermögen 66
Verstaatlichung 64
Verständigung 109
Vertriebenenfrage 109
Völkerbund 104
Völkerfamilie 44
Volk 7
Volksaktie 78, 89
Volksarmee 51
Volksbildung 90
Volkseinkommen 56
Volksgruppen 107
Volksherrschaft 11
Volksschule 68
Volksstaat 33
Volksvertretung 34
Volkswirtschaft 57

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 54, 57
 Voreingenommenheit 25
 Vorleistung 18
 Vorrecht 26, 28, 31
 Vorrede 14
 Vorstellungswelt 14
 „Vorwärts“ 20

 Währung 56
 Wahl 15
 Wahlkampf 26
 Wahlprogramm 19
 Wahrheit 25
 Wehrdienstverweigerer 50
 Wehrpflicht 43
 Wehrverfassung 45
 Weimarer Republik 11, 90
 Weltanschauungsgemeinschaft 7, 25
 Weltanschauungspartei 95
 Weltkrieg 11
 Werte 10, 21
 Wertordnung 14
 Westen 17
 Westliche Welt 38
 Wettbewerb 23, 31, 54, 57, 63
 Wiederaufbau 15

 Wiedervereinigung 37, 47
 Wirklichkeit 12, 21
 Wirtschaft 15, 19, 52
 Wirtschaftsanalyse 26
 Wirtschaftsbetrieb 30
 Wirtschaftsherren 29
 Wirtschaftsordnung 30
 Wirtschaftspolitik 25
 Wissen (ist Macht) 96
 Wissenschaft 13, 18, 90, 101
 Wohlfahrt 22
 Wohlfahrtsstaat 83
 Wohlfahrtsverbände 85
 Wohlstand 11
 Wohnungsbau 86
 Wohnbaupolitik 56
 Wohnungsnot 86

 Zarenreich 28
 Ziele 11
 Zollpolitik 56
 Zukunft 12, 27
 Zusammenbruch 10, 17
 Zwang 28
 Zwangsherrschaft 14, 54
 Zwecke (antidemokratische) 95

LITERATURHINWEISE

Geschichte

Bebel, August: *Aus meinem Leben* · Hannover 1958
 Bernstein, Eduard: *Das Görlitzer Programm der SPD* · 2. Auflage Berlin 1922
 Brandt, Willy u. Löwenthal, Richard: *Ernst Reuter - ein Leben für die Freiheit* · München 1957
 Dahrendorf, Ralf: *Marx in Perspektive, Dissertation* · Hannover 1933
 Dahrendorf, Gustav: *Der Mensch, das Maß aller Dinge* · Hamburg 1955
 Ebert, Friedrich: *Schriften, Aufzeichnungen, Reden, 2 Bände* · Dresden 1926
 Kautsky, Karl: *Das Erfurter Programm* · 14. Auflage Stuttgart 1919
 Kautsky, Karl: *Ein Leben für den Sozialismus* · Hannover 1954
 Lassalle, Ferdinand: *Gesammelte Reden und Schriften, vollst. Ausgabe 12 Bände*. Herausgegeben von Eduard Bernstein · Berlin 1920
 Matull, Wilhelm: *Werden und Wesen der deutschen Sozialdemokratie* · Hannover 1957
 Mehring, Franz: *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 4 Bände* · 3. Auflage Stuttgart 1906
Programme der deutschen Sozialdemokratie. Herausgegeben vom Bundessekretariat der Jungsozialisten · Bonn 1959
Sozialismus in unserer Zeit. Herausgegeben von der Sozialistischen Union, London (aus dem Englischen übersetzt von Dr. Schen) · Hannover 1956

Politik

Die Alternative unserer Zeit, Auseinandersetzungen der Sozialdemokratie mit dem Kommunismus. Herausgegeben vom Parteivorstand der SPD · Bonn 1960
 Brauer, Max: *Ziel und Weg sozialdemokratischer Kommunalpolitik* · Hamburg 1958
 Drott, Karl: *Sozialdemokratie und Wehrfrage, Dokumente aus einem Jahrhundert Wehrdebatten* · Hannover 1956
 Hirsch, Paul: *Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen* · Berlin 1929
 Keil, Wilhelm: *Erlebnisse eines Sozialdemokraten, 2 Bände* · Stuttgart 1947
 Löbe, Paul: *Der Weg war lang, Lebenserinnerungen* · Berlin 1954
 Matthias, Erich: *Sozialdemokratie und Nation* · Stuttgart 1952
 Schumacher, Kurt: *Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie, Dissertation* · Münster 1926
 Stampfer, Friedrich: *Die 14 Jahre der ersten deutschen Republik* · 3. Auflage Hamburg 1952
 Wehner, Herbert u. Erler, Fritz: *Wehr- und Außenpolitik im gespaltenen Deutschland* · Bonn 1958

Wirtschafts- und Sozialfragen

Deist, Heinrich: *Wirtschaft von morgen* · Hannover 1959
 Deist, Heinrich u. Veit, Hermann: *Freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, Referate auf dem Parteitag der SPD 1958* · Bonn 1958
 Europäische Gespräche: *Gewerkschaft im Staat* · Köln 1955, *Die Gesellschaft in der wir leben* · Köln 1957, *Macht oder Ohnmacht des Eigentums* · Köln 1959
 Heinig, Kurt: *Nationalökonomie des Alltags* · Hannover 1954

- Heinig, Kurt: *Einführung zur Geschichte der Volkswirtschaft* · Hannover 1954
 Ortlieb, Heinz-Dietrich: *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik ohne Dogma*, Vorträge und Aufsätze · Hamburg 1954
 Pass, Rudolf A.: *Den Teufel spürt das Völkchen nie*, Im „Vorwärts“ vom 12. Februar 1960
 Potthoff, Erich: *Der Kampf um die Montan-Mitbestimmung* · Köln 1953
 Preller, Ludwig: *Sozialpolitik* · Stuttgart 1953
 Schmid, Schiller, Potthoff: *Grundfragen moderner Wirtschaftspolitik* · Frankfurt 1957
Die Selbständigen heute und morgen. Herausgegeben vom Parteivorstand der SPD · Bonn 1960
Sozialplan für Deutschland, Herausgegeben vom Parteivorstand der SPD · Hannover 1957
 Sternberg, Fritz: *Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht* · Hamburg 1951
 Sternberg, Fritz: *Marx und die Gegenwart* · Köln 1953
 Wagenführ, Rolf: *Mensch und Wirtschaft* · Köln 1952
 Weisser, Gerhard: *Der europäische Mensch unter dem Einfluß der Industrialisierung* · 2. Auflage Frankfurt 1959
 Rosenberg, Ludwig: *Wirtschaftspolitik als Aufgabe* · Düsseldorf 1959

Kulturpolitik

- Brandt, Leo: *Die zweite industrielle Revolution* · Hannover 1956
 Eichler, Willi: *Der Weg in die Freiheit* · Hannover 1955
 Eichler, Willi u. von Knoeringen, Waldemar: *Der Katholik und die SPD* · Bonn 1959
 von Knoeringen, Waldemar u. Arndt, Adolf: *Sozialismus — gelebter Humanismus* · Bonn 1958
 Schmid, Carlo: *Mensch und Technik* · Bonn 1956
Die Zukunft meistern — Plan Z — Herausgegeben vom Parteivorstand der SPD · Hannover 1959